



Plenarprotokoll

40. Sitzung

Donnerstag, 27. September 2018

Gemeinsame Beratung

- a) Entwurf eines Gesetzes über die
Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019
(Haushaltsgesetz 2019) 2927

Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 19/950

- b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019 2927

Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 19/951

- c) Einrichtung einer Taskforce zur
Umsetzung von IMPULS 2030 .. 2927

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/784

- d) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2018 bis 2022
Finanzplan Fortschreibung
2023 - 2038

**Bericht der Landesregierung
zum Abbau des strukturellen
Finanzierungsdefizits gemäß
Artikel 67 Landesverfassung** 2927

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/942

Monika Heinold, Finanzministerin 2927
Tobias Koch [CDU]..... 2934
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 2940
Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 2950

| | | | |
|--|------------|---|------|
| Christopher Vogt [FDP]..... | 2958 | Antrag der Fraktion der SPD | |
| Jörg Nobis [AfD]..... | 2965 | Drucksache 19/943 | |
| Lars Harms [SSW]..... | 2969, 2987 | Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus..... | 3005 |
| Ole-Christopher Plambeck [CDU] | 2974 | Thomas Hölck [SPD]..... | 3008 |
| Beate Raudies [SPD]..... | 2977, 2989 | Hartmut Hamerich [CDU]..... | 3009 |
| Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 2979 | Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 3011 |
| Annabell Krämer [FDP]..... | 2981 | Stephan Holowaty [FDP]..... | 3012 |
| Beschluss: 1. Überweisung der Ge- setzentwürfe Drucksachen 19/950 und 19/951 an den Finanzaus- schuss | | Volker Schnurrbusch [AfD]..... | 3014 |
| 2. Überweisung der Be- richte Drucksachen 19/784 und 19/942 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung..... | 2990 | Jette Waldinger-Thiering [SSW].. | 3016 |
| Öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf den Prüfstand | 2990 | Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 19/943 hat durch die Bericht- erstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden..... | 3017 |
| Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/947 | | | |
| Meinungsfreiheit erfordert Mei- nungsvielfalt | 2990 | * * * * * | |
| Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/982 | | Regierungsbank: | |
| Volker Schnurrbusch [AfD]..... | 2990, 3000 | Daniel Günther, Ministerpräsident | |
| Tim Brockmann [CDU]..... | 2991 | Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten | |
| Dr. Ralf Stegner [SPD]..... | 2993, 3001 | Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge- sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei- ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten | |
| Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 2994 | Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration | |
| Jan Marcus Rossa [FDP]..... | 2996, 3003 | Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita- lisierung | |
| Lars Harms [SSW]..... | 2997 | Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus | |
| Daniel Günther [CDU]..... | 2999 | | |
| Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 3002 | | |
| Jörg Nobis [AfD]..... | 3002 | | |
| Dr. Kai Dolgner [SPD]..... | 3003 | | |
| Christopher Vogt [FDP]..... | 3004 | | |
| Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/947 | | * * * * * | |
| 2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/982..... | 3005 | | |
| Brexit-Auswirkungen auf Schles- wig-Holsteins Wirtschaft und Stra- tegie der Landesregierung | 3005 | | |

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich.

Erkrankt ist heute der Kollege Thomas Rother von der SPD-Fraktion. Von hier aus gute Besserung an den Kollegen.

(Beifall)

Wegen auswärtigen Verpflichtungen sind von der Landesregierung Ministerin Dr. Sütterlin-Waack, Ministerin Prien und ab heute Nachmittag Minister Albrecht beurlaubt.

Der Abgeordnete Dr. Tietze hat nach § 47 Absatz 2 GO mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist. Für heute Nachmittag haben die Abgeordneten Frau Dr. Bohn und Herr Kalinka ebenfalls mitgeteilt, dass sie nach § 47 Absatz 2 GO an der Teilnahme verhindert sind.

(Unruhe)

- Bevor ich den ersten Tagesordnungspunkt aufrufe, sollten wir alle unsere Plätze finden und die Nebengespräche einstellen.

Ich rufe Tagesordnungspunkte 10, 11, 32 und 37 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 19/950

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019

Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 19/951

c) Einrichtung einer Taskforce zur Umsetzung von IMPULS 2030

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/784

d) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2018 bis 2022

Finanzplan Fortschreibung 2023 - 2038
Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits gemäß Artikel 67 Landesverfassung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/942

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Haushaltsentwurf 2019 vor. Es ist ein Haushalt am Puls der Zeit, ein Haushalt der klaren Botschaften. Bildung hat Priorität, für die Integration der Geflüchteten wie für die innere Sicherheit stellen wir die notwendigen Mittel zur Verfügung, und die Modernisierung unserer Infrastruktur hat Vorrang vor Schuldentilgung. Jamaika setzt um, was der Internationale Währungsfonds Deutschland ins Stammbuch geschrieben hat: den finanziellen Spielraum für Investitionen zu nutzen.

Wir investieren in Wohnungsbau, in Ausbildung und in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weil uns der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft wichtig ist. Wir schaffen Raum für ökologische und digitale Innovation, um zukunftsweisende Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden.

Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen sind gut. Die Konjunktur läuft, die Arbeitslosenzahlen sind niedrig. Die Zinssteuerquote, die im Jahr 2010 bei 16,6 % lag, liegt heute nur noch bei 5,3 %. Mit geplanten rund 520 Millionen € Zinsausgaben im Jahr 2019 haben sich diese Ausgaben im Vergleich zu 2010 nahezu halbiert. Neue Schulden machen wir nur noch, um unsere Altverpflichtungen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank zu bezahlen. Viermal ist es bereits gelungen, im Haushaltsvollzug Überschüsse zu erwirtschaften, und inzwischen gelingt es sogar, strukturell ausgeglichene Haushaltspläne aufzustellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Unser Land hat sich in den letzten Jahren gemauert. Wir haben uns Gestaltungsspielraum zurückerobert. Im Sondervermögen IMPULS stehen rund 690 Millionen € für die Modernisierung unserer Infrastruktur zur Verfügung, und für die Versorgungskosten haben wir inzwischen rund 700 Mil-

(Ministerin Monika Heinold)

lionen € angespart. Cash in the Box - wer hätte Schleswig-Holstein das zugetraut?

Entsprechend hoch sind die Erwartungen von Beschäftigten, von Kommunen, von Vereinen und Verbänden, dass das Land finanziell nachsteuert. Sie sind auch deshalb hoch, weil die Haushaltskonsolidierung in den letzten acht Jahren natürlich ihre Spuren hinterlassen hat. Die Arbeitsbelastung unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist hoch. Bei den Kita-Gebühren liegen wir bundesweit an der Spitze, Eltern und Kommunen sind spürbar belastet. Bei der Schüler-Lehrkraft-Relation liegen wir bundesweit auf dem letzten Platz. Hinzu kommt der enorme Modernisierungsbedarf unserer Landesinfrastruktur. Sie sehen also: Es gibt viel zu tun, und Jamaika gibt darauf eine ehrliche Antwort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir sagen, was finanziell geht, was nicht geht, was noch nicht oder nicht in voller Höhe geht. Leere Versprechungen, meine Damen und Herren, sind nicht unsere Sache. Was heute beschlossen wird, muss auch morgen noch finanzierbar sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir wissen, dass die Zinsen steigen können. Wir sehen veränderte Konjunkturprognosen, und täglich gibt es neue Herausforderungen. Hinzu kommen die Altverpflichtungen, die diesen Landeshaushalt noch über Jahrzehnte belasten und prägen werden. Im Kernhaushalt stehen rund 26 Milliarden € Schulden, rund 35 Milliarden € an Pensionsverpflichtungen, 5 Milliarden € für den Sanierungsstau. Das Land hat schwere Steine im Gepäck. Jetzt kommt noch der Brocken aus den Altverpflichtungen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank dazu. Sie wissen es, im Jahr 2018 haben wir bereits bis zu 2,95 Milliarden € für die Inanspruchnahme aus dem Rückgarantievertrag eingeplant. Der Kaufpreis wird dann noch gegengerechnet.

Für 2019 planen wir noch einmal 450 Millionen € für die Übernahme dieser Altverpflichtungen. 300 Millionen € davon, so die jetzige Planung, wollen wir am Kreditmarkt aufnehmen. Weitere 1,8 Milliarden € kommen nach bisheriger Planung in den Jahren 2021 bis 2025 dazu und werden mit der nächsten Finanzplanung abgebildet werden müssen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung schlägt Ihnen vor, diese Altverpflichtungen Schritt für Schritt abzutragen, denn trotz der hohen Altver-

pflichtungen dürfen wir unserem Land nicht die Luft zum Atmen nehmen. Wir müssen in die Zukunft investieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir müssen auch verstärkt darauf achten, dass wir innerhalb der föderalen Strukturen konkurrenzfähig sind, denn ein Blick über den Tellerrand zeigt, welche Herausforderungen vor uns liegen, da auch die anderen Länder selbstverständlich ihre Spielräume nutzen. So hat mein Kollege in Hamburg angekündigt, noch in diesem Jahr 1 Milliarde € zusätzlich für Bildung, Betreuung, Wissenschaft und Innovation auszugeben. Unsere Ausgabenspielräume sind spürbar kleiner, aber auch wir schaffen eine ganze Menge.

Mit der Finanzplanung und mit dem Haushalt 2019 sind wir am Puls der Zeit. Wir investieren in unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn sie sind es, die den Laden am Laufen halten. Für 2019 haben wir rund 4,5 Milliarden € Personalausgaben eingeplant, davon 1,3 Milliarden € für Versorgung und davon 24 Millionen € für Sonderzahlungen/Weihnachtsgeld: 330 € für die Nachwuchskräfte, 660 € bis A 10 und für alle Beamtinnen und Beamte jeweils 400 € pro Kind.

Meine Damen und Herren, die Tarifvorsorge erhöhen wir ab 2019 über drei Jahre von 2 % auf 3 %. Strukturell und dauerhaft sind das rund 120 Millionen €, die wir dafür mehr brauchen. Das ist ein großer Kraftakt, aber wir wollen auf einen vermutlich hohen Tarifabschluss vorbereitet sein. Unser Ziel ist es, auch einen hohen Tarifabschluss für unsere Beamtinnen und Beamte zu übernehmen. Das hat für uns Priorität.

Die grundsätzliche Überarbeitung der Gehalts- und Besoldungsstruktur ist für 2019 geplant, und natürlich werden wir das Urteil des Schleswiger Verwaltungsgerichts berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, erste Schritte zur Attraktivitätssteigerung haben wir bereits eingeleitet. Wir haben die Einstiegsämter im mittleren Dienst angehoben, die Erschwerniszulage bei Polizei, Justiz und Feuerwehr erhöht, und wir steigen jetzt schrittweise in die bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte ein. Weitere Schritte werden folgen, denn wir müssen uns anstrengen, um - in Konkurrenz zu anderen - Fachkräfte zu gewinnen.

Ich teile nicht die Sorge, dass es uns über Jahrzehnte belastet, wenn wir jetzt Stellen schaffen. Ich habe eher die Sorge, dass wir in zukünftigen Jahren

(Ministerin Monika Heinold)

große Mühe haben werden, ausreichend Fachkräfte zu finden. Wir müssen darauf vorbereitet sein, dass uns in den nächsten zehn Jahren rund 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen, weil sie altersbedingt aus dem Landesdienst ausscheiden. Wir bereiten uns darauf vor. Wir stocken insbesondere bei den Anwärtern und Nachwuchskräften auf: Im nächsten Jahr um 218 auf dann insgesamt 4.579 Stellen in diesem Bereich. Insgesamt schaffen wir 543 neue Stellen für die Landesverwaltung, für Nachwuchs bei Polizei und Justiz und für unsere Schulen.

Meine Damen und Herren, wer am Puls der Zeit sein will, der muss in Bildung investieren. Deshalb fließt der Löwenanteil der neuen Stellen an unsere Schulen. Auf unserer Agenda stehen die Stärkung der Grundschulen einschließlich der Ganztagsangebote an diesen, die Umsetzung der hundertprozentigen Unterrichtsversorgung, der Übergang von G 8 zu G 9, die Stärkung der Inklusion, die Digitalisierung und die Umsetzung des Schulbauprogramms. Das alles braucht Personal, da beißt die Maus keinen Faden ab. Statt 439 Stellen zu streichen, wie ursprünglich geplant, schaffen wir 234 neue Stellen. Damit haben wir in 2018 und 2019 für unsere Schulen 611 zusätzliche Stellen plus 90 Referendarstellen. Meine Damen und Herren, das ist der Jamaika-Effekt bei der Bildung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Martin Habersaat?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Gern.

Martin Habersaat [SPD]: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Frage bezieht sich auf den Übergang von G 8 auf G 9. Ich hatte es bisher immer so verstanden, dass dieser auf mehrere Jahre bezogen sogar ein Sparprogramm ist, weil an den Gymnasien unter dem Strich weniger Stellen gebraucht werden. Vielleicht können Sie einmal sagen, wo durch den Übergang von G 8 zu G 9 mehr Geld ins System kommt.

- Darüber haben wir lange miteinander diskutiert, nämlich dass dafür in den ersten Jahren weniger Geld gebraucht wird und später mehr. Der Effekt auf die Stellen ist so, dass wir nicht alles, was hätte

eingespart werden können, rausnehmen, sondern einen Teil davon für die Organisation zur Verfügung stellen. Wenn ich richtig informiert bin, dann haben Sie das im Bildungsausschuss ausführlich diskutiert. Wenn nicht, würde ich mich freuen, wenn Sie das dort weiter diskutieren.

Meine Damen und Herren, Jamaika heißt: Gute Bildung für alle!

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Herr Habersaat, ich glaube, wir haben an zwei Stellen keinen Dissens: Erstens. Es ist gut, dass wir mehr Stellen für Bildung mobilisieren können, weil wir viele Aufgaben haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Zweitens. Es ist nicht nur so, dass wir den Bedarf erkennen, sondern wir machen auch etwas, und ich glaube, wir freuen wir uns alle darüber, dass das gelingt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Jamaika heißt: Gute Bildung für alle! Deshalb starten wir im kommenden Schuljahr mit dem Bildungsbonus. Damit wollen wir insbesondere Schulen mit besonderen Herausforderungen unterstützen. Im Jahr 2019 beginnen wir mit 2 Millionen €. Das beinhaltet bis zu 70 Stellen für Personal unterschiedlicher Professionen. Diese Summe soll bis 2022 auf 10 Millionen € aufwachsen. Der nächste Schritt ist, dass gemeinsam mit den Schulen ermittelt wird, wie die Gelder am wirksamsten eingesetzt werden können.

Das alles ist ein dickes Arbeitspaket für Ministerin Prien. Ich wünsche ihr dabei viel Erfolg. Sie ist heute in Bonn, um sich für einen weiteren Schwerpunkt - unsere Wissenschaft - einzusetzen. Es geht um die Exzellenzinitiative und Exzellenzcluster. Ich glaube, sie hat es verdient, dass wir alle ihr die Daumen drücken, damit sie mit einem dicken Paket nach Hause kommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW, Dr. Frank Brodehl [AfD] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD] - Zuruf CDU: Da hätte auch die SPD applaudieren können! - Martin Habersaat [SPD]: Für unsere Hochschulen applaudieren wir jederzeit!)

- Dann lassen Sie uns doch einfach noch einmal für das Cluster klatschen und nicht für die Ministerin.

(Ministerin Monika Heinold)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, neben mehr Mitteln für die Exzellenzstrategie an der CAU, neben mehr Mitteln, damit die Ausbildungskapazität für Grundschullehrkräfte an der Europa-Universität gestärkt werden kann, neben dem Studiengang für Bauingenieure, der seine Arbeit begonnen hat, stärken wir die Hochschulen auch strukturell. Es gibt ein jährliches Upgrade von 5 Millionen € für die Grundfinanzierung. Es geht auch kräftig weiter im Bereich der Infrastruktur an den Hochschulen; diese müssen nachhaltig saniert werden.

Ebenso ehrgeizig sind unsere Pläne für die Kindertagesstätten. Auch hier können wir nicht alles auf einmal schaffen; aber wir schaffen eine ganze Menge. Wir bringen das größte Kita-Finanzprogramm in der Geschichte des Landes auf den Weg. Im Jahr 2019 steigen die Kita-Ausgaben um rund 40 Millionen €. Bis 2022 - Sie wissen es - wollen wir strukturell um 180 Millionen € aufwachsen. Wir wollen die Kita-Förderung vom Kopf auf die Füße stellen. Dazu ist es zwingend, dass sich der Bund verlässlich und dauerhaft an den Kosten beteiligt; denn wenn wir Kommunen und Eltern entlasten sowie die Qualität stärken wollen, muss die Förderung dauerhaft und verlässlich sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Bisher lautet der Vorschlag des Bundes, das Bundesgesetz zu befristen. Das ist nicht hinnehmbar! Wir werden nicht lockerlassen und weiterhin für die Entfristung kämpfen.

Genauso haben wir beim Betreuungsgeld nicht lockergelassen. Im Länderverbund haben wir immerhin einen ersten Teilerfolg erreicht. Nach langen, zähen Verhandlungen hat sich der Bund bereit erklärt, im Jahr 2019 zumindest noch 50 % des alten Betreuungsgeldes zu zahlen. Damit erhalten wir vom Bund im Jahr 2019 um und bei den Betrag, den wir auch im Jahr 2018 zur Verfügung hatten; 32 Millionen € werden es 2019 sein. Dieser Beitrag steigt 2020 ein bisschen an, und 2021 werden es 68 Millionen € vom Bund sein. Das ist durchaus eine gute und spürbare Unterstützung.

Insgesamt planen wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 384 Millionen € für die Kita-Förderung ein - 100 Millionen € mehr als noch 2017. Sie sehen: Jamaika klotzt für die Kleinsten!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Herr Minister Garg, ich wünsche Ihnen und Ihrem Staatssekretär viel Erfolg bei der Mammutaufgabe Kita-Reform.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Eine weitere gemeinsame finanzielle Kraftanstrengung von Bund und Ländern brauchen wir im Flüchtlingsbereich. Auch hier ist es nicht zu akzeptieren, dass die Länder Jahr für Jahr als Bittsteller beim Bund auftreten müssen. Auch hier brauchen wir verbindliche, tragfähige, dauerhafte Finanzierungskonzepte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Schleswig-Holstein leistet seinen Beitrag. Mit dem Haushalt 2019 stellen wir Mittel bereit im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes, für die Versorgung minderjähriger Flüchtlinge, für den DaZ-Unterricht, für Spracherwerb, Integration und ehrenamtliche Hilfsstrukturen. Denn wir wollen, dass Integration gelingt! Ein wichtiger Baustein dafür ist der Arbeitsmarkt. Deshalb werden auch hierfür die Mittel aufgestockt.

Wir planen auch mit den Ausgaben, die wir für die Verwaltungsgerichtsbarkeit, für das Rückführen und - darüber ist gestern debattiert worden - für den Bau einer norddeutschen Abschiebehafteinrichtung brauchen. Nach einer ersten Schätzung ergeben sich Baukosten in Höhe von 45 Millionen € und 2 Millionen € für Ausstattung und Betrieb. Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben sich darauf verständigt, jeweils ein Drittel zu zahlen. Da aber die Ausgabenentwicklung schwer zu kalkulieren ist und wir 2019 auch mit dem humanitären Landesaufnahmeprogramm beginnen wollen - wir wollen 500 besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder aufnehmen -, haben wir für den Bereich Migration rund 20 Millionen € als Vorsorge eingeplant.

Norbert Blüm schrieb in einem Gastbeitrag - ich zitiere -:

„Wenn 500 Millionen Europäer keine fünf Millionen oder mehr verzweifelte Flüchtlinge aufnehmen können, dann schließen wir am besten den Laden ‚Europa‘ wegen moralischer Insolvenz.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Als überzeugte Europäerin hätte ich es nicht trefflicher formulieren können.

(Ministerin Monika Heinold)

Die Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge in den Kommunen brauchen einen langen Atem. Städte, Gemeinden, Vereine, Verbände, viele Ehrenamtliche leisten Großartiges, damit Integration gelingen kann. Das Land unterstützt Haupt- und Ehrenamt mit seinen Strukturen, aber auch mit zusätzlichen Mitteln für die kommunale Integrationsarbeit.

Und ja, natürlich gibt es auch Konflikte vor Ort, innerhalb und außerhalb der Einrichtungen. Ich sage Ihnen: Sollten drei statt zwei Standorte - Neumünster, befristet Boostedt und ein weiterer Ort - für die Erstunterbringung von Flüchtlingen im Verfahren besser sein, machen wir dies möglich. Das steht für Jamaika fest. Hierzu bin ich mit Innenminister Grote in einem engen Austausch.

Am Puls der Zeit sind wir auch bei der inneren Sicherheit. Wir sehen, dass auch in diesem Bereich die Arbeitsbelastung sehr hoch ist. Deshalb stärken wir das Kompetenzzentrum „Digitale Spurensicherung“ mit 20 Stellen. Die Zahl der Anwärtinnen und Anwärter bei der Polizei steigt um 34 auf dann 1.172 Stellen. Der Verfassungsschutz wird um fünf Stellen gestärkt. Der Justizbereich wird um insgesamt 89 Stellen gestärkt, insbesondere für die Staatsanwaltschaften, für einen zusätzlichen Senat beim Oberverwaltungsgericht und für 53 Nachwuchskräfte. Und wir investieren rund 2 Millionen € in den elektronischen Rechtsverkehr, damit die Justizverwaltung in Schleswig-Holstein den digitalen Wandel weiterhin positiv gestalten kann.

Wandel und Bewegung sind im gesamten Land spürbar und fordern uns heraus. Dies gilt auch für den kommunalen Finanzausgleich, den das Landesverfassungsgericht zum TÜV geschickt hat. Im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden hat das Innenministerium ein Gutachten in Auftrag gegeben, das bis Ende März 2019 erstellt werden soll. Wenn die Ergebnisse vorliegen, wissen wir, ob das Land finanziell nachsteuern muss.

Herr Minister Grote, immer dann, wenn es um die Kommunalfinanzen geht, müssen dicke Bretter gebohrt werden. Ich wünsche Ihnen bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs viel Erfolg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vorerst planen wir auf der Grundlage der bisherigen Gesetzgebung und damit auf der Basis der Mai-Steuerschätzung. Somit werden die Kommunen im Jahr 2019 über den kommunalen Finanzausgleich rund 1,8 Milliarden € erhalten, also 87 Millionen €

mehr als in diesem Jahr. Darin enthalten sind die 15 Millionen € für die Fortsetzung der kommunalen Konsolidierungshilfe, damit kommunalpolitische Handlungsspielräume vollständig zurückgewonnen werden können.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Begutachtung der kommunalen Finanzausstattung wird auch die Förderung der Frauenhäuser eine Rolle spielen. Neben 6,3 Millionen € Baukostenzuschuss aus unserem IMPULS-Programm erhalten die Frauenhäuser 2019 und 2020 einen um 324.000 € erhöhten Zuschuss. Bis 2021 wird die Gleichstellungsministerin ein neues Konzept erarbeiten.

Ich wünsche Frau Sütterlin-Waack, die heute ja nicht hier ist, bei der Nejustierung dieses doch so wichtigen Hilfesystems viel Erfolg; denn häusliche Gewalt ist kein Gespenst von gestern, sondern für viele Menschen bittere Alltagsrealität. Deswegen ist es gut, dass Frau Sütterlin-Waack dieses Thema anpackt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Meine Damen und Herren, neben den Frauenhäusern unterstützen wir die Kommunen an vielen anderen Stellen: in Schulen, Sportstätten, Kitas und bei der kommunalen Infrastruktur.

Mit dem IMPULS-Programm stehen insgesamt rund 63 Millionen € für Schulbau und die Sanierung von Schulsanitäranlagen bereit, die von den Kommunen abgerufen werden können. Wir nutzen zusätzlich Bundesmittel, um die Kommunen beim Schulbau zu unterstützen. Ja, wir wissen, dass der Investitionsbedarf vermutlich deutlich höher ist als das, was wir bisher als Landesanteil bereitstellen. Aber auch hier gilt die Ehrlichkeit: Wir können nicht alles auf einmal schaffen, aber wir schaffen schon eine ganze Menge.

Auch im Bereich der Digitalisierung erhalten die Kommunen Unterstützung vom Land, personell wie finanziell. Digitalisierung ist Grundlage für Kommunal- und Landesverwaltung, für Betriebe und für die Gesundheitswirtschaft, für Innovationen im Energie-, im Agrar- und im Verkehrsbereich. Wir wollen, dass sich Start-Ups gründen, dass sich Betriebe, Fachkräfte, Studierende und junge Familien für uns hier im echten Norden entscheiden. Weil wir das wollen, müssen wir in Digitalisierung und Innovation, Kreativität und Forschung investieren.

(Ministerin Monika Heinold)

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier ist Jamaika am Puls der Zeit. Mit 18 Millionen € stocken wir das Budget für Digitalisierung auf insgesamt rund 191 Millionen € auf. Woche für Woche schließen wir fünf bis zehn Schulen und Verwaltungsgebäude an das schnelle Internet an. Wir haben zum ersten Mal einen Digitalisierungspreis vergeben und stellen 2019 Geld für Energieforschung zur Verfügung. 10 Millionen € stehen für die Elektromobilität bereit. Das ist gestern diskutiert worden.

Minister Albrecht, ich wünsche Ihnen als Digitalisierungsminister viel Erfolg.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Halten Sie guten Kontakt zu Ihrem Kollegen Buchholz, nicht nur, weil Jamaika das Ziel hat, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen, sondern weil er die Hand auf 50 Millionen € IMPULS-Mitteln für die digitale Infrastruktur hat.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, das IMPULS-Programm hat sich zu einem echten Sanierungs-, Innovations- und Gestaltungsfonds entwickelt.

(Zuruf SPD: Das hat die CDU auch immer gesagt!)

Ob Breitbandausbau, Hochschulsanierung, Krankenhausbau, kommunaler Sportstätten- oder Schulbau, in unserem Land wachsen die Baustellen.

Auch bei der Mobilität sind wir am Puls der Zeit. Haushalt und Sondervermögen machen es möglich, jährlich bis zu 90 Millionen € in Landesstraßeninfrastruktur zu investieren. Zusätzlich haben wir unser 10-Millionen-€-Sonderprogramm für Radwege. Wir haben unser MOIN.SH-Sondervermögen, in dem Ende des Jahres für Schienenverkehr rund 52 Millionen € sein werden. Nun, meine Damen und Herren, liegt es in der Hand von Minister Buchholz, aus Euros Verkehrsinfrastruktur zu machen. Ich wünsche ihm dabei viel Erfolg.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, mit 1,3 Milliarden € planen wir für 2019 mit den höchsten Investitionsausgaben in der Geschichte des Landes. Die Investitionsquote liegt - ich habe sie HSH-bereinigt - bei 10,2 %. Jetzt heißt es Planer finden, Bauaufträge vergeben und Baumaßnahmen umsetzen. In der jet-

zigen Konjunktur ist das eine große Herausforderung sowohl für die Privatwirtschaft als auch für die öffentliche Hand. Fachkräfte sind schwer zu finden. Der Markt für Planungs- und Bauleistungen ist leergefegt. Die Preise schnellen in die Höhe.

Die im Finanzministerium angesiedelte Taskforce "IMPULS" hat im Bericht an den Landtag Handlungsbedarfe benannt. Wir arbeiten gemeinsam mit den Fachministerien mit Hochdruck an einer Verschlankung der Verfahren und an einer Flexibilisierung des Mitteleinsatzes.

Angesichts des Baubooms und der steigenden Preise haben wir im Haushaltsentwurf 5 Millionen € für mögliche Kostensteigerungen eingeplant. Aber auch das in aller Deutlichkeit: Wir sind nicht bereit, jeden Preis zu zahlen. Wir erwarten von der Wirtschaft, dass sie uns als öffentlicher Hand faire Angebote macht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vereinzelt Lachen SPD)

- Sie lachen. Vielleicht haben Sie keine Erwartungen an die private Wirtschaft.

(Zuruf SPD)

Ich habe eine Erwartung an die private Wirtschaft. Das ist die, dass sie der öffentlichen Hand faire Angebote macht. Das ist meine Erwartung. Die mögen Sie falsch finden. Wir sagen ja auch im Gegenzug zu, dass wir in den nächsten Jahren kräftig investieren werden. Ich finde, das ist ein fairer Deal in einer sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf SPD)

Meine Damen und Herren, wir diskutieren heute über einen Haushalt am Puls der Zeit, der voller guter Botschaften steckt. Für den Krankenhausbau stehen 2019 rund 106 Millionen € zur Verfügung, wovon die Kommunen 45 Millionen € zahlen. Wir entlasten das UKSH, indem das Land wie 2018 5 Millionen € übernimmt, die ursprünglich vom UKSH als Beitrag für das ÖPP-Projekt gezahlt werden sollten, und wir stocken den Trägerkostenzuschuss um 4 Millionen € auf.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Die Städtebauförderung wird bundesweit auf Rekordniveau fortgeführt und mit den Landesmitteln voll gegenfinanziert. Zusammen mit den Mitteln des zur Städtebauförderung gehörenden Investitionspakets „Soziale Integration im Quartier“ stehen im Haushalt 2019 über 20 Millionen € Landesmittel dafür bereit. Das ist ein Beitrag zur Stärkung unse-

(Ministerin Monika Heinold)

rer Städte und Gemeinden, ein Beitrag für Attraktivität, für Lebensqualität, für Aktivität und damit auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Der ist uns wichtig.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zu einem guten Leben gehört auch Kultur. Das sagt mir zumindest meine kulturpolitische Sprecherin immer wieder mal.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist so! Das ist so!)

Das Land beteiligt sich in bereits beschlossener Höhe an der Finanzierung der großen Investitionen beim Landestheater Schleswig, der MuK Lübeck, Gottorf, aber auch an Projekten der freien Kulturszene. Das ist auch gut so.

Meine Damen und Herren, um bewerten zu können, was wir alles schaffen, „beame“ ich uns kurz ins Jahr 2011 zurück. Die Hochrechnung der Zinsausgaben für 2019 lag bei 1,5 Milliarden €, die wir hätten zahlen müssen. Heute planen wir mit rund 500 Millionen €. Die Kommunen hätten 400 Millionen € weniger. Für Personalkosten hätten wir 700 Millionen € weniger. Bei den Lehrkräften hätten 3.700 Stellen abgebaut werden sollen. Das ist unvorstellbar.

(Martin Habersaat [SPD]: 3.750!)

- 3.750. Das steht hier auch, Herr Kollege. Ich wollte es nicht zu lang machen, weil ich mit meiner Zeit in Konflikt komme.

Meine Damen und Herren, für Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionen hätten wir rund 2,2 Milliarden € weniger zur Verfügung als heute geplant. Das war damals die Planung, und ich denke, wir können alle miteinander froh sein, dass es so nicht gekommen ist. Sie sehen, wieviel wir schaffen entgegen ursprünglicher Annahmen.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, zurück ins Jahr 2019, denn über das reden wir ja. Das Land steht heute gut da, aber solide Politik ist kein Selbstgänger.

(Beifall FDP)

Wir müssen uns anstrengen, damit der Haushalt im Gleichgewicht bleibt. Dazu brauchen wir stabile Einnahmen und Steuergerechtigkeit. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene aktiv ein. Wir brauchen ausreichende Vorsorge. Dafür haben wir rund 100 Millionen € in diesem Haushalt eingeplant, und wir brauchen eine Begrenzung der Ausgabensteigerung.

Deshalb schaffen wir auch nicht alles, was von uns erwartet wird. Würden wir alle Erwartungen von Gewerkschaften und Kommunen erfüllen, die Ausgabeversprechen der Opposition umsetzen, die Grunderwerbsteuer wieder auf 3,5 % absenken, würden wir den Landshaushalt komplett überfordern. Das wäre nicht zu schaffen. Auch das gehört zur Ehrlichkeit.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf 2019 enthält Einnahmen - ich lese jetzt für meinen Kollegen links von mir korrekt vor - in Höhe von 12,74 Milliarden € und bereinigte Ausgaben in Höhe von 13,04 Milliarden €. Strukturell ist der Haushalt ausgeglichen. Neue Schulden brauchen wir aber für die bestehenden Altverpflichtungen. Auch zukünftig sollen unsere Haushalte strukturell ausgeglichen sein.

Mit der Nachschiebeliste werden wir die Herbst-Steuerschätzung abbilden, die vermutlich das Familienentlastungsgesetz sowie das Auslaufen der Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ enthält.

Mit dem Familienentlastungsgesetz kommt ein weiterer großer Kraftakt auf uns zu, Mindereinnahmen, die bis zum Jahr 2020 auf rund 109 Millionen € steigen. Dennoch wollen wir als Bundesland im Bundesrat zustimmen. Wir finden es richtig, dass kleine und mittlere Einkommen entlastet werden, wir finden es richtig, dass die Grundfreibeträge und das Kindergeld steigen. Dieses hat unsere ausdrückliche Unterstützung.

Nicht richtig ist aber aus unserer Sicht, dass auch sehr hohe Einkommen entlastet werden sollen, indem auch hier der Steuertarif nach rechts verschoben wird. Hier setze ich auf die SPD: Morsen Sie Ihren Bundesfinanzminister an und überzeugen Sie ihn davon, dass Einkommen oberhalb von 260.000 € keine Entlastung brauchen. Unsere Unterstützung haben Sie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt FDP)

Der Belastung des Landes steht auch eine Entlastung gegenüber.

(Beate Raudies [SPD]: Von der gesamten Regierung?)

- Na ja, wenn alle Teile Ihres Hauses dazu beitragen, dann kann es vielleicht gelingen. Jamaika trägt dazu bei, weil wir - -

(Zurufe SPD)

(Ministerin Monika Heinold)

- Wir sortieren jetzt gerade einmal, wer was dazu beiträgt, wenn ich darf. Jamaika trägt etwas dazu bei, weil wir sagen: Wir sind bereit dazu. - Ich habe ja nicht gesagt: Sie sollen es schaffen. Ich habe Sie darum gebeten, ihn anzumorsen und es zu versuchen. Ich denke, Sie werden das auch tun. Da bin ich mir ganz sicher, Herr Stegner. Dann schauen wir einmal, wo wir letztendlich landen.

Durch die früher als geplante Ausfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ haben wir auch eine Entlastung. Wir rechnen im Jahr 2019 mit rund 44 Millionen € und hoffen, dass auch dieses Teil der Steuerschätzung wird.

Meine Damen und Herren, ich komme gleich zum Schluss. Sie sehen, auch in diesem Jahr wird die Nachschiebeliste im Herbst zu einer Nachjustierung des Haushalts führen. Weitere Herausforderungen kommen auf uns zu. Wir müssen auch die 10 Millionen € Landesmittel für die Landwirte zur Verfügung stellen, und werden dieses, wie gestern diskutiert, entweder im Jahr 2018 oder 2019 machen.

Wer am Puls der Zeit arbeitet, muss sich auf Veränderungen einstellen. Da hilft es, Vorsorge getroffen zu haben.

Meine Damen und Herren, der zweite Jamaika-Haushalt ist ein Haushalt der bewussten politischen Steuerung. Wir geben Antworten auf aktuelle Herausforderungen und setzen Leitplanken für ein modernes Schleswig-Holstein. Mit Jamaika ist Schleswig-Holstein am Puls der Zeit; ein Land, in dem es Spaß bringt, zu leben, zu studieren und zu arbeiten; ein Land, in dem Familien gern wohnen und Urlaub machen, auch weil Natur und Umwelt bei uns einen hohen Stellenwert haben. Das ist ein Land, in dem es sich lohnt zu investieren, weil Innovationen, Digitalisierung und Energiewende gelebt werden; ein Land, in dem am Christopher Street Day die Regenbogenflagge auch in den Ministerien gehisst wird, weil diese Regierung für Vielfalt, Weltoffenheit und Demokratie steht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Jamaika heißt, Vision und Realität zu verbinden. Drei unterschiedliche Partner mit dem Anspruch, unser Land zu gestalten, und mit einem Ministerpräsidenten, der als Person für dieses moderne Regierungsbündnis steht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für die tolle Zusammenarbeit, die geprägt ist von Vertrauen,

Optimismus und Gestaltungswillen. Es bringt Spaß, und wir kommen voran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, keine Rede einer Finanzministerin, ohne sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken. Frau Reese-Cloosters, mit dem Haushalt 2019 hatte Ihre Abteilung, hatten Ihre Referate, wieder einmal alle Hände voll zu tun. Zurzeit beantworten sie die 570 Fragen der Abgeordneten. Vielen Dank auch dieses Mal dafür, dass Sie auch dieses Jahr wieder Ihre Aufgaben im Finanzministerium mit Bravour gemeistert haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und vereinzelt AfD)

Damit dieses nicht der letzte Satz ist, denn dann hätte die Opposition schwer klatschen können, noch zwei kurze Sätze hinterher:

(Heiterkeit)

- Ich nehme Rücksicht auf alle Beteiligten. Die Landesregierung legt Ihnen einen Haushalt mit klaren Schwerpunkten vor. Ich freue mich auf die kontroverse Debatte; denn eine gute Streitkultur unter Demokraten ist ein hohes Gut. Das sollte uns nicht schrecken, sondern herausfordern. Ich freue mich darauf. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Die Ministerin hat die Redezeit um gut neuneinhalb Minuten erweitert. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung.

Bevor wir fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Friedrichsort und der Geschwister-Prenski-Schule, Lübeck. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum ersten Mal überhaupt wird die Zahl der Erwerbstätigen dieses Jahr in Schleswig-

(Tobias Koch)

Holstein auf über eine Million ansteigen; wir verzeichnen Rekordbeschäftigung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dem stehen weniger als 85.000 arbeitslos gemeldete Personen gegenüber, Tendenz weiter sinkend. Das ist der niedrigste Stand seit 1992.

(Christopher Vogt [FDP]: Dank Herrn Buchholz!)

Schleswig-Holstein geht es also gut. Zumindest sollte man das angesichts dieser ökonomischen Daten meinen. Trotzdem gibt es Menschen, die sich Sorgen machen, Menschen, die sich vor Wohlstandsverlust fürchten und sich fragen, ob es ihnen auch zukünftig so gut gehen wird wie heute. Und es gibt Menschen, die sich trotz des erreichten Wohlstands mit Wohnungsnot, prekären Beschäftigungsverhältnissen und unzureichender gesellschaftlicher Teilhabe konfrontiert sehen.

Aus unterschiedlichen Gründen gibt es also Menschen, die sich vor den Veränderungen in unserer Gesellschaft fürchten, vor Flüchtlingen und Zuwanderung, vor Digitalisierung und Dieselfahrverboten, vor weltweiten Kriegen und Terrorgefahren sowie vor Unsicherheiten, wie sie der Brexit und die trumpschen Handelskonflikte mit sich bringen.

Deshalb sehnen sich die Menschen nach Verlässlichkeit, nach Beständigkeit und nach Sicherheit. Die Menschen erwarten Antworten und Lösungen für die Probleme und Herausforderungen der Zukunft, und das völlig zu Recht.

Vor diesem Hintergrund stehen wir alle fassungslos davor, was sich derzeit in der Bundespolitik abspielt. Eine Große Koalition, bei der die CSU auf Krawall gebürstet ist, um sich vor der bayerischen Landtagswahl zu profilieren, und gleichzeitig eine SPD, die versucht, in der Regierung Opposition zu spielen, und zum Teil mit einem Koalitionsbruch liebäugelt, anstatt die gemeinsamen Erfolge, die diese Große Koalition in den letzten Monaten durchaus vorzuweisen hat, herauszustellen und die Menschen davon zu begeistern. In dieser Situation liefert Schleswig-Holstein einen echten Gegenentwurf. Dafür stehen wir als Jamaika-Koalition.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wollen den Menschen in unserem Land beweisen, dass wir die Herausforderungen der Zukunft meistern können, dass wir den demografischen Wandel erfolgreich bestreiten werden, dass wir die

Chancen der Digitalisierung zu unserem Vorteil nutzen und uns nicht von ihr abhängen lassen, dass wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken, die Infrastruktur in unserem Land auf Vordermann bringen, die Förderung und Bildung unser Kinder verbessern, die Integration der Geflüchteten erfolgreich bestreiten und das Sicherheitsgefühl in unserem Land stärken.

Mit Jamaika tun wir all dies mit Fröhlichkeit und Zuversicht. Wir regieren ohne Streit und ohne Konflikte, wir suchen und finden gemeinsame Lösungen, wo andere nur Probleme aufzeigen.

(Vereinzelter Beifall CDU - Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das!)

Für uns als CDU-Fraktion war es deshalb keine echte Überraschung, dass die Menschen nach einer Umfrage aus der vergangenen Woche in keinem anderen Bundesland der Regierungspartei mehr Vertrauen entgegenbringen als der CDU in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU - Beate Raudies [SPD]: Nur der CDU?)

Ich gebe gern zu, dass 35 % Zustimmung noch nicht das Maximum dessen sind, was man sich als Partei wünscht.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Geht auch weniger!)

- Es geht auch mehr. - Dennoch zeigt dieses Ergebnis deutlich, dass es in Schleswig-Holstein gelingt, uns mit Jamaika von diesem bundesweiten Trend abzukoppeln.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Das Ergebnis ist eine Stimmungslage bei uns in Schleswig-Holstein, die sich wesentlich von der in anderen Bundesländern unterscheidet. Darüber können wir alle froh und dankbar sein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, in dieser Situation liegt nun der zweite Jamaika-Haushaltsentwurf zur Beratung vor. Es ist nur sieben Monate her, dass im Landtag der erste Jamaika-Haushalt beschlossen wurde. Die Regierungszeit von CDU, Grünen und FDP beläuft sich gerade einmal auf 15 Monate. Dennoch hat sich in Schleswig-Holstein in dieser kurzen Zeit schon enorm viel bewegt. Bei Bildung, Infrastruktur und innerer Sicherheit wurden im ersten Regierungsjahr bereits beachtliche Fortschritte

(Tobias Koch)

erzielt, und diesen Kurs setzen wir mit dem vorliegenden zweiten Haushaltsentwurf konsequent fort.

(Beifall CDU und FDP)

Ich komme darauf später zurück und will aus aktuellem Anlass mit den Themen beginnen, die uns in den vergangenen Wochen besonders beschäftigt haben. Seit letztem Donnerstag liegt der Halbzeitbericht auf dem Weg zur großen Kita-Reform vor. Logischerweise sind in diesem Zwischenbericht noch keine endgültigen Entscheidungen gefallen, und es gilt, eine Reihe von Details noch zu klären bis zu der entscheidenden Frage am Ende, wieweit es gelingt, die Elternbeiträge zu reduzieren. Aber eines ist doch bereits jetzt klar: Diese Reform ist ein echtes Mammutprojekt. Es stimmt mich zuversichtlich, dass es gelungen ist, den Prozess bislang mit allen Beteiligten gemeinsam zu gestalten. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die SPD dagegen stellt sich selbst ins Abseits, wenn sie einzig und allein auf die Kostenfreiheit für Eltern setzt. Der Konflikt mit den Kommunen ist dann genauso vorprogrammiert wie mit all denjenigen Eltern, denen die Qualität der frühkindlichen Bildung viel wichtiger ist, als bloß auf das Geld zu schauen.

Meine Damen und Herren, der Jamaika-Dreiklang aus reduzierten und landesweit einheitlich gedeckelten Elternbeiträgen, Qualitätsverbesserungen durch zukünftig zwei Erzieherstellen pro Kitagruppe im Ü-3-Bereich, und zwar vormittags und nachmittags, sowie der finanziellen Entlastung der Kommunen ist deshalb genau die richtige Lösung, und das machen wir.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Liebe SPD, auf dem Weg dahin von einer „Durststrecke“ zu sprechen, ist schlichtweg falsch. Bereits in diesem Jahr haben wir den Konnexitätsausgleich im U-3-Bereich und den Betriebskostenzuschuss des Landes im Ü-3-Bereich um zusammen 45 Millionen € erhöht. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf kommen im nächsten Jahr noch einmal 20 Millionen € Landesmittel hinzu. Weiterhin wären wir bereit, die Zuweisung des Bundes im Rahmen des „Gute-Kita-Gesetzes“ von 17 Millionen € um mehr als 8 Millionen € Landesmittel aufzustocken. Wir erhöhen im nächsten Jahr außerdem die Zuweisung für eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels um 20 Millionen €. Die Jamaika-

Koalition in Schleswig-Holstein tut damit im nächsten Jahr rund dreimal so viel für die Verbesserung der Kinderbetreuung, wie die SPD im Bund mit beschlossen hat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Kritik der SPD an den Jamaika-Plänen ist deshalb vollkommen fehl am Platz.

(Beate Raudies [SPD]: Es ist so großartig! - Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, das zweite Thema, auf das ich aus aktuellem Anlass eingehen möchte, ist die Besoldung im öffentlichen Dienst. Wie bei den Kitas haben wir auch hier im ersten Jahr von Jamaika bereits viel erreicht: Beförderungspaket, Erschwerniszulagen, Erleichterungen beim Wechselschichtdienst, Anhebung von Anwärterbezügen und die Wiedereinführung der Jubiläumssprämie für 25-jährige Dienstzeit seien beispielhaft genannt. Die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts aus der vergangenen Woche lenkt den Blick insbesondere noch einmal auf die unteren Besoldungsgruppen und deren verfassungsgemäße Bezahlung.

Genauso wichtig ist es, auf all die Tätigkeiten im Landesdienst zu schauen, bei denen es uns im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft immer schwerer fällt, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, seien es IT-Experten oder Ingenieure. Ein wirklich klasse Erfolg für Jamaika ist in dieser Hinsicht die schnelle Einführung des neuen Studiengangs für Bauingenieure an der FH Kiel.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

219 Bewerbungen und 57 Studierende im ersten Semester sprechen eine deutliche Sprache dafür, dass diese Entscheidung genau richtig war.

Außerdem müssen wir unbedingt die Unterschiede in den Besoldungstabellen zu unseren Nachbarbundesländern betrachten, damit nicht immer wieder gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Schleswig-Holstein nach Hamburg abwandern.

(Beate Raudies [SPD]: Mein Reden!)

Für diese unterschiedlichen Anforderungen werden wir im nächsten Jahr ein weiteres Besoldungspaket schnüren und dabei alle Besoldungselemente inklusive der Sonderzuwendungen berücksichtigen. Mit dem Haushaltsentwurf und der Finanzplanung haben wir zudem ausreichend Vorsorge für die anstehende Tarifrunde getroffen, damit unsere Landes-

(Tobias Koch)

bediensteten angemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können.

Die SPD-Forderung nach einer pauschalen Rückkehr zum früheren Weihnachtsgeld bietet dagegen für all diese Herausforderungen keine passgenauen Lösungen. Als Opposition einfach immer mehr zu versprechen und mehr zu fordern, als die Regierung tut, ist weder besonders klug noch originell.

(Beate Raudies [SPD]: Da habt ihr ja Erfahrung drin!)

Meine Damen und Herren, das dritte aktuelle Thema ist die Dürrehilfe für unsere Landwirtschaft. Jamaika hat von Anfang an klargemacht, dass wir unseren Bäuerinnen und Bauern in dieser Extremsituation zur Seite stehen und uns am Hilfsprogramm des Bundes beteiligen werden. Als CDU-Fraktion haben wir uns dabei für eine schnelle und unbürokratische Hilfe eingesetzt.

(Beifall CDU)

Wir wollen unsere Familienbetriebe in der Landwirtschaft erhalten. Deshalb darf dieser Dürresommer keine Existenzen gefährden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Beim Thema Schnelligkeit sind wir mittlerweile deutlich vorangekommen. Nicht erst nach Abschluss des jeweiligen Wirtschaftsjahres, sondern noch in diesem Jahr wird es Vorauszahlungen auf die Dürrehilfe an die betroffenen Landwirte geben.

(Beate Raudies [SPD]: Das hat er gestern nicht gesagt! - Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Der Bund und das Land Schleswig-Holstein stellen für die betroffenen Landwirte jeweils 10 Millionen € zur Verfügung. Die dafür benötigten Landesgelder werden entweder mit der Nachschiebeliste in den Haushalt 2019 eingestellt oder sogar noch in diesem Jahr als außerordentliche Ausgabe oder mit Hilfe eines Nachtragshaushaltes bereitgestellt.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Eine gewisse Bürokratie beim Antragsverfahrens und dem Nachweis der Existenzbedrohung wird sich dabei leider nicht vermeiden lassen. Das ist aber immer die Konsequenz, wenn Geld des Steuerzahlers in Anspruch genommen wird. Das Geld soll eben nicht mit der Gießkanne verteilt werden, sondern da ankommen, wo es wirklich benötigt wird.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Ich vermute einmal, dass die SPD jetzt noch schnellere Verfahren und den Verzicht auf jegliche Antragsformalitäten fordern wird. Das ist aber genauso glaubhaft wie ihre Forderung nach Kita-Gebührenfreiheit und dem Weihnachtsgeld.

(Sandra Redmann [SPD]: Das haben wir gar nicht gefordert!)

Für die bestmögliche Bildung unserer Kinder streben wir eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung in unseren Schulen an. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir bereits im ersten Jamaika-Haushalt einen echten Kraftakt unternommen: 890 Lehrerstellen wurden geschaffen, beziehungsweise es wurde auf die vorgesehenen Streichungen verzichtet.

(Beifall CDU, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Diesen Kraftakt - da kann man gleich noch einmal klatschen - wiederholen wir jetzt mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf ein weiteres Mal. Im kommenden Jahr - die Finanzministerin hat darauf hingewiesen - werden 439 Stellen nicht gestrichen. Stattdessen werden 234 Stellen neu geschaffen, außerdem 90 Stellen für Lehrer im Vorbereitungsdienst, um auf diese Weise mehr neue Lehrkräfte einstellen zu können. Darüber hinaus können aus dem erstmals bereitstehenden Bildungsbonus in Höhe von 2 Millionen € ab dem 1. August 2019 bis zu 70 Stellen im pädagogischen Bereich finanziert werden.

Zusammengenommen ist es ein Stellenpaket im Umfang von 833 Stellen für das Jahr 2019. In beiden Jahren zusammen macht das einen Stellenaufwuchs von über 1.700 im Bildungsbereich aus. Das ist einfach gigantisch.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Noch nie zuvor ist in so kurzer Zeit die Personalsituation an unseren Schulen in einem derartigen Umfang verbessert worden. Wir schaffen aber nicht nur zusätzliche Stellen, sondern wir sorgen auch für eine bessere Bezahlung. Ab dem Schuljahr 2019/2020 steigt die Besoldung der Grundschuldirektoren in zwei Schritten und erreicht im darauffolgenden Jahr dann die Besoldungsstufe A 14. Das ist unsere Antwort auf immer weniger Bewerbungen für diese wichtige Tätigkeit. Anschließend wird schrittweise die Besoldung aller Grundschullehrer auf A 13 angehoben. Natürlich wird uns die SPD an

(Tobias Koch)

dieser Stelle wieder überbieten und eine unverzügliche Bezahlung aller Grundschullehrerinnen und -lehrer mit A 13 verlangen. Diese Forderung reiht sich dann nahtlos an ihre Forderung nach Weihnachtsgeld und beitragsfreien Kitas ein.

(Beate Raudies [SPD]: Das wollte die FDP in der letzten Legislaturperiode auch! - Zuruf: Damals!)

- Kümmern Sie sich am besten um Ihre eigenen Haushaltsanträge, statt mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Zurufe SPD)

Einen ähnlichen Kraftakt wie im Bildungsbereich unternehmen wir auch bei den Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

(Unruhe)

- Sind alle noch dabei? Ich bin jetzt beim Thema öffentliche Infrastruktur.

Ohne Frage wäre das ohne die gegenwärtig exzellente Haushaltslage nicht in diesem Maße möglich. So aber nutzen wir die blendenden Steuereinnahmen, um den Sanierungsstau der letzten 30 Jahre abzubauen, in denen die SPD 26 Jahre lang in Schleswig-Holstein regiert hat.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Annabell Krämer [FDP])

Wann, wenn nicht jetzt, sollte dieses sonst geschehen? Auch das machen wir als Jamaika-Koalition.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während die Albig-Regierung die Investitionen auf das Niveau der 70er-Jahre mit lediglich 650 Millionen € zurückgefahren hatte, haben wir diesen Betrag bereits im ersten Jamaika-Haushalt auf knapp 1,2 Milliarden € erhöht, und mit diesem Haushaltsentwurf kommen noch einmal 100 Millionen € hinzu. Insgesamt gibt es also eine Verdopplung der Investitionsausgaben innerhalb von wenigen Jahren. Wie schon in diesem Jahr, werden wir auch im kommenden Jahr über 90 Millionen € für die Sanierung unserer Landesstraßen einsetzen. Da kann dann die SPD gern noch einmal nachrechnen.

Das größte Investitionshemmnis sind mittlerweile nicht mehr die fehlenden Finanzmittel, sondern die nicht ausreichenden Kapazitäten der Baufirmen. Mit einer eigens eingesetzten Task Force haben wir diesem Engpass deshalb entgegengewirkt und Investitionen in einem Volumen von 100 Millionen € in Vorhaben umgeschichtet, bei denen eine schnelle

Realisierung zu erwarten ist. Mit diesem 100-Millionen-€-IMPULS-Sofortprogramm werden wir für noch mehr Investitionen in Digitalisierung, in Schulen, in Kitas und Sportstätten sorgen. Gerade erst ist die Förderrichtlinie für die dritte Tranche zur Sanierung von Schultoiletten veröffentlicht worden. Zu den bislang bereitgestellten 17,5 Millionen € kommen jetzt noch einmal 6 Millionen € hinzu. Die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP haben sich im Rahmen des Sofortprogramms auf weitere Maßnahmen im Umfang von 30 Millionen € verständigt. Ich bin mir sicher, die finanzpolitischen Sprecher werden darauf noch näher in ihren Redebeiträgen eingehen.

All das reicht der SPD natürlich immer noch nicht.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Da bin ich mir sicher. - Sie will, dass das Land auch noch die Kosten für den Ausbau von Gemeindestraßen übernimmt. - Liebe Frau Raudies, nicht, dass Sie das bei Ihren Haushaltsanträgen in diesem Jahr vergessen! Sonst könnte man glatt meinen, das sei nur ein Show-Antrag im Vorfeld der Kommunalwahl gewesen.

(Zurufe CDU)

- Nein, ich kann mir das auch nicht vorstellen, aber ich wollte es vorsichtshalber angesprochen haben.

Kommen wir zur großen Herausforderung, der inneren Sicherheit.

(Zuruf SPD)

Auch hier haben wir im ersten Jahr von Jamaika schon richtig geklotzt und bei Besoldung, Ausrüstung und Personalsituation Verbesserungen erzielt. Mit dem Haushaltsentwurf 2019 schnüren wir jetzt ein weiteres Sicherheitspaket und gehen damit sogar über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hinaus. 173 Stellen in der Polizei und 77 Stellen in der Justiz, die von der SPD-geführten Vorgängerregierung nur zeitlich befristet geschaffen worden waren, werden nun Gott sei Dank dauerhaft erhalten bleiben. Beim Verfassungsschutz, der digitalen Spurensicherung, bei den Staatsanwaltschaften, der Verwaltungsgerichtsbarkeit und für die Digitalisierung der Justiz kommen außerdem Dutzende neuer Stellen hinzu. So schaffen wir Sicherheit für Schleswig-Holstein und sorgen dafür, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in rechtsstaatliche Verfahren erhalten bleibt.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Tobias Koch)

Der einzige Beitrag der SPD an dieser Stelle besteht in der Ablehnung der gemeinsamen Abschiebehaftanstalt von Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Nichtsdestotrotz haben wir dafür erste Mittel in den Haushalt 2019 eingestellt, und das ist auch dringend notwendig.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein letztes wichtiges Aufgabenfeld ansprechen, die Digitalisierung. Auch hier sorgen wir für neue Dynamik in Schleswig-Holstein. Den landesweiten Glasfaserausbau wollen wir bereits 2025 abgeschlossen haben und nicht erst 2030 wie unter Torsten Albig. Eine noch größere Priorität hat für uns der Anschluss der Schulen an das Breitbandnetz. Damit wollen wir spätestens 2021 fertig sein. Für beide Bereiche werden wir die IMPULS-Mittel im kommenden Jahr deshalb weiter aufstocken, für den Breitbandausbau von 6,6 Millionen € auf 10 Millionen € und für „Schulen ans Netz“ sind es nach 9 Millionen € in diesem Jahr noch einmal 9,6 Millionen € im kommenden Jahr. Damit stellen wir für die Schulanschlüsse im Jahr 2019 mehr als doppelt so viel Geld zur Verfügung wie noch 2017.

All das schafft allerdings nur die Rahmenbedingungen für Digitalisierung in Schleswig-Holstein. Für die eigentliche Umsetzung der Digitalisierung in Verwaltung, in Schulen und Hochschulen, in der Medizin, im Verkehr und in ganz vielen anderen Lebensbereichen hat die Landesregierung ein umfangreiches Digitalisierungsprogramm aufgestellt. Es umfasst weit über 300 Einzelmaßnahmen, und diese gilt es nun Punkt für Punkt abzuarbeiten. Dabei sind alle Ministerien gefragt, denn Digitalisierung ist eine wirkliche Querschnittsaufgabe.

Ganz besonders freut mich aber, dass wir mit unserem neuen Digitalisierungsminister Jan Philipp Albrecht einen echten Experten für dieses Thema für uns in Schleswig-Holstein gewonnen haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Thomas Hölck [SPD]: Mal abwarten!)

Die Entschlossenheit, mir der wird dieses Thema angehen, spiegelt sich im Einzelplan 14 wieder, dem IT-Haushalt, dessen Volumen im kommenden Jahr von 167 Millionen € auf sage und schreibe 191 Millionen € ansteigt. In diesem wichtigen Zukunftsfeld sind mir nun vonseiten der SPD so gar keine Initiativen bekannt, keine einzige. Digitalisierung in Schleswig-Holstein machen wir deshalb lieber ohne die SPD.

All das, was wir uns für das Jahr 2019 vorgenommen haben und was ich in den letzten 20 bis 30 Minuten hier skizziert habe, gelingt uns mit einem solide finanzierten Haushalt. Der Haushalt ist strukturell im Plus - trotz zusätzlichen Personals, und trotz zusätzlicher Investitionen und sämtlicher Mehrausgaben, die wir gemeinsam beschlossen haben.

Dennoch könnte im kommenden Jahr sogar ein Überschuss von 152 Millionen € erzielt und für die Schuldentilgung eingesetzt werden, wenn - ja, wenn! - die HSH Nordbank nicht wäre. Immerhin sorgt dieser Überschuss aus laufender Haushaltstätigkeit dafür, dass die Belastung aus der HSH-Garantie in Höhe von 450 Millionen € auf 298 Millionen € reduziert wird.

Der Haushaltsüberschuss vermindert also unmittelbar die Kreditaufnahme des Jahres 2019. Jetzt davon zu sprechen, dass der Haushalt 2019 wieder in die roten Zahlen abrutsche, wird diesem Sachverhalt meines Erachtens nicht ausreichend gerecht. Nie zuvor wurden von der Landesregierung derart hohe Tilgungsbeträge im Haushalt eingeplant - mit 160 Millionen € in diesem Jahr und den genannten 152 Millionen € im nächsten Jahr - wie jetzt unter Jamaika. Der wirklich bedrückende Sondereffekt durch die HSH-Nordbank darf deshalb nicht den Blick darauf verstellen, dass wir endlich die laufenden Haushaltsausgaben ohne neue Schuldenaufnahme bestreiten und sogar Überschüsse in dreistelliger Millionenhöhe erzielen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Meine Damen und Herren, insgesamt konnten Sie, glaube ich, erkennen, dass wir als Jamaika-Koalition sehr klare Vorstellungen davon haben, in welche Richtung sich Schleswig-Holstein entwickeln soll: qualitativ hochwertige Kinderbetreuung mit niedrigeren Elternbeiträgen und geringeren Belastungen für die Kommunen, Schleswig-Holstein als attraktiver Arbeitgeber im öffentlichen Dienst, bäuerliche Familienbetriebe ohne Existenzsorgen, 100 % Unterrichtsversorgung an unseren Schulen, eine sanierte öffentliche Infrastruktur, Sicherheit durch die Stärkung von Polizei und Justiz sowie unser Land als Vorreiter bei der Digitalisierung - all das mit soliden Finanzen.

Der SPD mag es bei diesem Programm an Visionen mangeln, wie wir einer ihrer Pressemitteilungen entnehmen konnten. - Ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich: Nicht jeder unrealistische und unfinanzierbare Vorschlag der SPD ist deshalb gleich eine Vision.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU, FDP und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf SPD)

Entscheidend ist doch vielmehr, dass wir den Menschen nicht mehr versprechen als wir auch halten können,

(Martin Habersaat [SPD]: Genau!)

dass wir Lösungen liefern, anstatt nur Probleme aufzuzeigen. Genau das machen wir als Jamaika mit dem Haushalt 2019. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Menschen in Schleswig-Holstein geht es gut. Das spiegelt die Finanzsituation des Landes wider. Wohl niemand, der heute Politik macht - da schließe ich mich ausdrücklich ein -, kann sich an vergleichbar gute Zahlen in seiner aktiven Zeit erinnern. Selbst gegenüber dem ohnehin großzügigen Ansatz für 2018 fließen noch einmal rund 600 Millionen € mehr in die Landeskasse. Auch als Oppositionspolitiker sage ich ausdrücklich: Das ist ein Glücksfall für Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese gute Lage hilft natürlich auch der Koalition.

(Werner Kalinka [CDU]: Glück hat nur der Tüchtige!)

- Auf Dauer ist das so, Herr Kollege Kalinka. Deswegen werden Sie merken, dass Sie bald vom Glück verlassen werden.

(Zurufe CDU: Oh!)

Auf Dauer ist das so; aber ich komme noch zum Glück, Herr Kollege Kalinka. Sie sind ja schon so lange dabei, dass Sie unterschiedliche Zeiten erlebt haben. - Die gute Lage hilft der Koalition. Konflikte werden im Zweifelsfall unter Geld begraben. Jede Kritik wird mit dem Puderzucker öffentlichkeitswirksamer Finanzzusagen überzogen. Ohne Zweifel ist das gut für Ihr Koalitions-klima. Untätigkeit kann man der Koalition in der Tat nicht vorwerfen. Es

vergeht fast keine Woche ohne neue großzügige finanzielle Ankündigungen: eine Million hier, eine weitere Million dort und an dritter Stelle noch einmal 2 Millionen € obendrauf.

(Christopher Vogt [FDP]: Das haben wir uns in Berlin abgeguckt!)

Wer derzeit Geld benötigt oder das auch nur behauptet, in das politische Beuteschema der drei Koalitionspartner passt und vielleicht noch dazu eine Fernsehkamera in seiner Nähe hat, kann sich schon beinahe mit Sicherheit auf eine Förderung freuen. Keine Frage: An vielen Stellen ist das Geld gut angelegt.

(Christopher Vogt [FDP]: Wo denn nicht?)

Einiges von dem hätten wir sicherlich auch getan. Manches, was die Küstenkoalition angeschoben hatte - ich nenne als Beispiel den Bildungsbereich, die Digitalisierung und die Polizei -, setzen Sie mit mehr Geld fort. Das loben wir ausdrücklich.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bleibe dabei: Was wir vor der Wahl richtig fanden, finden wir auch nach der Wahl richtig. Was wir vor der Wahl falsch fanden, finden wir nach der Wahl immer noch falsch. Darauf komme ich dann noch ausführlicher zurück.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Es ist nicht mehr viel Zeit!)

- Sie sind heute besonders geistreich, Herr Kollege Arp. Das ist schön. Ich freue mich, dass Sie guter Laune sind. Ich bin das auch. - Vieles andere, was Sie tun, ist erkennbar Unsinn und zum Teil auch ein sehr unseriöser Umgang mit Steuermitteln. Eine halbe Million verkünden Sie mal salopp für den Umzug des Naturparkhauses von Plön nach Eutin, weil es einer Koalitionsabgeordneten so gefällt. Selbst Ihre eigenen Parteifreunde vor Ort, Herr Ministerpräsident, halten das für Quatsch - um das einmal als ein Beispiel zu nennen. Man könnte viele andere Beispiele nennen; ich nenne das Pars pro Toto.

(Zurufe Tobias Koch [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

- Nur ein Beispiel - ich fange langsam an. Ganz langsam, Herr Kollege!

(Christopher Vogt [FDP]: Baut sich langsam auf!)

- Das muss sich doch ein bisschen steigern. Ich fange langsam an. - Ich wollte der Frau Kollegin eine

(Dr. Ralf Stegner)

kleine Freude machen; deswegen habe ich sie am Anfang erwähnt. Das ist nur ein Beispiel für vieles, das aber zeigt, wie bedenkenlos Sie zurzeit mit dem Geld umgehen.

Ich weiß noch genau, wie erbittert wir hier vor wenigen Jahren um jeden Euro gerungen haben - zwischen Regierung und Opposition, aber auch innerhalb der letzten Koalition und sogar mit der gleichen Finanzministerin.

(Christopher Vogt [FDP]: Derselben!)

Die Zeiten sind andere. Das ist wohl wahr. - Sogar dieselbe, da haben Sie recht. Gut, Herr Koch! Sprachlich sind Sie in Topform heute; das habe ich vorhin schon gemerkt.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich bin sprachlich in Form!)

Übrigens war das Wort, das am häufigsten in Ihrer Rede vorkam: SPD. So schlecht können wir nicht sein. Das will ich nun auch einmal sagen.

(Beifall SPD)

Das nur am Rande: Wer nicht so viele eigene Taten zu vermelden hat, der beschäftigt sich mit der Opposition; aber das ist in Ordnung.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Trotzdem, Frau Finanzministerin - unabhängig von den besseren Zeiten -: Ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit im Umgang mit den Mitteln stünde der Koalition gut zu Gesicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, dazu kommen wir gleich!)

- Ja. Noch keine Landesregierung hatte so viel Geld zur Verfügung wie diese; aber zur traurigen Wahrheit gehört eben auch, dass noch keine Landesregierung derart planlos damit um sich geworfen hat, wie Sie das tun. Die Landesregierung ist nicht der Weihnachtsmann.

(Tobias Koch [CDU]: Sondern Sie selbst!)

Es ist nicht Ihr Job, Wunschzettel abzuarbeiten, sondern diesem Land einen klaren Kurs zu geben. Den kann man spätestens in Anbetracht Ihrer wilden Ausgabeankündigungen der letzten Wochen wirklich nicht erkennen - auch mit viel gutem Willen nicht.

Herr Ministerpräsident, ich fühle mich sehr viel besser über Ihre sportlichen Erfolge als über die Pläne für dieses Land informiert.

(Beifall SPD)

Das ist - so sehr ich Ihnen die persönliche Fitness gönne - kein Zustand für dieses Land. Denn wir wüssten schon ganz gern - die Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU hat uns da nichts verraten, außer ein paar Schlagworte -, was Sie eigentlich wirklich wollen. Dieser Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, fehlt es an Substanz. Das ist das Problem. Ihnen fehlt es nicht an Geld, sondern an Substanz.

Ihre Planlosigkeit zeigt sich leider auch im Umgang mit den Sondervermögen. IMPULS ist prall gefüllt - übrigens nicht zuletzt aus den Überschüssen der Vorgängerregierung -, und natürlich steht die SPD nach wie vor zu dieser Idee. Wir freuen uns, dass diejenigen, die uns dafür noch vor Kurzem verspottet haben, nun umso fleißiger davon Gebrauch machen. Darüber freut sich nicht nur mein Kollege Habersaat, der sich als Pädagoge über Lernerfolge immer besonders freut, sondern es freut uns alle, dass Sie dazugelernt haben.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

So wie Sie sich jetzt aber mit diesem Sondervermögen in die Brust werfen, muss ich Ihnen ehrlich sagen, könnte man erwarten, dass Ihnen die Umsetzung vielleicht ein bisschen besser gelingt. Das ist aber weit gefehlt, denn in Teilen ist Ihr Handeln in diesem Feld wirklich eine Farce. Bis heute haben Sie niemandem in diesem Haus nachvollziehbar erklären können, wofür beispielsweise die zig Millionen im Sondervermögen MOIN.SH konkret gedacht sind. Wollten Sie nicht eigentlich den ÖPNV unterstützen? Warum bitte schön nehmen Sie dann für Ihre angekündigte E-Busförderung das Geld nicht aus diesem Pott, sondern aus IMPULS? Ich will Ihnen sagen, warum Sie es tun:

(Zuruf CDU)

Weil Sie ganz offenkundig in Ihr eigenes Planungswirrwarr hoffnungslos verstrickt sind, da gar nicht mehr herausfinden und nicht mehr wissen, was man tun soll. Umsetzung? - Null. In Ankündigungen sind Sie immer ganz groß. Das ist der Punkt.

(Beifall SPD - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Das Beispiel mit der E-Busförderung zeigt noch etwas ganz anderes, nämlich dass PR bei dieser Koalition konsequent vor Substanz steht. Hauptsache es ist ein Symbol da, Hauptsache es gibt einen Presetermin - Substanz ist Ihnen völlig egal. 2 Millionen € für E-Bus-Förderung! Was soll es dafür eigentlich geben? Einen Bus und eine Ladestation? Ist das Ihre Strategie für die größten Probleme, die unsere Städte in diesem Land haben, in denen sich

(Dr. Ralf Stegner)

die Menschen vor Fahrverboten fürchten, die vom Umweltministerium angekündigt worden sind? Das ist ein schlechter Scherz und keine Investition in die Zukunft.

(Beifall SPD)

Man sieht das. Nennt man bei großen Themen konkrete Beispiele, ist das, was am Ende dabei herauskommt, mit „mager“ noch sehr euphemistisch beschrieben. Ihre Investitionen sind in vielen Bereichen Luftnummern. Sie verweisen gern auf den Betrag von mehr als 1 Milliarde €. Das ist ohne Zweifel eine beeindruckende, plakative Zahl, aber eben auch eine Zahl, die über den realen Abbau des Sanierungsstaus wenig bis gar nichts aussagt.

Allein in den kommenden Jahren müssen Sie für Verbrauchskostensteigerungen 180 Millionen € einplanen. Wenn man keine antizyklische Politik betreibt, braucht man sich auch nicht zu wundern, dass sich die Dinge am Ende so entwickeln, wie sie sich entwickeln, und nicht mehr dabei herauskommt. Das ist der Punkt.

(Zurufe CDU)

Wir alle wissen, dass jeder heute investierte Euro in der Realität erheblich weniger bringt als noch vor ein paar Jahren. Da schmilzt auch 1 Milliarde € schnell zusammen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Es gehört erst recht dazu, wenn man sich mit aller Kraft selbst für die Investitionsrekorde loben will, was sie täglich tun. Im Selbstlob sind Sie groß, Herr Kollege Vogt. Ich rede jetzt aber über die Qualität der Umsetzung. Da sieht es ganz anders aus.

(Tobias Koch [CDU]: Ihre Versäumnisse!)

Schließlich verlieren Sie sich im Klein-Klein. Vielen Menschen in Schleswig-Holstein - ich habe es gesagt - geht es gut, aber leider längst nicht allen. Sie alle wissen, dass die finanziell guten Zeiten nicht für alle Zeiten bleiben werden. Wer ein wenig über den Tellerrand blickt - Sie haben es erwähnt, Frau Finanzministerin -, sieht, dass jetzt schon vieles darauf hindeutet. Die Zinsen bleiben nicht ewig niedrig und die Steuereinnahmen nicht ewig auf Rekordniveau. Umso wichtiger ist es, diese Zeiten zu nutzen, um gerade die großen Probleme in den Blick zu nehmen und denen zu helfen, die die Unterstützung des Landes nun wirklich brauchen. Stattdessen verlieren Sie sich im Klein-Klein. Ich will drei Beispiele nennen, bei denen diese Landesregierung auch im zweiten Jahr kein Stück vorankommt.

Ich beginne mit dem Kita-Bereich. Das ist kein unwichtiger Bereich, denn Bildung entscheidet über Lebenschancen. Deswegen braucht es Förderung von Anfang an. Deswegen ist das, was Sie dort nicht schaffen, meiner Meinung nach eine Versündigung an der Zukunft unseres Landes.

(Beifall SPD)

Die Kosten für die Kinderbetreuung sind mit regionalen Unterschieden nach wie vor eine krasse Belastung für ganz normale Familien in Schleswig-Holstein. Bei manchen ist es der Jahresurlaub, bei anderen ist es die Immobilienfinanzierung, die daran scheitert, dass Monat für Monat viele Hunderte Euro für die Krippe oder die Kita bezahlt werden müssen.

(Zuruf Annabell Krämer [FDP] - Zurufe CDU)

Daran will diese Landesregierung offenbar nichts ändern. Ihr viel beschworener Prozess zur Neuordnung der Kita-Finanzierung hat einen großen Geburtsfehler. Das Ziel ist nebulös. Sie hätten an den Anfang das Ziel der Beitragsfreiheit stellen sollen, welches die größte Entlastung für Familien in Deutschland überhaupt ist, und darauf aufbauen sollen. Das tun Sie aber nicht. Das kritisieren wir.

(Beifall SPD - Zuruf Stephan Holowaty [FDP])

Stattdessen bleiben Sie im Ungefähren. Auch nach bald eineinhalb Jahren kommt von Ihnen nicht mehr als die Ankündigung einer Beitragsgrenze, die irgendwann kommen, irgendeine Höhe haben und irgendjemandem helfen soll. Wann, wie und wem, weiß niemand in Schleswig-Holstein.

(Zuruf Annabell Krämer [FDP])

Schleswig-Holstein wird im Norden isoliert. Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, überall, wo Sozialdemokraten die Regierung führen, gehen wir Richtung Beitragsfreiheit, und Sie tun es nicht.

(Beifall SPD - Zuruf Annabell Krämer [FDP])

Sie isolieren uns. Gerade die Familien im Hamburger Rand wissen das, weil sie sehen, wie der Unterschied ist, ob man in Hamburg von einem sozialdemokratischen Bürgermeister gut regiert wird oder von einer Jamaika-Koalition in Kiel. Das ist der Unterschied.

(Beifall SPD)

Erklären Sie diesen Unterschied einmal anderen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Zuruf Minister Dr. Heiner Garg)

- Dass Sie das peinlich finden, Herr Sozialminister, weil Ihnen egal ist, dass die Eltern Beiträge bezahlen, mag sein. Das rechtfertigt aber nicht diesen Zwischenruf von der Regierungsbank. Schauen Sie: 10 € oder 20 € Kindergelderhöhung kostet Milliarden und bringt vergleichsweise wenig. Die Beitragsfreiheit ist ein Thema für ganz normale Familien, für ganz normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die entlastet werden können. Die Sozialdemokratie will das, Sie wollen das nicht. Das ist der Unterschied.

Ich muss Ihnen ehrlich Folgendes sagen: wäre es wenigstens so, dass die Beiträge vor Ort sinken würden! Im Gegenteil, vor Ort steigen sie teilweise sogar, manchmal auch mit schwarz-gelber Mehrheit. Ich nehme das Beispiel Ahrensböök, um eines zu nennen. Am Ende ist es ein Totalausfall, wenn Sie meinen, dass die Beitragsfreiheit weniger wichtig sei.

Ich will einmal plakativ formulieren, was Eltern von Ihnen zu erwarten haben: Wer heute Kita-Kinder hat, wird von dieser Koalition keine Entlastung mehr sehen. Traurig, aber wahr! Das ist die Realität in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD - Zuruf Annabell Krämer [FDP])

Opposition heißt das Aufzeigen von Alternativen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Mit der SPD gäbe es den Weg zur konsequenten Beitragsfreiheit. Stellen Sie sich einmal vor, was mit den Zahlen möglich wäre, wenn man es nur wollte. Ich will deutlich sagen: Es ist nicht so, wie die Frau Finanzministerin gesagt hat, dass Sie es nicht tun könnten. Sie wollen es nicht. Die CDU will es nicht. Die FDP will es nicht. Auch die Grünen wollen es nicht. Das müssen wir den Eltern in Schleswig-Holstein klipp und klar sagen. Das ist der Unterschied zur Sozialdemokratie in diesem Land.

(Annabell Krämer [FDP]: Da klatscht nicht mal die SPD! - Heiterkeit CDU)

Das zweite Thema, dem ich mich gern widmen möchte, ist das Thema bezahlbares Wohnen. Wohnungsnot ist in Schleswig-Holstein längst ein allgegenwärtiges Problem, nicht nur zum Semesterstart auf dem Kieler Westufer, sondern auch außerhalb der klassischen Ballungsräume und für ganz viele Menschen mit ganz normalem Einkommen. In dieser dringenden Frage bleibt Ihr Weg weiterhin un-

klar. Der bisher größte wohnungspolitische Impuls dieser Landesregierung war, im vergangenen Haushalt Mittel für ein Gutachten zur Abschaffung der Mietpreisbremse einzusetzen. - Potz Blitz, kann ich da zu sagen. Das ist ein dolles Mittel zur Bekämpfung von hohen Mietpreisen.

(Beifall SPD)

Das war von Anfang an schräg. Es ist aber auch überholt, weil die SPD in der Großen Koalition sogar noch eine Verschärfung der Mietpreisbremse auf den Weg gebracht hat. Ginge es nach uns, machte man noch deutlich mehr. Es muss nämlich einen Mietstopp geben.

(Zuruf Annabell Krämer [FDP])

Wir müssen etwas gegen Spekulantentum tun. Wir müssen etwas bei den Maklern tun. Wir müssen etwas dagegen tun. Im Grundgesetz steht: „Eigentum verpflichtet“, und nicht: „Jeder ist sich selbst der Nächste“. - Sie handeln nach dem letzteren Motto.

(Beifall SPD)

Deswegen, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, ist auch hier die Alternative sehr klar: Mit der SPD gäbe es einen konsequenten Einsatz für mehr Mieterrechte. Mit der SPD gäbe es konkrete Hilfe für die Kommunen in Kiel oder anderswo, die den Wohnungsbau selber in die Hand nehmen und für die Wohnungsbaugenossenschaften, die den Miethaien etwas entgegensetzen müssen. Wenn wir hier im Landtag so etwas beantragen, lehnen Sie das ab. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie ein Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Lasse Petersdotter?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr gern.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Stegner. - Ich habe eine Frage. Sie haben gesagt, die einzige wohnungspolitische Maßnahme in bezahlbaren Wohnraum sei das Gutachten gewesen. Wie sehen Sie die Erhöhung des Titels für das Studentenwerk, in dem über eine halbe Million Euro mehr zur Verfügung gestellt wird, damit man mehr Wohnraum für Studierendenwohnungen, die mit 220 € netto

(Dr. Ralf Stegner)

Kaltniete bezahlbar sind, planen und umsetzen kann?

(Özlem Ünsal [SPD]: Sie haben unseren Antrag abgelehnt!)

Die Frage dazu ist: Warum können diese Wohnheime nicht gebaut werden? Liegt es eventuell an einem SPD-geführten Bürgermeister in Kiel, der keine Flächen zur Verfügung stellt, und auch daran, dass beim Nordmark-Sportfeld nichts vorankommt und dort nichts passiert?

(Beifall CDU)

- Herr Kollege Petersdotter, der SPD-Oberbürgermeister in Kiel ist nicht SPD-geführt, sondern gehört der SPD an und führt selbst. Das aber nur am Rande. - Die Aktivität, auf die ich mich bezogen habe, war das Gutachten gegen die Mietpreisbremse, sozusagen FDP pur in dem, was Sie zu Dritt da gerade veranstalten. Was die Wohnheime angeht, setzen Sie erfreulicherweise das fort, was wir angefangen haben. In der Tat. Das habe ich vorhin erwähnt. Im Übrigen lehnen Sie unsere Anträge trotzdem ab, die wir dazu gestellt haben. Manchmal haben Sie später, nachdem Sie unsere Anträge abgelehnt haben, selbst einen Antrag eingebracht. Das finde ich nicht sehr kreativ. Im Bereich bezahlbares Wohnen könnten Sie sehr viel mehr tun. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD)

Das, was Sie in diesem Bereich machen, ist eine ganz schlechte Botschaft für viele Menschen. Sie bestreiten teilweise sogar, dass es ein Grundrecht auf bezahlbares Wohnen gibt. Wir finden, dass es das gibt. Soziale Marktwirtschaft heißt, dass man sich darum kümmert. Das sind die wirklich drängenden Fragen dieser Zeit. Da machen Sie aus unserer Sicht deutlich zu wenig. Ich kann übrigens überhaupt nicht erkennen, warum Sie zum Beispiel unserem Antrag mit den Wohnungsbaugenossenschaften nicht zugestimmt haben. Die Möglichkeit hätten Sie gehabt. Sie haben mit Nein gestimmt. Das ist die schlichte Wahrheit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Werner Kalinka?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Wenn Nachwuchskollegen fragen, mache ich das besonders gern. - Bitte schön, Herr Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Kollege Dr. Stegner, können Sie uns erläutern, warum es gerade in Kiel für Mieter mit geringerem Einkommen so schwierig ist, eine Wohnung zu bekommen, und warum kaum neue Wohnungen gebaut werden, wo doch die SPD in Kiel und im Land so viele Jahre regiert hat?

- Herr Kollege Kalinka, im Gegensatz zu Ihnen habe ich hier schon häufiger von diesem Pult aus gesagt, dass ich die Politik der Vergangenheit, Wohnungsbestände zu verkaufen, falsch gefunden habe, und dass wir solche Fehler korrigieren müssen. Das tut die SPD übrigens. Das hindert aber das Land Schleswig-Holstein überhaupt nicht daran, sich um vernünftige Rahmenbedingungen zu kümmern und die Kommunen zu unterstützen. Das machen Sie aber nicht. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Das ist nämlich der Punkt.

(Beifall SPD)

Kommen Sie nicht immer mit: „Die Städte müssen alles selber machen“, wenn Sie ihnen nicht helfen wollen. Das wollen Sie erkennbar nicht, was das Thema Soziales angeht. Das Thema Soziales kam übrigens in der Rede der Finanzministerin kaum vor; Sie tun da schlichtweg zu wenig.

Das dritte Feld, das ich ansprechen möchte - -

(Zuruf Minister Dr. Heiner Garg)

- Wenn Ihnen das nicht gefällt, Herr Sozialminister, tut mir das schrecklich leid. Da müssen Sie durch. Die Opposition ist übrigens nicht dafür da, der Regierung zu gefallen, sondern Alternativen aufzuzeigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das will ich Ihnen sagen.

(Beifall SPD - Zuruf CDU: Welche denn? - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Das will ich Ihnen sagen. - Die Alternativen sind ganz einfach. Ich habe Ihnen gesagt, wo wir hingehen würden: bei Kita zur Beitragsfreiheit, bei Wohnen dahin, dass wir die Mieter entlasten, dass wir etwas für bezahlbares Wohnen tun. Das ist die Alternative zu dem, was Sie hier machen.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Schlagworte!)

Das dritte Feld, dem ich mich widmen möchte, ist Ihr Umgang mit den Landesbediensteten. Ein Trau-

(Dr. Ralf Stegner)

erspiel ist das, wie Sie mit Ihren eigenen Beschäftigten umgehen. Da muss es erst ein Gerichtsurteil geben, damit Sie in die Gänge kommen. Flott vor den Haushaltsberatungen kündigt die Finanzministerin jetzt Verbesserungen bei den Familienzulagen an, sodass sie bei den niedrigen Besoldungsgruppen zumindest den gerichtlichen Anforderungen genügen.

Alle Welt redet vom Fachkräftemangel. Uns allen ist klar, was für eine riesige Herausforderung er für das Land ist. Nachwuchs ist keine Selbstverständlichkeit. Wir stehen im Wettbewerb, nicht nur mit den Nachbarländern, sondern auch mit der Wirtschaft. Schauen Sie sich die Bewerbungszahlen der vergangenen Jahre an. An ihnen kann man das ablesen. Es wird nicht reichen, gerade einmal den Anforderungen eines Gerichtsurteils zu genügen, um diesen Wettbewerb zu bestehen. Da braucht es mehr.

Fangen Sie, wenn wir vom konkreten Wettbewerb reden, doch einmal mit dem Weihnachtsgeld an. Ich erinnere die Kolleginnen und Kollegen der CDU - Herr Kalinka, Sie waren damals ja auch schon dabei - immer wieder gern daran: Es war 2007, die Große Koalition, die das Weihnachts- und Urlaubsgeld für einen großen Teil unserer Landesbeamten abgeschafft hat, nicht leichtfertig, sondern vor dem Hintergrund der damaligen Haushaltssituation. Ich habe damals als Innenminister stellvertretend für die Koalition und in Absprache für beide Parteien die Zusicherung gegeben: Wenn sich die Haushaltslage des Landes nachhaltig bessert, dann geben wir den Beamtinnen und Beamten ihre Sonderzahlung zurück. Ich frage Sie: Wie viel besser muss die Haushaltslage eigentlich noch werden, bis sich die CDU an die Erfüllung dieses Versprechens gebunden fühlt, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Müssen wir erst wieder die Pinocchio-Plakate aufhängen, damit Sie sich daran erinnern? Es ist schön, dass Sie Hilfe von der FDP bekommen. Sie hat es damals übrigens nicht versprochen, sie hat es in der Opposition nur gefordert. Aber sei's drum.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Annabell Krämer?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber gern.

Annabell Krämer [FDP]: Herr Dr. Stegner, haben Sie uns nicht gerade unseriöse Finanzpolitik vorgeworfen und gesagt, wir würden keine Vorsorge für den nahenden Abschwung schaffen, sondern das Geld mit einem Füllhorn übers Land ausschütten?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

- Schauen Sie schon alleine die Gleichsetzung in Ihrer Formulierung! Sie finden, es ist ein Füllhorn, wenn man den Beschäftigten das gibt, was man ihnen versprochen hat. Das ist offenbar Ihre Einschätzung. Das teile ich ausdrücklich nicht.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW] - Zurufe FDP)

Wir haben in der Tat andere Prioritäten. Wir finden die Beitragsfreiheit richtig, wir finden das bezahlbare Wohnen richtig, wir finden es richtig, die eigenen Beschäftigten ordentlich zu behandeln. Das finden wir in der Tat richtig. Das unterscheidet uns möglicherweise von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Krämer?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Meine Geduld ist grenzenlos. Bitte schön, Frau Kollegin.

Annabell Krämer [FDP]: Herr Dr. Stegner, haben Sie aber nicht gerade suggeriert, wir würden Geld ausgeben, strukturelle Aufwüchse fordern und im Endeffekt nicht genug Vorsorge finanzieller Art für einen Abschwung betreiben?

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Frau Kollegin, vielleicht können Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir andere Vorstellungen davon haben, wie das Geld ausgegeben wird. Wir machen Ihnen Vorschläge dazu, und Sie lehnen sie ab. Es ist Ihr gutes Recht, das mit der Mehrheit zu tun, aber das darf man ja hier in diesem Hause kritisieren. Das möchte ich dann auch so tun.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter - -

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich möchte jetzt meine Rede fortsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf: Ihre Geduld ist doch grenzenlos!)

- Ich finde es ja schön, dass Sie viel wissen wollen; trotzdem möchte ich meine Rede jetzt fortsetzen.

Ich frage Sie noch einmal: Wie viel besser muss die Haushaltslage des Landes eigentlich werden, bis Sie sich daran gebunden fühlen, Ihre Versprechen einzuhalten?

Übrigens: Würden Sie sich nicht sperren, dann könnten Sie längst schon den zweiten Schritt gehen. Stattdessen drucksen Sie herum, und der Landesdienst wird kein Stück attraktiver.

Herr Sozialminister, weil mir Ihre Zwischenrufe immer so gut gefallen, will ich Ihnen einmal sagen: Auch der Wettbewerbsnachteil für Beschäftigte, die in Schleswig-Holstein arbeiten und sehen, dass sie in Hamburg keine Beiträge bezahlen müssen, ist einer, der Leute daran hindert, bei uns zum Beispiel Polizist werden zu wollen, bei uns in den Dienst zu kommen oder andere Tätigkeiten in Schleswig-Holstein auszuüben. Fragen Sie einmal in Pinneberg, in Elmshorn, in Bad Oldesloe, in Norderstedt oder anderswo, was die Leute davon halten, dass Sie glauben, das sei nicht so wichtig. Das ist ein Thema für ganz viele Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD)

Das Gleiche, was ich Ihnen für die Beschäftigten insgesamt vorgehalten habe, gilt für die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer im Besonderen. A 13 kommt - im Schnecken tempo. Die meisten werden längst im Ruhestand sein, wenn das nach Ihren Plänen realisiert werden soll, das heißt, sie haben gar nichts mehr davon. Wer heute Gehaltstabellen vergleicht, wird sich kaum für Schleswig-Holstein entscheiden. Und ja, in früheren Zeiten konnte man das nachvollziehen. Da waren die Bedingungen schlecht. Heute sind sie gut. Heute gibt es überhaupt keinen Grund mehr, diese Wettbewerbsnachteile zulasten unseres Landes in Kauf zu nehmen. Für die jungen Menschen ist das ein großer Verlust. Aber mit dem Thema „gute Arbeit“ haben Sie es bekanntermaßen ohnehin nicht so. So langsam Sie mit den Verbesserungen für das eigene Personal sind, so schnell sind Sie mit den Verschlechterungen für die anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn ich an die Aushöhlung des Tariftreue- und Vergabegesetzes in Schleswig-Holstein denke.

(Beifall SPD und SSW)

Das ist und bleibt ein Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da treffen Sie auf unseren Widerstand. Das können Sie hundert Mal begründen, das, was Sie mittelstandfreundlichstes Bundesland nennen, heißt arbeitnehmerfeindlichstes Bundesland. Das ist nämlich das, was eigentlich hinter solchen Sprüchen steckt.

(Beifall SPD und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Koalition ist mit großen Ankündigungen gestartet. Ökonomie und Ökologie wollten Sie verbinden, ein neues Politikmodell leben, ganz andere Wege einschlagen. Aber manchmal scheitert es schon am schlichten Handwerk. Wenn man nur einmal an die Förderrichtlinie für die dringend notwendige Sanierung der Frauenhäuser denkt - dort sind Menschen, die wirklich dringend Hilfe brauchen -, wenn man sieht, wie lange Sie dafür brauchen, dann muss man sagen: Das ist miserables Handwerk. Man sieht daran: Das Wappentier Ihrer Koalition ist und bleibt die Schnecke. Das habe ich Ihnen schon ein paar Mal vorgehalten. So etwas Einfaches kriegen Sie nicht hin. Sie brauchen über eineinhalb Jahre, um so etwas zu realisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

In anderen Dingen sind Sie schneller. Da kommen dann ganz flott die zweistelligen Millionenbeträge für Ihr Parade-Abschiebegefängnis in Glückstadt. Das kriegen Sie schnell auf die Reihe. Herr Kollege Koch, eines will ich Ihnen zur Debatte von gestern einmal ganz deutlich sagen: Selbst dünnhäutig zu sein bei der Kritik, aber dann auf den Social-Media-Seiten der CDU-Landtagsfraktion herumzuholzen, das ist unanständig.

(Beifall SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Tobias Loose [CDU])

Und ja: Wir bekennen uns zu einer humanitären Flüchtlingspolitik. Frau Finanzministerin, Sie haben es angesprochen. Wir bekennen uns ausdrücklich dazu. Aber das, was meine Kollegin Serpil Midyatli gestern gesagt hat, ist doch ein Fakt: Das ganze Land, die ganze Republik, rückt nach rechts, und wir können uns doch entscheiden, ob wir die humanitären Spielräume ausdehnen und so weit wie möglich nutzen wollen. Das war immer die Politik hier in diesem Hause, außer von denjenigen, die jetzt unglückseligerweise in dieser Legislaturperiode dazugekommen sind.

(Dr. Ralf Stegner)

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Danke sehr!)

Ich muss Ihnen trotzdem sagen: Ich finde, es sollte Markenzeichen Schleswig-Holsteins bleiben, dass wir uns am Schädigkeitswettbewerb anderer nicht beteiligen. Ins Gefängnis gehören Gefährder und Gewaltkriminelle, aber keine ganz normalen Flüchtlingsfamilien. Das ist immer noch unsere Überzeugung.

(Beifall SPD und SSW - Thomas Hölck [SPD]: Und keine Kinder!)

Und wer nicht will, dass Kinder dort hineinkommen, der macht keine Gesetzentwürfe, durch die das erlaubt wird. Das ist ganz einfach.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Da können Sie schreien, so viel Sie wollen. Bei den Grünen ist das schlechtes Gewissen. Aber wir werden Sie noch mit konkreten Gesetzesänderungen zu Ihrem Abschiebehafengesetz, das Sie gemacht haben, konfrontieren. Dann schauen wir einmal, wie die Grünen abstimmen werden, wenn wir das hier am Ende zur Abstimmung stellen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir schauen einmal, wie die SPD damit umgeht! - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren doch auf Werbetour für die GroKo! - Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wie die SPD dann abstimmen wird, werden Sie erleben. Wir werden die Vorschläge nämlich selbst einbringen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Man kann große und man kann kleine Beispiele wählen für den Murks, den Sie machen. Ich will ein weiteres Beispiel nennen: das großzügige Angebot für die Finanzierung der Kirchen auf Eiderstedt, bei denen 4 Millionen € vom Land kommen müssten, aber von Ihnen nur eine halbe Million kommt. Was wird das Ergebnis sein? Sie können dem Bund doch gar keine bessere Gelegenheit geben, seinen eigenen Beitrag zur Kofinanzierung wieder zurückzuziehen. Das wird er auch tun, wenn Sie so handeln. - Das ist nur ein Beispiel von vielen. Das kann man jetzt nicht so wichtig finden. Es ist Kultur. Dazu haben Sie ja vorhin etwas gesagt, Frau Ministerin. Aber das ist natürlich, gemessen an den großen Ankündigungen, die Sie hier immer machen, schlechte Politik.

Wir haben schon darauf hingewiesen: Sie mögen ja Ökonomie und Ökologie verbinden wollen, aber

was man ganz deutlich merkt, ist, dass dieser Koalition die Sensibilität für das Soziale in diesem Land fehlt.

(Beifall SPD)

Das ist etwas, was ich in Ihren Reden, in dem, was Sie sagen, in dem, was Sie tun, schmerzlich vermisse.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Mich irritiert schon manche Debatte. Die meisten Menschen, ob in Süderlügum oder in Wedel, ob in Glückstadt oder in Lübeck oder sonst wo haben doch nicht Angst vor der Islamisierung ihrer Kommune, sondern sie wollen wissen, ob sie ihre Mieten bezahlen können, ob die Rente reicht, wie das mit der Ausbildung der Kinder oder der Pflege der Eltern ist. Das sind die Themen, die die Menschen interessieren. Da muss man Sensibilität zeigen und die Akzente setzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Alles andere sind Beiträge zur Politikverdrossenheit.

Um Ihnen noch ein anderes Beispiel zu nennen: Es ist doch irre, wenn in Teilen Schleswig-Holsteins als Folge des Fachkräftemangels die Therapieplätze für Schlaganfallpatienten verlost werden müssen. Und gleichzeitig stimmen Sie dagegen, wenn wir hier die schulgeldfreie Ausbildung für soziale Berufe beantragen. Das ist doch ein Widerspruch, das ist unsozial und richtet sich gegen die Menschen.

(Beifall SPD)

Dies sage ich, um nur ein Beispiel zu nennen; denn das wird von konkreten Menschen gemacht.

Sie können sagen: Ja, damit hätte man schon viel früher beginnen können. - Das ist immer richtig, aber es ist kein Grund, dagegen zu stimmen, wenn man das hier beantragt. Es ist doch eigentlich ein Hammer, dass Menschen immer noch für ihre Ausbildung bezahlen müssen. Eigentlich müssten sie alle Geld für die Ausbildung bekommen, und das auch in der Höhe des Mindestlohns. Das ist unsere Überzeugung. Wir beantragen solche Dinge, und Sie lehnen sie ab. Sie lassen die Menschen im Stich. Das ist unsozial, das ist die falsche Priorität, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD und SSW)

Gemessen an den finanziellen Möglichkeiten ist Ihre Bilanz zum zweiten Haushalt wirklich mager. Schleswig-Holstein rutscht beim Wirtschaftswachstum auf Platz 13. Gerade einmal drei Bundesländer sind noch schlechter als unser Land; was für eine peinliche Zwischenbilanz für Ihre maximal breitbeinigen Ankündigungsminister, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es braucht übrigens gar keine Fantasie, um uns darauf hinzuweisen, woran das liegt. Das liegt daran, dass Sie bei der Windbranche sozusagen auf der Bremse gestanden haben. Das Thema, bei dem wir einmal richtig gut gewesen sind, das haben Sie wegen Ihrer Wahlversprechen, die Sie nicht einhalten können, gegen die Wand gefahren, Arbeitsplätze gefährdet und ein Null-Wachstum erreicht. Das ist das, was uns daran hindert, in der Tabelle, die ich gerade zitiert habe, einen besseren Platz einzunehmen, als wir das tun.

(Beifall SPD)

Dabei liegt in diesem Bereich die Wertschöpfungschance Nummer eins. Das ist nämlich der Bereich, in dem es um erneuerbare Energien und Klimaschutz geht. Das ist der Bereich, in dem wir unter der SPD-geführten Regierung Tabellenführer waren. Sie haben uns mit Ihren gebrochenen Wahlversprechen zurückgeworfen. Das merken alle Menschen in diesem Land. Wir sind, was dieses Thema angeht, nur noch Mittelmaß. Darüber können Sie nicht hinwegreden.

Ja, es gab in dieser Woche noch eine Umfrage. Sie ergab, dass in Zeiten, in denen es immer mehr Pendler gibt, der Nahverkehr an Akzeptanz verloren hat. Auch das ist ein Punkt: weniger Kunden, geringere Zufriedenheit, schlechtere Pünktlichkeit. Ökologisch ist das Wahnsinn, und das Bahnchaos entgleitet dem Minister zusehends. Wenn schon die Bahn nicht pünktlich ist, so ist doch Herr Buchholz immer pünktlich, wenn die PR-Termine und die Pressekonferenzen anstehen. Das können die Menschen sehen. Ansonsten verschlechtern sich die Dinge, sie verbessern sich nicht. Herr Kollege Koch, 15 Monate sind, was dieses Thema angeht, keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Das muss man deutlich feststellen.

(Beifall SPD und SSW)

Aber die Geschichte kennen wir schon seit 252 Jahren. Ich habe eine Berliner Großmutter, daher weiß ich das. So alt ist nämlich die im Berliner Volksmund gebräuchliche Redewendung „Dazu hat

Buchholz kein Geld.“ Das geht zurück auf den Hofetats- und Rentmeister Buchholz, der von 1706 bis 1793 gelebt hat und es zum Ärger vom König Friedrich II. nicht geschafft hat, die schadhaft gewordenen Brücken in Berlin instand zu setzen. Nun sind die Brücken von damals die A 20 von heute, und, Herr Ministerpräsident, ich will Sie nicht vergleichen mit Friedrich dem Großen,

(Heiterkeit SPD)

aber Sie sehen daran, dass die Malaise schon bei den Vorfahren Ihres Wirtschaftsministers begonnen hat. Sie ist bis heute geblieben. Der Unterschied ist nur, dass die Ausrede vom fehlenden Geld heute nicht mehr passt. Das Geld haben Sie inzwischen, aber er steckt seine Haupttätigkeit eben in PR-Aktivitäten und eben nicht in solides Handeln.

(Beifall SPD - Zuruft Christopher Vogt [FDP])

Aber diese Regierung hat einen kleinen Trost. Sie hat bei dem Jahresempfang der Landespressekonferenz gleich drei Enten für ihre Öffentlichkeitsarbeit abgeräumt. Das muss ich neidlos anerkennen. Das zeigt aber, wo die Hauptaktivitäten dieser Landesregierung liegen. Nein, von einem Aufbruch ist bei Ihnen wenig zu merken, trotz aller Trompetenklänge aus der Regierungspressestelle.

Herr Kollege Koch, Sie haben die Bundespolitik angesprochen und gesagt, die Sozialdemokratie setze da auf Koalitionsbruch. Ich fand es interessant, dass Ihr Kollege Schlie aus China per Presse mächtig den Rücktritt von Herrn Seehofer und seine Entlassung gefordert hat. Ich fand das bemerkenswert. Das hat bestimmt ganz China beeindruckt und Frau Merkel vielleicht auch.

(Beifall Lukas Kilian [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

Aber der Kern ist doch: Das ganze Theater, das wir auf der Berliner Bühne haben, das geht doch nicht von der Sozialdemokratie aus. Das geht von einer irrlichternden rechtsdrehenden CSU aus und von einer schwachen Kanzlerin, die in ihrer Union überhaupt nichts mehr zustande kriegt. Das ist doch das, was dabei herauskommt und was man hier festzustellen hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD - Zurufe FDP)

- Zwischenrufe aus der FDP nehme ich besonders gern entgegen, denn dort hat man sich im letzten Jahr entschlossen, sich nicht an der Regierungsverantwortung zu beteiligen. Aber Sie versuchen, Bei-

(Dr. Ralf Stegner)

fang in den Sümpfen zu machen, in denen diskutiert wird. Das bezieht sich auf Redebeiträge des Kollegen Kubicki, der gesagt hat, es liege sozusagen an dem Satz von Frau Merkel „Wir schaffen das“, wenn durch Chemnitz Hitlergruß zeigende marodierende Hooligans ziehen. Solche Bemerkungen zeigen, dass die FDP nicht regierungsfähig ist, um Ihnen das einmal klar zu sagen. Sie müssen sich zurückhalten, was solche Punkte angeht.

(Beifall SPD)

Nein, es liegt nicht an der Sozialdemokratie. Die Zeiten sind wirklich sehr schwierig. Ich kann Ihnen nur sagen: Verantwortung zu übernehmen, ist durchaus eine komplizierte Angelegenheit, aber man darf dieses Land den Rechten nicht überlassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und SSW)

Deswegen glauben wir schon, dass es notwendig ist, sich um die realen Probleme zu kümmern, die die Menschen haben, und die haben eben eher etwas mit sozialer Sicherung zu tun. Die haben etwas mit guter Arbeit zu tun. Herr Kollege Koch hat die Ängste angesprochen, die die Menschen vor Digitalisierung haben. Unser Job ist aber dann doch, dafür zu sorgen, dass die Arbeitsplätze sicher bleiben, dass die Tarifbindung bleibt, dass man die Leute ordentlich bezahlt. Dann philosophiert man nicht darüber, dass die Renten nicht finanziert werden können, sondern man sorgt dafür, dass die Leute ordentlich verdienen, damit sie die Beiträge und Steuern bezahlen können. Dann kann die Rente nämlich auch finanziert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und SSW)

Stattdessen fallen Sie über die Sozialdemokratie her, wenn wir so etwas sagen. Ich kann Ihnen nur sagen: Soziale Sicherheit ist für Menschen am Ende eine Frage der Demokratie. Wenn ich mich nicht mehr darauf verlassen kann, dass - wenn ich hart arbeite - das Geld am Ende reicht, um eine Rente zu bekommen, von der ich ordentlich leben und meinen Lebensstandard halten kann, wenn ich mir nicht mehr sicher sein kann, dass die Risiken, die jeder hat, nämlich arbeitslos, pflegebedürftig oder schwer krank zu werden oder im Alter zurechtkommen zu können, dann müssen diese Probleme solidarisch gelöst werden und nicht mit dem kapitalgedeckten Unsinn, der sofort platzt, wenn wir den nächsten Börsencrash haben.

Da unterscheiden wir uns als Sozialdemokraten in unseren Ansätzen. Sie mögen das gestrig nennen,

aber ich nenne das solidarisch und richtig. Menschen helfen Menschen, das ist immer noch unsere Überzeugung, und dafür sollten wir Politik machen.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Deswegen muss ich sagen: Frau Finanzministerin, da war ein bisschen viel Bullerbü in Ihrer Rede. Man kann das alles so beschreiben, dass die Welt wunderbar ist, dass alles prima ist und dass wir mit guten Dingen vorangehen. Wenn man in den großen Linien denkt, dann kann man zwar sagen: Klar, den Deutschen geht es besser als anderen, manche Länder würden sich unsere Sorgen wünschen. Aber dass wir in einem Land wie Deutschland immer noch Kinderarmut haben, das ist doch eine Schande, die wir ändern müssen.

(Beifall SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir finden es immer noch vor, dass Menschen es schwer haben und dass wir die Falschen abschieben. Wir schieben auch aus Schleswig-Holstein Menschen ab, die in Ausbildung und Arbeit sind, statt die Straftäter abzuschicken. Das ist eine Schande. Das muss man doch ändern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Dass Menschen sich ihre Wohnungen nicht mehr leisten können, aber Bauern teilweise Grundstücke verkaufen, die Bauerwartungsland werden, und dann über Nacht zu Millionären werden, ist doch eine Schande. So etwas muss man doch ändern. Wie ist das eigentlich mit der Sozialpflicht des Eigentums? Wie ist das eigentlich mit unserem sozialen Zusammenhalt? Wie ist das eigentlich mit der Vielfalt? Wir haben gestern hier ganz wüste Reden über Mangel an Toleranz gegenüber der Vielfalt gehört. Vielfalt ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Einfalt bedroht uns, nicht Vielfalt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Ja, es ist einfach so, dass man sagen muss: Die großen Probleme, über die wir eigentlich reden müssten, kommen vergleichsweise selten vor. Ich neide Ihnen das wirklich nicht. Sie haben unverschämt viel Glück, was die Einnahmensituation des Landes angeht. Aber Glück heißt nicht, zuzusehen, wie die Zeit vergeht, und überzeugt davon zu sein, dass die Zeit für einen arbeitet. Besser wäre es, selbst gute Arbeit abzuliefern und den Bürgerinnen und Bürgern zu den wichtigen sozialen Themen praxistaugliche Antworten zu geben und sich um die zu kümmern, die wirklich unsere Hilfe brau-

(Dr. Ralf Stegner)

chen. Diese tauchen in der Rede der Finanzministerin und auch in der des CDU-Fraktionsvorsitzenden - hier ist meine Erwartung auch niedriger - ohnehin praktisch gar nicht auf. Das sind die ganz normalen Leute, die sich darauf verlassen wollen, dass wir ihnen helfen und dass es sich lohnt, sich anzustrengen für unser Gemeinwesen.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Bei allem parteipolitischen Streit, den wir hier haben, eines eint uns schon, jedenfalls fast alle in diesem Haus: Wir haben momentan eine Bedrohung von rechts. Sie haben über Europa gesprochen. Die Nationalisten nehmen überall wieder Anlauf.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Die werden gewählt!)

Das sind die, die gegen Wohlstand und Frieden sind. Wir verdanken Wohlstand und Frieden einem Europa, das den Nationalismus zurückgewiesen hat nach zwei schrecklichen Kriegen im letzten Jahrhundert.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Heute sitzen wieder Leute in den Parlamenten, die gegen Minderheiten hetzen, und die Demokratie macht es ihnen in Teilen leicht. Wir müssen die Sorgen, die die Menschen haben, aufgreifen und mit Antworten versehen, die praxistauglich und gerecht sind. Wir dürfen uns nicht hauptsächlich um die kümmern, die am meisten haben oder am lautesten schreien, sondern um die, die unsere Hilfe am meisten brauchen.

Politik für sozialen Zusammenhalt zeigt sich in den Fragen: Wie stehe ich zum Thema gute Arbeit, was tue ich für die Bildungschancen der Kleinsten? Wie kümmere ich mich darum, dass mehr bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist? Inwiefern behandle ich solche Herausforderungen wie den Klimawandel, indem ich den Klimawandel nicht nur theoretisch beschreibe, sondern konkret etwas dagegen tue. Sie zeigt sich, wenn ich im Übrigen nicht nur in den Kleinheiten meines eigenen Landshaushaltes denke, sondern wenn ich mir dessen bewusst bin: Wenn wir Deutsche nicht zur globalen Gerechtigkeit beitragen, dann werden sich noch viel mehr Menschen auf den Weg machen und zu uns flüchten, weil wir denen nämlich nicht verwehren können, was wir selbst haben, nämlich Wohlstand und Frieden.

Das ist eine Frage von Gerechtigkeit. Das ist eine Frage von Teilen. Das ist eine Frage von Mit-gutem-Beispiel-Vorgehen, wenn ich an Waffenex-

porte, Handelspolitik, Kinderarbeit, Klimaschutz und andere Themen denke. Darüber zu reden, das im Kleinen mit den richtigen Maßnahmen zu tun, sich dafür einzusetzen, dass es in unserem Land gerecht zugeht - das ist unsere Aufgabe.

Ich gönne Ihnen Ihr Glück, dass Sie mit den Einnahmen haben. Sie machen auch manches richtig; ich habe es in meiner Rede erwähnt. Dafür kritisieren wir Sie nicht. Aufgabe der Opposition ist es aber, Alternativen aufzuzeigen. Wir haben sie - bei dem Thema Kita und Bildung, bei dem Thema gute Arbeit, bei dem Thema Umgang mit den Beschäftigten, bei allen sozialen Themen. Sie werden damit leben müssen, dass wir entsprechende Anträge stellen. Sie mögen sie mit Ihrer Mehrheit ablehnen. Wir werden trotzdem das, was wir richtig finden, weiter mit Leidenschaft in diesem Haus vertreten. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Vertreterinnen und Vertreter der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Eutin. - Herzlich willkommen hier im Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Haushaltspolitik ist immer auch eine Frage des Übernehmens von Verantwortung. Das Erstellen eines Haushalts ist eine große Verantwortung, weil wir im Parlament jetzt darüber entscheiden, wie die Steuergelder im nächsten Jahr ausgegeben werden, wie das Geld ausgegeben wird, das die Bürger uns - mehr oder weniger begeistert - zur Verfügung gestellt haben. Wir sind dafür verantwortlich, dass das Geld so eingesetzt wird, dass es zum Nutzen aller ist.

Wir haben - das ist für uns Grüne besonders wichtig - Verantwortung nicht nur für die jetzige Generation und für die jetzige Zeit, sondern auch für unsere Kinder und Enkelkinder. Diese Verantwortung zeigt sich unter anderem darin, wie wir heute Haushaltspolitik machen.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Förster sagte neulich bei einer Waldbegehung, im Wald müsse man in zwei Richtungen gucken - 200 Jahre zurück, 200 Jahre nach vorn. Ich bin schon einmal sehr froh, dass wir in dieser Haushaltsdebatte bisher relativ wenig zurückgeschaut haben; früher war es manchmal so, dass man sich in der Haushaltsdebatte alle möglichen Dinge von früher vorgeworfen hat. Wir blicken gemeinsam nach vorn. Es müssen nicht 200 Jahre sein; aber ich bin der Finanzministerin sehr dankbar, dass sie Haushaltspolitik nicht nur für diese Legislaturperiode macht, sondern dass sie auch die Finanzplanung für die Zeit danach im Blick hat. Das ist ein Punkt, über den wir inhaltlich sicherlich gleich noch intensiver streiten werden. Vielen Dank für das, was Sie uns vorgelegt haben, Ihnen und Ihrem Haus! Das ist ein sehr guter Haushaltsentwurf - genauso, wie wir ihn uns gewünscht haben. Danke sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Und ja, wir haben Glück. Natürlich haben wir Glück, wenn man davon ausgeht, dass Steuereinnahmen etwas mit Glück zu tun haben. Wir sind auf jeden Fall in einer guten Situation, was die Einnahmeseite angeht. Sie können sich jedoch sicher sein, dass die Idee, in Jamaika würden wie beim Weihnachtsmann oder, wie in diesem Fall, bei der Weihnachtsfrau alle Wünsche erfüllt, völliger Quatsch ist. In Wirklichkeit ist es so, dass die Wünsche - manchmal sind es, ehrlich gesagt, berechnete Wünsche - viel größer sind.

In unserem Land - das wissen wir alle - haben wir sehr viel kaputte Infrastruktur. In vielen Bereichen ist in den letzten Jahren eben nicht genug getan worden: Kultur, Sport, Schulen, Kitas. Wir haben viele Baustellen, von den Straßen ganz zu schweigen. Dieser Punkt wird immer wieder, zuletzt von Lars Harms, erwähnt. Natürlich müssen wir diese Probleme angehen. Insofern ist es mitnichten so, dass jetzt etwa ein Füllhorn ausgekippt wird. Es handelt sich um sinnvolle Ausgaben, um ein Investieren in hohem Maße. Das finde ich super!

Meine Damen und Herren, was genau bedeutet es für uns, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen? An erster Stelle steht unsere Verantwortung dafür, dass wirklich alle Menschen hier im Land am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Darum müssen wir uns kümmern. Dafür müssen Sie - a) - mobil sein, und - b) - muss es ein Angebot geben, das für alle zugänglich ist.

Bei der Mobilität - darauf wurde schon hingewiesen - haben wir sehr viel auf den Weg gebracht, was die finanziellen Mittel angeht. Für uns ist unstrittig: Verkehrspolitik ist auch eine Frage der sozialen Teilhabe. Sie muss CO₂- und rußfrei sein, aber eben auch bezahlbar.

Klar, die Züge müssen fahren. Lieber Herr Stegner, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir nicht weitergekommen sind, was die Deutsche Bahn angeht, dann kann ich Ihnen nur entgegnen: Das ist doch im Grunde nur ein Spiegel der Politik der Berliner Regierung. Es ist mitnichten so, dass ein Landesverkehrsminister allein dieses Problem lösen könnte. Er kann seinen Einfluss ausüben. Das tut er - das bekommen wir mit -, unter anderem mit Maluszahungen. Die Annahme aber, er allein könne dafür sorgen, dass die gesamte Problematik der Deutschen Bahn an der Westküste geregelt wird, ist aus meiner Sicht unrealistisch.

(Birte Pauls [SPD]: Sagen Sie ihm das noch einmal?)

- Gern. Ich glaube, er hört es sicherlich irgendwo.

(Lachen Birte Pauls [SPD])

Gleichzeitig müssen die Angebote des gesellschaftlichen Lebens für alle zugänglich sein. Das heißt für uns zum Beispiel auch: barrierefrei. Deshalb investieren wir in Baumaßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit im kommenden Jahr 2 Millionen € und im Laufe der gesamten Wahlperiode 10 Millionen €.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich bin fest davon überzeugt: Wenn wir allen Menschen Gelegenheit geben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, dann stärkt das auch den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Lieber Herr Stegner, an dieser Stelle haben Sie völlig recht: Es ist eine der größten Aufgaben, vor denen wir alle gemeinsam stehen, dass wir die Demokratie in dieser Republik bewahren. Wir müssen dafür sorgen, dass sich Menschen nicht abgehängt fühlen und dass der Zusammenhalt gestärkt wird.

Dazu gehört aus unserer Sicht auch die Kultur. Deshalb haben die regierungstragen Fraktionen beschlossen, im Rahmen des IMPULS-Programms noch einmal einen Schwerpunkt auf Kultur zu legen und diesen wichtigen Teil zu stärken. Ich glaube, Frau Waldinger-Thiering hat gesagt, man brauche Schwarzbrot. Andere sagen, man lebe nicht vom

(Eka von Kalben)

Brot allein. Wir wollen auch diesen Teil der Kultur im Land wieder stärker aufstellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Was mir wichtig ist und was mich antreibt, Politik - verantwortungsvolle Politik - zu machen, ist die Verwirklichung des Grundsatzes, dass man vor allem den Menschen Hilfe geben muss, die Hilfe benötigen und die sich nicht aus sich selbst heraus helfen können. Auch das ist Teil unseres Haushalts: Verantwortung zu übernehmen für die Schwächeren in der Gesellschaft.

Gern versucht die Opposition - Herr Stegner auch heute wieder -, das Bild des total unsozialen Jamaikabündnisses zu malen. Das ist Quatsch! Wir wissen genau, dass wir unglaublich schwierige Aufgaben vor uns haben, zum Beispiel bei der Versorgung mit Wohnraum. Auch bei der langfristigen Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheits- und Pflegeangeboten stehen wir vor großen Herausforderungen.

Es ist mitnichten so, dass wir vom Land alle Probleme lösen könnten. Es hat auch etwas damit zu tun, ob Kommunalfächen zur Verfügung stehen. Es hat auch etwas mit finanz- und steuerpolitischen Regelungen, die auf der Bundesebene getroffen werden, zu tun. Insofern kann ich die Konstruktion dieses Gegensatzes - die SPD setze sich für Wohnungsbau und günstige Wohnungen ein, alle anderen nicht - nicht teilen. Das passt einfach nicht, wenn ich mir das kommunale Bild ansehe. Ich glaube, dass in den Kommunen alle Verantwortlichen, egal ob die Kommunen SPD- oder CDU-regiert sind, vor großen Herausforderungen stehen, zum Beispiel wenn sie auf der Suche nach Flächen sind, weil diese einfach begrenzt sind.

Es ist nicht nur eine Frage der Fläche, sondern auch eine Frage des Geldes. Zudem ist es eine Frage von vorhandenen Fachkräften.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Thomas Hölck?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Thomas Hölck [SPD]: In Uetersen ist geplant, ein Projekt für sozialen Wohnungsbau zu realisieren. Wissen Sie, wer dagegen gestimmt hat?

- Ja, ich glaube, es war die grüne Fraktion, die dagegen gestimmt hat, weil dort von CDU und SPD die Planungen sehr intransparent gemacht wurden - so ist es mir berichtet worden - und gerade die sozialen Aspekte, die den Grünen sehr wichtig waren, nicht enthielten. Aus grüner Sicht war es eben kein soziales Projekt. So ist es mir berichtet worden von Leuten, die dort Kommunalpolitik machen.

(Thomas Hölck [SPD] Sozialer Wohnungsbau bedeutet doch geregelte Mieten!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Thomas Hölck [SPD]: Alles andere ist doch zweitrangig. Es geht doch um soziale Mieten in dem Bereich.

- Natürlich geht es um soziale Mieten.

(Thomas Hölck [SPD] Und warum lehnen Sie das vor Ort ab?)

- Ich glaube, ich bin weiter dran. - Die grünen Kommunalpolitiker vor Ort haben gute Gründe genannt, warum dieses Projekt so nicht gemacht werden sollte.

Ich bin der Meinung, dass man sozialen Wohnungsbau dringend fördern muss. Aber natürlich muss auch dort das Projekt insgesamt passen und einen Sinn machen. Ich kann nur sagen, was mir berichtet wurde. Ich bin fest davon überzeugt, dass jede grüne Fraktion in jeder Kommune sozialem Wohnungsbau zustimmen wird, wenn gemeinsam ein vernünftiges Konzept erarbeitet wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich sagte schon, es ist nicht nur eine Frage der Kommunalpolitik in der Fläche, sondern es ist auch eine Frage von Fachkräften.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Eigentlich würde ich jetzt gern weitermachen. Herr Dolgner hat gestern nämlich keine Frage zugelassen. Aber gut.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie die Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das stimmt auch gar nicht. Das waren Sie gestern gar nicht, Entschuldigung.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich wollte gerade sagen: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich jemals eine Zwischenfrage von Ihnen nicht zugelassen hätte.

- Ich entschuldige mich. Ich habe euch verwechselt, obwohl ihr euch nicht sehr ähnlich seht. Auch bei Ihnen entschuldige ich mich.

- Sehen Sie, so wichtig ist die Eintragung des Geschlechts in das Personenstandsregister.

(Heiterkeit)

Okay, ich lasse diese Zwischenfrage zu.

Es tut mir leid, Ihre Annahme zu trüben. Die grüne Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde hat es inzwischen dreimal in Folge in den Haushaltsberatungen abgelehnt, überhaupt Geld für das Konzept einer Wohnungsbau-Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Diese Information wollte ich Ihnen nicht vorenthalten.

- Ich danke Ihnen sehr für diese Information.

(Zuruf SPD: Uetersen ist überall möglich!)

- Uetersen ist überall möglich.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir sind nicht Uetersen! Darauf bestehe ich!)

Meine Damen und Herren, wir hatten das hier schon an manch anderen Stellen. Ich kann Ihnen sehr gern eine Liste von Kiel, Flensburg und verschiedenen Bereichen machen, in denen wir kommunalpolitisch nicht wirklich weiterkommen. Aber hier sollten wir uns landespolitisch austauschen. Sie beschwerten sich ja auch, wenn wir Sie bundespolitisch angreifen.

Ich werde mir gerne ansehen, was in Rendsburg-Eckernförde dazu geführt hat, dass Ihrem Antrag auf Gründung einer Wohnungsbau-Gesellschaft nicht zugestimmt wurde. Vielleicht war sie zum Beispiel nicht gegenfinanziert. Das passiert manchmal auch bei SPD-Anträgen.

(Zurufe SPD)

Ich weiß es aber, ehrlich gesagt, nicht, Herr Dolgner. Wir waren ja sehr erfolgreich bei der Kommunalpolitik. Wir sind jetzt in sehr vielen Kommunen präsent. Ich gebe ganz ehrlich zu, ich kenne nicht die Haushaltsverhandlungen und die Anträge in je-

der Kommune, in der wir vertreten sind. Aber ich werde mich gerne informieren und mich weiter dafür einsetzen, dass wir überall sozialen Wohnungsbau dort unterstützen, wo er Sinn macht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vielleicht kann ich jetzt auf den Punkt übergehen, dass wir nicht nur ein Problem in der Fläche haben, wie ich schon dreimal sagte, und ein Problem des Geldes, sondern natürlich auch das Problem der Fachkräfte. Deshalb ist es sinnvoll, auch diese Thematik immer weiter im Blick zu behalten. Das tun wir an verschiedenen Stellen.

Zum einen haben wir einen großen Fachkräftemangel im Bereich Pflege und Gesundheit. Wenn wir also davon sprechen, Hilfe für Schwächere schaffen zu wollen, dann müssen wir in erster Linie dafür sorgen, dass wir eine gute Ausbildung haben und viele Menschen dafür gewinnen können, den Beruf zu ergreifen. Liebe SPD, natürlich sind wir auch der Meinung, dass Ausbildung kostenfrei sein muss. Sie wollen immer, dass die GroKo im Bund gelobt wird. Das wundert mich manchmal, aber gut. Die GroKo hat beschlossen, da etwas voranzubringen. Wir als Land werden das mit Sicherheit unterstützen. Ich bin mir sehr sicher, dass wir als Jamaika nicht hinterherhinken werden, sondern an der Stelle vielleicht sogar etwas Einstimmiges hinbekommen.

Das Ziel ist doch völlig klar. Ich habe schon immer moniert, es kann doch nicht sein, dass man Geld mitbringen muss, wenn man Erzieherin, Altenpflegerin oder Physiotherapeutin wird, man aber eine Ausbildungsvergütung bekommt, wenn man Kfz-Schlosser oder Banker wird. Das ist einfach so absurd, dass ich es gar nicht mehr beschreiben kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

- Da klatscht ihr, das ist nett.

Meine Damen und Herren, in Bezug auf die Digitalisierung ist mir eines schon wichtig. Ich glaube, dass wir sehr viele Möglichkeiten haben werden, den Fachkräftemangel durch Digitalisierung zu begrenzen. Es wird sicherlich auch Unterstützung in der Pflege geben. Das ist gar keine Frage. Wenn man überlegt, wie schwer die Arbeiten für den Rücken teilweise sind, kann man sich Hilfen vorstellen. Aber die pflegende heilende Hand kann ich mir bei der besten Vorstellung auch in 30 Jahren

(Eka von Kalben)

nicht durch eine Maschine ersetzt vorstellen. Wenn es so käme, wäre das wirklich tragisch.

Meine Damen und Herren, es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich die Menschen auch im Alter auf Pflege und Gesundheit verlassen können und niemand durch die Maschen unseres sozialen Netzes fällt.

Ich knüpfe noch einmal an den Rechtsruck an, Herr Stegner. Ich glaube, dass diese Angst vor Fremden und die Angst davor, dass wir von irgendetwas überrollt werden, das wir nicht fassen können, oft auch damit zu tun hat, dass Menschen andere Ängste haben. Sie haben Angst davor, wie sie im Alter gepflegt werden, ob ihre Kinder noch eine Zukunft haben und wie sie wohnen. Ich glaube, je besser wir in diesem Feld werden, umso stärker können wir Rassismus, Diskriminierung und allen anderen Übeln, die im Moment wachsen, entgegenreten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Wir übernehmen auch Verantwortung für das lebenslange Lernen. Ich glaube, wir sind uns im Hause darüber einig, Bildung ist generell der Schlüssel für die Zukunft. Es ist im Grunde auch einer die Basis für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Diese Verantwortung beginnt bei den ganz Kleinen in den Kitas. Dort wird der Schlüssel für Bildungsgerechtigkeit gelegt. Es geht darum, dass alle in unserem System dieselben Chancen haben, um einen guten Schulabschluss oder eine gute Ausbildung zu erreichen. Es darf nicht sein, dass Kinder danach aussortiert werden, welche Herkunft ihre Eltern haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Deshalb ist mir dieses Kita-Projekt bei Jamaika auch so besonders wichtig. Deswegen ist das auch ein Kernprojekt unserer Koalition. Ich kann gut verstehen, dass Sie Beitragsfreiheit wollen. Ich kann mir zwar nicht vorstellen, wie sie gegenfinanziert werden soll und was wir stattdessen nicht machen sollen, aber okay. Das kann man machen. In der Opposition kann man sowieso mehr fordern.

Eines verstehe ich nicht. Wir sind jetzt vier Säulen angegangen: mehr für Qualität, mehr für die Entlastung der Kommunen, die Beitragsdeckelung und - das ist die vierte Säule, die ich immer gern einbringe - das Angehen des Fachkräftemangels mit der Ausbildung von Erzieherinnen und der Förderung des Fortkommens im Beruf.

Sie sagen, dieser Bericht sei ein Armutszeugnis und man wisse gar nicht, wann was passiert. Herr Badenhop hat im Sozialausschuss 80 Minuten oder länger vorgetragen. Hinzu kam mindestens noch einmal eine Stunde intensiver Nachfragen auch aus Ihrer Fraktion. Wir haben diesen Vortrag auch noch schriftlich bekommen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Die Äußerung war: Es ist völlig unklar, wann was kommt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja, genau!)

- Es ist völlig klar, dass in 2019 die ersten qualitativen Mittel kommen. Das steht übrigens auch in dem Haushalt, über den wir gerade diskutieren.

(Zurufe CDU)

Dass die Beitragssenkung in 2020 ist, kann man aus den Papieren - -

(Zurufe SPD)

- Die Höhe ist nicht klar. Es ging aber darum, dass Herr Stegner gesagt hat - -

(Wortmeldung)

- Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Herr Stegner hat gesagt,

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja, Stegner hat gesagt! - Heiterkeit und Zurufe)

es sei völlig nebulös, was wir wollen und wann wir es wollen.

Ich bin zuerst auf den ersten Plan eingegangen. Wann wir was machen wollen, ist völlig klar. Das ist auch im Prozess mit allen Beteiligten besprochen. Es ist auch nicht so, das da gar nichts passiert. Seit einem halben Jahr arbeitet die Arbeitsgruppe. Darin sind Ehrenamtliche wie die Landeselternvertretung, die wirklich richtig, richtig viel Arbeit da reinstecken. Zu sagen, es sei nichts passiert, ist für alle Beteiligten in der Projektgruppe und für die Mitarbeiter im Sozialministerium echt hart. Wirklich hart!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Man kann inhaltlich kritisieren, keine Frage. Aber diese Arbeit, die da gemacht wird, als „es passiert nichts“ zu verwerfen, finde ich komisch.

Der zweite Vorwurf war, dass die Elternbeiträge nicht klar sind. Das stimmt. Das ist noch nebulös. Das streite ich überhaupt nicht ab. Wir haben ge-

(Eka von Kalben)

sagt, wir haben 60 Millionen € in unserer Finanzplanung, um die Elternbeiträge zu senken.

(Zuruf FDP: 80 Millionen! - Weitere Zurufe)

- Ich bleibe jetzt mal bei 60. Egal. Wir haben 80 Millionen € für Qualität. Es ist egal, ich bleibe jetzt dabei. Sollten es nachher 80 Millionen € werden, freuen wir uns. Eventuell wird es sogar mehr durch die Bundesmittel, die uns jetzt zur Verfügung stehen. Es ist also eigentlich alles supi. Sie könnten sich eigentlich freuen.

Wir haben aber gesagt, wir können erst wissen, wie wir dieses Geld verteilen können und wie sich der Deckel auswirkt, wenn uns die ganzen Daten vorliegen. Daran arbeitet das Projektteam gerade. Wenn wir diese Daten haben, können wir sagen, für welche Senkung die 60 Millionen € ausreichen. Das ist eine Möglichkeit, wie man herangehen kann.

Die andere Möglichkeit ist zu sagen, wir wollen einen Deckel bei 300 €, 200 € oder 100 € und schauen hinterher, wie viel es kostet, wissen aber nicht, wie wir es bezahlen sollen. Wir können auch sagen, wir verkünden das Ziel der Beitragsfreiheit in 2020 schon einmal überall, aber ob wir es bezahlen können, wissen wir leider nicht. Deswegen geht es dann vielleicht doch nicht.

Wir entscheiden uns für den, wie ich finde, vernünftigen Weg, um auf die derzeit vorhandenen finanziellen Spielräume zu verweisen, die wir vollständig zur Entlastung der Eltern einsetzen wollen. Wie viel das im Endeffekt pro Kind, pro Elternteil bringen wird, wird dann, wenn der Prozess so weit ist, entschieden. Insofern finde ich es vollkommen legitim, dass Sie es anders machen. Unser Ziel ist eben nicht die nebulöse Finanzpolitik, wofür wir das unklarere Ziel in Kauf nehmen, während Sie ein klares Ziel bevorzugen und dafür lieber finanzpolitisch nebulös sind. Das ist eine unterschiedliche Vorgehensweise. Wir entscheiden uns für den soliden Kurs.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir tun auch etwas im investiven Bereich für die Kitas. Mir war es sehr wichtig, deutlich zu machen, dass investive Maßnahmen in den Kitas, die nicht nur den Ausbau, sondern auch die Sanierung betreffen, einen Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel haben. Wenn ich wirklich etwas für den Lärmschutz in Kitas tue, dann kann ich dafür sorgen, dass Menschen dort noch lieber arbeiten, noch besser gesundheitlich durchhalten und somit länger bleiben können.

Wir haben ja dieses Henne-und-Ei-Problem, wir wollen mehr Personal in die Kitas bringen, damit unter anderem die Arbeitskräfte entlastet werden, andererseits haben wir aber jetzt noch nicht einmal genügend Personal, um den derzeit bestehenden Personalschlüssel zu bedienen. Hier müssen wir noch ordentlich zulegen und sind auch schon dabei.

Die gleiche Problematik betrifft im Grunde genommen die Schulen. Wir verfolgen nach wie vor das Ziel der hundertprozentigen Unterrichtsversorgung. Das bedeutet: Stellen, Stellen, Stellen. Nachdem wir im Jahr 2018 schon erheblich aufgestockt haben, schaffen wir im Jahr 2019 erneut 234 zusätzliche Lehrerstellen statt eines Abbaus von 439. Darüber hinaus gibt es - das ist vielleicht der wichtigste Punkt - 90 Stellen mehr im Vorbereitungsdienst. Es gibt Verbesserungen im DaZ-Bereich, also Deutsch als Zweitsprache, und in den Berufsschulen. Weiterhin werden zehn neue Stellen für das IQSH für die Umsetzung des Förderprogramms Digitalisierung geschaffen. Es nützt nichts, wenn wir die Schulen ans Netz bekommen, was super ist, wenn dort vor Ort die Leute eigentlich nicht wissen, wie sie mit den neuen Medien arbeiten sollen oder sie nur dafür nutzen, Filme vorzuführen. Digitales Lernen ist so anders und bedarf einer anderen Herangehensweise, dass es gut ist, wenn wir den IQSH stärken.

(Zuruf SPD: Da sind wir doch dabei!)

- Natürlich sind wir dabei. Das ist auch ein Punkt. Es wird ganz oft kritisiert: Das haben wir doch in der Küstenkoalition schon gemacht. - Ich finde das super. Wenn wir gute Sachen weiterführen, die sich in der Küstenkoalition bewährt haben, sehe ich das nicht als Problem an. Da können wir uns alle doch nur freuen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Thomas Hölck [SPD]: Beitragsfreiheit haben Sie beschließen wollen!)

- Wir haben keine Beitragsfreiheit beschlossen. Wir wollten die Beitragsfreiheit nicht nur gemeinsam immer in der Vergangenheit, sondern wir wollen sie immer noch gemeinsam. Ich wüsste nicht, ob irgendjemand hier im Haus gegen Beitragsfreiheit wäre. Das ist vielmehr eine Frage

(Zurufe FDP: Das ist falsch!)

- Meine Fraktion ist ganz klar für die Beitragsfreiheit und für kostenfreies Lernen von der Wiege bis zur Bahre oder kurz davor!

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heiterkeit SPD)

(Eka von Kalben)

Es gibt da kein „Zwischen“, es ist nur wieder die Frage der Finanzpolitik.

Ich komme zum Bildungsbonus. Auch in der Bildungspolitik ist es uns extrem wichtig, dass wir uns für die Schwächeren im System einsetzen. Deswegen bin ich sehr froh, dass es uns gelungen ist, den Bildungsbonus sogar ein Jahr vorzuziehen;

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn der Bildungsbonus bedeutet, dass an bestimmten Schulen, die es besonders schwer haben, mehr Lehrkräfte eingesetzt werden. Das sind zum Beispiel die Schulen, die sich zu einem Verein, wie beispielsweise die Schulen am Wind, zusammengenommen haben. Es gibt auch sehr viele Schulen im ländlichen Raum, die mehr Unterstützung brauchen. Das ist aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher und guter Teil, auf den wir uns geeinigt haben, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir übernehmen auch Verantwortung für Sicherheit, für Sicherheit im Land. Wovor fürchten sich die Menschen? - Vor Kriminalität wie Einbrüchen, Überfällen. Manche fürchten sich vor Terror oder vor Fremden, manchmal leider auch vor dem Nächsten, mit dem sie zusammenleben. Verantwortliche Sicherheitspolitik setzt für mich auf zwei Ps - Prävention und Polizei - auf, die uns heute hier im Haus begleiten. Deshalb ist die gute Ausstattung unserer Polizei ganz zentral. Wie auch schon die Küstenkoalition fährt Jamaika den festen Kurs, dass wir keine vermeintliche höhere Sicherheit mit drastischen Einschnitten in Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu erkaufen versuchen. Stattdessen setzen wir auf eine präsen- te bürgernahe Polizei, die personell und sachlich gut ausgestattet ist.

(Vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bis zum Jahr 2023 wird sie um 500 Stellen verstärkt.

Meine Damen und Herren, wir haben schon ein wichtiges Sicherheitsthema angesprochen. Das war bereits gestern teilweise Thema. Es geht um die Gewalt gegen Frauen. Auch das ist ein wichtiger Punkt, bei dem wir weitergekommen sind. Die Situation in den Frauenhäusern ist dramatisch, und wir wollen nicht, dass die Frauen in Not abgewiesen werden müssen, weil es keine Kapazitäten gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Deshalb stecken wir insgesamt noch einmal 6,3 Millionen € in Investitionen und in die Platzkostenpauschale mehr als 300.000 €. Herzlichen Dank auch hierfür an die Regierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Tobias Koch [CDU])

Weiterhin übernehmen wir Verantwortung für Integration. Wir wollen, dass sich die Menschen hier sicher fühlen, einerseits die, die hier geboren sind, und andererseits die, die zugewandert sind. Gute Integration ist dafür der Schlüssel, zum Beispiel durch unsere Einbürgerungskampagne „Menschen mit Migrationshintergrund gehören zu diesem Land“. In Schleswig-Holstein machen sie ungefähr 14 % unserer Bevölkerung aus. Wir wollen dafür werben und sie motivieren, wenn möglich, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, damit alle Bürger und Bürgerinnen in den Genuss des Wahlrechts kommen. Das allein wird sie nicht vor Diskriminierung schützen, ist aber ein wichtiger Schritt. Dafür hat das Innenministerium rund 1,9 Millionen € in den Haushalt eingestellt.

In der Asylpolitik stocken wir die Fördermittel für Sprache und Erstorientierung noch einmal deutlich auf. Das Gleiche gilt für die Mittel für Integrations- und Teilhabemaßnahmen und Förderung von Migrantenorganisationen, indem wir den Betrag von 940.000 € auf 1,5 Millionen € erhöhen. All das ist verantwortungsvolle Haushaltspolitik für ein gutes Miteinander.

Lieber Herr Stegner, das Bild, dass Sie hier in Anknüpfung an die gestrige Debatte gezeichnet haben, dass wir als Jamaika-Koalition dieses Bundesland nach rechts ziehen und damit der AfD Auftrieb geben, ist eine absurde Überzeichnung. Das finde ich, ehrlich gesagt, ein bisschen verantwortungslos, gerade hier in diesem Land, wo wir in den verschiedensten Bereichen gezeigt haben, wie stark wir für Vielfalt stehen. Die CDU macht sehr häufig mit uns sehr gute Kompromisse und steht zum Teil auch aus Überzeugung an unserer Seite, wenn es zum Beispiel um die Politik von Schwulen und Lesben oder auch um die Flüchtlingspolitik geht. Das gilt ebenso, wenn Menschen zusätzlich zu den bisherigen Aufnahmeprogrammen hier aufgenommen werden sollen oder wenn die Haushaltsmittel für Integration, obwohl die Zahlen zurückgehen, nicht vermindert, sondern sogar noch erhöht werden. Denn jetzt geht es darum, die Leute hierzubehalten. Nicht zuletzt haben wir einen Ministerpräsidenten,

(Eka von Kalben)

der sich in einer Situation, in der in Berlin die Lage am Ruckeln ist, hier hinstellt und sagt, dass es falsch ist, die Menschen abzuschieben, die hier Arbeit haben, selbst wenn sie kein Bleiberecht haben, sondern vielmehr für einen Spurwechsel wirbt. - Wo ist das denn ein Rechtsruck?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin von Kalben, ich lasse mich gern für Dinge kritisieren, die ich sage, aber ungern für Dinge, die ich nicht gesagt habe. Ich habe mich auf Deutschland bezogen und habe gesagt, dass das ganze Land nach rechts rückt - genauso wie Europa. Deswegen ist es wichtig, dass wir bei unserer humanitären Flüchtlingspolitik bleiben.

Ich habe eingefordert, dass wir das tun, und habe konkret kritisiert, was Sie mit dem Abschiebegefängnis machen. Ich habe nicht gesagt, die Jamaika-Koalition Schleswig-Holstein fahre nach rechts. Das habe ich nicht getan. Insofern wäre ich Ihnen schon dankbar, wenn Sie mich nicht für Dinge kritisieren, die ich hier nicht geäußert habe.

- Vielleicht haben sich Dinge mit der gestrigen Debatte vermischt. Es ist jedoch bei mir angekommen, dass Sie gerade die Verknüpfung, dass wir die Abschiebehaftanstalt - -

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

- Kann ich bitte einmal in Ruhe ausführen? - Gerade dieser Punkt hinsichtlich des Abschiebegefängnisses wurde im Zusammenhang mit dem „Rechtsruck“ genannt. Vielleicht habe ich Sie da falsch verstanden. Wenn Sie uns damit nicht meinten, ist ja gut. Denn es wäre ja komisch, wenn ein Abschiebehaftgefängnis automatisch einen Rechtsruck nach sich ziehen würde. Das müssten Sie dann ja auch Ihren ganzen SPD-Ministerpräsidenten vorwerfen, die überall entsprechend handeln. Wenn nur ich es falsch verstanden habe und alle anderen haben es anders verstanden,

(Zurufe: Nein, wir haben es auch so verstanden!)

dann ist es gut, dann entschuldige ich mich sehr herzlich, Herr Stegner. Bei mir ist es anders angekommen. Wenn Sie aber auch nicht der Meinung sind, dass wir durch Jamaika einen Rechtsruck in Schleswig-Holstein haben, dann bin ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall CDU, FDP und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wird Sie nicht wundern, dass ich bei meinen Themen, die ich für eine wichtige verantwortungsvolle Politik für Schleswig-Holstein nenne, auch die Umwelt erwähne. Leider ist es nach wie vor so, dass dieser Teil in den Debatten meistens ausschließlich von den Grünen angesprochen werden muss. Da wünsche ich mir deutlich mehr von den anderen.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es kommen ja noch meine Kollegen, und die FDP ist ja bekannt dafür, noch einmal ordentlich auf die Umweltpolitik einzugehen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, es ist völlig klar, dass Artenvielfalt, Schonung der natürlichen Ressourcen kein Nice-to-have ist, sondern dass dies etwas ist, was wir wirklich brauchen und was existenziell ist.

Das ist gestern beim Deutschen Naturschutzverband noch einmal so etwas von deutlich geworden. Es gibt ein Buch, in dem vorgestellt wird, wie die Welt aussähe, wenn die Menschen ab morgen nicht mehr da wären. Wie sähe es 2030 auf der Welt aus, wenn die Menschen ausgestorben wären?

(Martin Habersaat [SPD]: „Planet der Affen“!)

- Bei „Planet der Affen“ werden die Affen als Menschen dargestellt. Nein, das Interessante ist, dass diese Studie dazu kommt, dass die Welt ziemlich gut aussähe und die Menschen immer dazu neigten, die Welt so zu verplanen, als ob sie mehrere davon hätten. Wenn es jetzt Pläne gibt, den Mars zu bevölkern, ist das - glaube ich - eine Situation, vor der wir erst einmal nicht stehen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Das höre ich mir nachher gern beim Kaffee an.

Wir schützen Naturparke und geben dort mehr Geld rein. Wir halten es auch für sinnvoll, dass über die-

(Eka von Kalben)

se Arbeit berichtet wird und dass es dafür Ausstellungenräume gibt. Wenn in einem Kreis oder in einer Stadt mit einem Bürgermeister, der unser ehemaliger Kollege ist, kein einziger alternativer Standort genannt wird, nämlich in Plön, und Eutin einen Standort anbietet und das gern machen möchte, ist das eine sinnvolle Arbeit, die wir gern unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Regina Poersch?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Regina Poersch [SPD]: Liebe Frau Kollegin, ist Ihnen ein Konzept bekannt, für das die Landesregierung, die Koalition eine halbe Million Euro ausgeben möchte?

- Selbstverständlich ist unserer Fraktion ein Konzept bekannt. Das können Sie auch gern im zuständigen Ausschuss besprechen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Uns ist es wichtig, eine verantwortungsvolle Finanzpolitik zu machen und einen verantwortungsvollen Haushalt vorzulegen. Uns sind viele Punkte, die hier auch von der Opposition genannt werden, wichtig: eine gute Bezahlung der Beamtinnen und Beamten, beitragsfreie Kita, mehr Geld für Wohnen, niedrigere Mieten. Das finden auch wir alles extrem wichtig. Ich bin gespannt und freue mich darauf, welche Haushaltsanträge Sie stellen.

Wofür wir nicht zur Verfügung stehen, ist, dass wir trotz „sprudelnder“ Kassen und guter Voraussetzungen eine unsolide Finanzpolitik machen. Denn auch das zahlen zukünftige Generationen. Ich glaube, dass in verschuldeten Ländern nicht die Reichen die sind, die die Lasten tragen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

In verschuldeten Ländern sind es die Schwächeren in der Gesellschaft, denen alles weggespart wird. Wenn wir wieder Konsolidierungsland werden, haben wir wieder die Situation, dass genau diese Gelder gestrichen werden, was wir alle nicht wollen und was wir in der Küstenkoalition wieder aufgesetzt haben.

Meine Damen und Herren, deshalb helfen Sie uns, etwas Solides aufzulegen, was trotzdem allem in der Gesellschaft hilft! Helfen Sie uns, Verantwortung für heute und morgen zu übernehmen und dieses Land noch schöner und besser zu machen, als es sowieso schon ist! - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf setzt die Koalition den eingeschlagenen Weg der Modernisierung unseres Bundeslandes konsequent fort. Der Haushaltsentwurf eröffnet neue Chancen für Schleswig-Holstein, neue Zuversicht macht sich breit. - Frau Kollegin, das mit dem Umwelthaus können wir vielleicht später klären.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, der Fraktionsvorsitzende der FDP hat jetzt das Wort. Ich bitte um die angemessene Aufmerksamkeit.

Christopher Vogt [FDP]:

Es gibt viele kommunale Fragestellungen; ich möchte gern zum Land zurückkommen. - Schleswig-Holstein hat eine Regierungskoalition, die an die Potenziale dieses Landes glaubt und die Entwicklung des Landes aktiv vorantreibt. Wir ruhen uns nicht auf dem aus, was wir vorgefunden haben, sondern investieren klug und ausgewogen in die Zukunft, damit Schleswig-Holstein noch lebenswerter wird, als es jetzt schon ist.

Vor allem bei Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung und Wohnungsbau haben wir noch viel vor uns. Zu dem Drama, das sich derzeit in Berlin abspielt - anders kann man das nicht mehr nennen -, setzen wir einen positiven Kontrapunkt. Das haben wir uns nicht unbedingt ausgesucht, aber es motiviert - ehrlich gesagt - jeden Tag aufs Neue, für unser Land hart zu arbeiten. Das Versagen in Berlin, die Selbstbeschäftigung wollen wir uns nicht zum Vorbild nehmen.

(Beifall FDP - Zurufe)

(Christopher Vogt)

- Frau Kollegin, ich sage das auch in Richtung SPD: Selbstkritik ist der erste Weg zur Besserung.

(Beifall FDP - Zurufe)

Wir schaffen es immer wieder, gute und tragfähige Lösungen im Interesse unseres Bundeslandes zu finden. Das stärkt in diesen bewegten Zeiten unsere Demokratie, und das macht unser Bundesland so attraktiv wie selten zuvor.

Von diesem Geist ist auch unser Haushaltsentwurf geprägt. Ich danke der Finanzministerin Monika Heinold, den verschiedenen Ministerien und vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Entwurf erstellt haben. Er ist eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen.

(Beifall FDP)

Mit einer Investitionsquote von bereinigt 10,2 % übertreffen wir 2019 die Zielmarke, die wir Freie Demokraten zu Oppositionszeiten ausgerufen haben. Frau Finanzministerin, ich kann mich noch gut an die Diskussionen über die Sinnhaftigkeit von Quoten erinnern, die wir auch an anderer Stelle führen. An dieser Stelle sind Sie nicht die größte Freundin von Quoten, aber natürlich ist die Investitionsquote ein wichtiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit eines Landeshaushalts. Insofern freuen wir uns, dass wir bei den Investitionen so deutlich nachlegen konnten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir halten unser Versprechen, die Investitionen auf hohem Niveau zu verstetigen, und untermauern damit, dass der erste Jamaika-Haushalt 2018 keine Eintagsfliege war. Hinter den Zahlen verbirgt sich zweifellos eine große Kraftanstrengung, nicht nur finanziell, sondern auch in der praktischen Umsetzung.

Planer, Architekten, die gesamte Bauwirtschaft sind quasi schon jetzt bis zum Anschlag ausgelastet. Auch deshalb ist es richtig, dass wir in Schleswig-Holstein mehr Bauingenieure ausbilden, nicht nur in Kiel, sondern auch in Lübeck. Dass wir die Hochschulen nicht gegeneinander aufbringen, sondern dass beide Hochschulstandorte mehr Ingenieure ausbilden, ist dringend notwendig, dauert aber auch einige Jahre.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Dieser Kraftakt wird nicht ganz einfach, ist aber dringend notwendig, denn in der Vergangenheit ist viel zu viel liegengeblieben.

Schauen wir uns allein die Landesstraßen an. Jeder, der im Land unterwegs ist, kennt nicht nur eine, sondern viele Landesstraßen, die in völlig marodem Zustand sind und dringend saniert werden müssen. Bereits in den letzten Monaten konnten wir feststellen, dass sich hier etwas tut. Es gibt unheimlich viele Baustellen; das nervt auch, aber mir sind Baustellen deutlich lieber als der weitere Verfall und Wege, die man nicht mehr benutzen kann.

(Beifall FDP und CDU)

Im ganzen Land beseitigen wir jetzt die Schlaglöcher, marode Straßen werden wieder instand gesetzt, dies ist dem engagierten Investitionshochlauf zu verdanken. Im laufenden Haushalt haben wir über 90 Millionen € für die Sanierung der Landesstraßen zur Verfügung gestellt, und auch in den weiteren Jahren setzen wir dieses hohe Niveau fort. Bernd Buchholz freut sich schon darauf, das viele Geld auszugeben. Das ist einfacher gesagt als getan, aber er wird das sehr gut hinkriegen.

Jamaika arbeitet engagiert und strukturiert daran, den massiven Investitionsstau im Land schnellstmöglich abzubauen. Das Verkehrsministerium erarbeitet hierzu gerade eine durchdachte Landesstraßenstrategie, um das Straßennetz in Schleswig-Holstein dauerhaft in einen guten Zustand zu versetzen.

Es war auch absolut notwendig und richtig, dass wir nach der Regierungsübernahme die Planungskapazitäten im Landesbetrieb erhöht haben, zum Beispiel auch durch Abgabe der A 20 an die Profis von der Deges. Das entlastet den LBV.

Ich bin kein Freund der Bundesinfrastrukturgesellschaft, aber sie wird jetzt gegründet, man muss sich darauf vorbereiten. Das stiftet leider weiter Verunsicherung im LBV. Deswegen ist es wichtig, dass wir zusätzliche Planer bekommen, dass wir den LBV besser ausstatten und die Stellen entsprechend mit Haushaltsmitteln unterlegen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir bringen das Straßennetz auf Vordermann. Nicht nur das Straßennetz bekommt unsere Aufmerksamkeit, sondern auch das vernachlässigte Eisenbahnnetz im Land, für das wir nur am Rande zuständig sind. Die Schieneninfrastruktur im Land ist leider in vielen Bereichen ebenfalls marode und unzureichend ausgebaut. Der zweigleisige Ausbau zwischen Niebüll und Klanxbüll ist nur eine der Baustellen. Auch die vierte Bahnsteigkante in Elmshorn oder der Ausbau der Strecke Brunsbüttel-Itzehoe sind dringend notwendig.

(Beifall FDP und Beate Raudies [SPD])

(Christopher Vogt)

Der Bund braucht häufig viel zu lange und hat viel zu lange Engagement im Norden vermissen lassen. Da ist es die richtige Entscheidung, für die Vorplanungen mit Landesgeld in Vorleistung zu gehen. Wir werden weiter alles dafür tun, dass die Infrastrukturprojekte auch im Schienenbereich vorankommen. Herr Dr. Stegner, am Land wird das nicht scheitern. Ich habe heute festgestellt: Sie neiden Herrn Dr. Buchholz vor allem seine PR-Fähigkeiten. Es kann nicht jeder so ein detailreicher Schreibtischarbeiter sein wie Sie.

Es gibt auch einige, die beides miteinander verbinden können:

(Birte Pauls [SPD]: Gerade noch einmal die Kurve gekriegt!)

richtig gut arbeiten und gute PR-Arbeit. Ich habe auch verstanden, dass Sie seine Vorfahren von vor 250 Jahren kritisiert haben. Wenn man schon darauf zurückgreifen muss: Herzlichen Glückwunsch!

Aber, Herr Dr. Stegner, in vollem Ernst: Selbstkritik ist manchmal so ein Ding, wenn man solche Verträge hinterlassen hat, wie Sie sie mit der Bahn abgeschlossen haben,

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

und Herr Buchholz in den letzten Monaten nichts ausgelassen hat, um die Bahn unter Druck zu setzen, damit sie endlich ihren Vertrag erfüllt. - Ich weiß es nicht! Ich sehe jetzt immer die Pressemitteilungen des geschätzten Kollegen Vogel, aber die sind der Realität völlig entrückt. Man kann auch einmal Fortschritte anerkennen, gerade wenn das weggeräumt wird, was Sie verursacht haben, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP, CDU und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß, Sie haben mit Berlin viel zu tun, aber Sie hätten zur Kenntnis nehmen können, dass DB Regio gestern angekündigt hat, dass sie die Strafzahlungen akzeptieren und jetzt endlich konkrete Maßnahmen ergriffen werden.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das kann man ruhig auch einmal als Opposition honorieren.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß, dass Sie die Größe nicht haben, Sie könnten es aber tun.

Auch bei der Digitalisierung müssen wir noch schneller vorankommen; denn in der Digitalisierung liegen ungeheure Chancen für mehr Produktivität, Wohlstand und Lebensqualität, Chancen, die wir gerade angesichts immer knapper werdender Fachkräfte nutzen müssen.

Schleswig-Holstein ist zwar bundesweiter Spitzenreiter beim Breitbandausbau, aber das allein darf nicht unser Anspruch sein. Im internationalen Vergleich haben auch wir extrem großen Aufholbedarf. Wir dürfen uns deshalb nicht zurücklehnen.

Für unser Ziel, bis 2025 flächendeckend Glasfaserversorgung anbieten zu können, sind weiterhin hohe Investitionen notwendig, auch Investitionen des Landes. Wir wollen auch die ärgerlichen Mobilfunklöcher, die wir in Schleswig-Holstein in erheblichem Maße haben, endlich beseitigen. Hier ist aber die Bundesebene gefragt, endlich sinnvolle Vorgaben zu machen. Wir führen jetzt die Diskussion über die neue 5-G-Technologie. Auch da ist aus meiner Sicht die Bundesregierung auf einem völlig falschen Trip und gefährdet unsere Wettbewerbsfähigkeit in Schleswig-Holstein. Das war ein Thema, das heute schon viel Raum eingenommen hat.

Ein weiteres ganz wichtiges Zukunftsprojekt dieser Landesregierung ist die Kita-Reform und hier im Speziellen die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Land, Kommunen und den Trägern. Das mag erst einmal für viele, die sich noch nicht damit beschäftigt haben, technokratisch klingen, tatsächlich legen wir mit dieser Reform das Fundament für eine deutlich höhere Qualität und bessere Vergleichbarkeit der Kitas. Das ist doch das, was im Wesentlichen fehlt. Die Intransparenz in der Finanzierung muss endlich ein Ende haben und damit auch das Verstecken hinter unklaren Verantwortlichkeiten.

Herr Dr. Stegner, es ist schon schwer zu ertragen, wenn ausgerechnet Sie - der die höchsten Elternbeiträge in der gesamten Bundesrepublik hinterlassen hat - hier solche Reden halten und sagen:

(Beifall FDP und CDU)

Wir müssen sofort die Beitragsfreiheit einführen. So selbstbewusst muss man erst einmal sein, mit der Bilanz hier so aufzutreten. Herr Dr. Stegner, wissen Sie, warum das ganze System angepackt werden muss? - Ihr Krippen-Hunderter - Herr Albig hat meiner Frau auch so einen Brief geschrieben, mir komischerweise nicht -, dieser Wahlkampfgegner, ist bei den Eltern eben im Wesentlichen nicht angekommen, weil das ganze Finanzierungssystem so kompliziert ist, dass Leute das Geld abgefischt ha-

(Christopher Vogt)

ben. Es ist bei den Eltern nicht angekommen. Deswegen müssen wir das auf ein neues Fundament stellen und erst einmal neu ordnen, bevor wir über die Beiträge sprechen können.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die jungen Eltern sind auch schlauer, als Sie meinen. Auf solche Wahlkampfzettel fallen die nicht herein, sondern die wollen eine seriösere Form, und an der arbeiten wir. Wie der kürzlich vorgestellte Zwischenbericht der Landesregierung zur Neuordnung der Kita-Gesetzgebung festhält, soll künftig quasi das Bestellerprinzip gelten: Das Land garantiert und finanziert einen landesweiten Qualitätsstandard. Zudem erhalten Kommunen und Träger weiterhin die Möglichkeit, die Angebote vor Ort zu gestalten, indem sie ergänzende pädagogische Inhalte oder Aktivitäten fördern. Unterm Strich konnte sich das Land mit den Beteiligten bereits auf ein Modell verständigen, das wir in den nächsten Monaten weiter mit Zahlen hinterlegen und schließlich auch ins Werk setzen werden. Unser Dank für das bisher Geleistete gilt insbesondere dem Sozialministerium, Heiner Garg, Staatssekretär Badenhop und allen Verfahrensbeteiligten. Es ist nicht nur ein Projekt eines Ministeriums, es ist ein Projekt, an dem alle im Land mitarbeiten. Das merkt man auch. Warum arbeiten die daran so engagiert? - Sie haben ein Interesse daran, dass es endlich und dauerhaft besser wird. Deswegen machen die das.

Meine Damen und Herren, ich verstehe gar nicht, was die SPD im Sozialausschuss nicht verstanden hat oder ob Sie keine Zeitung lesen oder ob Sie insgesamt die Realität nicht mehr so wahrnehmen. Ab dem Jahr 2020 werden die Elternbeiträge landesweit gedeckelt. Bis dahin gibt es übrigens auch für die kommunalen Vertretungen keinen Grund für Beitragserhöhungen. Das sage ich noch einmal ganz deutlich an dieser Stelle. Das betrifft, so glaube ich, alle Parteien, die hier sitzen, beziehungsweise in Kommunalvertretungen vertreten sind: Es gibt keinen Grund für Beitragserhöhungen. Ich stelle auch in Diskussionen mit Kommunalpolitikern fest, dass oft noch gar nicht angekommen ist, was das Land an anderer Stelle mit dem Kommunalpaket tut. Das wissen die oft gar nicht. Die kriegen dann irgendwelche Vorlagen und erhöhen die Beiträge, obwohl sie es gar nicht müssten. Ich glaube, auch darauf müssen wir deutlich hinweisen.

(Beifall FDP, CDU und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir halten am Dreiklang aus Qualitätsverbesserung, Senkung der Elternbeiträge und Entlastung der Kommunen fest. Herr Dr. Stegner, da geht es auch um die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher. Tun Sie doch nicht so, Sie seien für gute Arbeit, was auch immer das genau laut SPD sein soll, und alle anderen seien schlechte Menschen oder schlechte Arbeitgeber und so weiter. Das hat mit der Realität nichts zu tun. Wir verbessern die Arbeitsbedingungen für das Personal. Natürlich müssen wir den Erzieherberuf attraktiver machen. Das werden wir auch tun. Für die gesamte Reform stellt die Landesregierung allein zwischen 2018 und 2022 zusätzlich rund eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung.

Wir wollen verlässliche und bezahlbare Kitas mit guten Angeboten im ganzen Land. Wir haben jetzt auch ein Paket mit Investitionen geschnürt, das sind mittlerweile auch für das nächste Jahr über 15 Millionen €. Damit unterstützen wir vor Ort Erweiterungen und Modernisierungen und so weiter, weil der Bedarf eben riesig ist.

Die Beitragsfreiheit - ich sage das noch einmal ganz deutlich, auch für alle Sozialdemokraten hier im Raum - wollen wir auch. Das muss das nächste Ziel sein, wenn die Qualität der Einrichtungen gesichert ist und die Finanzierung auf einem neuen Konzept beruht. Da frage ich mich ganz ehrlich: In der Opposition kann man viel kritisieren und alles sofort fordern und so weiter. Das kann man so machen. Wenn man ernst genommen werden will, macht man es vielleicht ein bisschen seriöser. Ich freue mich wirklich auf diese Haushaltsberatungen, weil ich mich nach diesen ganzen Ankündigungen von Ihnen, Herr Dr. Stegner, auf das fundierte SPD-Konzept freue, das wir in den Haushaltsberatungen dann sehen und beraten werden. Darauf freue ich mich.

(Beifall FDP, CDU und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wird hochinteressant werden. Frau Midyatli, das werden Sie uns bald präsentieren. Wir schauen uns das ganz genau an.

Zum Thema Beitragsfreiheit. Erst einmal muss ich sagen: Beitragsfreie Kita-Plätze sind schön, aber wenn man keinen bekommt, bringt einem das relativ wenig. Das ist schon einmal das erste. Sie sagen immer, wir würden in Norddeutschland hinterhinken. Schauen wir uns doch einmal an, wie das in Norddeutschland läuft. Wir sehen gerade in Niedersachsen, wie eine handwerklich grottenschlechte Reform zahlreiche Kitas geradezu in die Insolvenz

(Christopher Vogt)

treibt. Ist das das Ziel der SPD-Landtagsfraktion? - Ich muss ganz ehrlich sagen: Wer so etwas vorantreibt, hat irgendwie einen falschen Weg eingeschlagen.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Serpil Midyatli [SPD])

- Genau, das stimmt alles nicht. Ich gebe Ihnen einmal die Links zu den Presseberichten. Alles wieder Fake News, das ist klar.

Deshalb setzen wir auf einen strukturierten Reformprozess mit realistischen Zielen und eben nicht auf populistische Schnellschüsse.

Weil das auch schon angesprochen wurde: Der Bund macht sich aus meiner Sicht auch hier wieder einmal einen ziemlich schlanken Fuß. Wir brauchen dauerhaft mehr Geld vom Bund. Das gilt für den Bildungsbereich, für den Hochschulbereich, aber auch für den frühkindlichen Bereich. Ich glaube, das ist ein Thema, zu dem wir uns gemeinsam zusammensetzen sollten, wie man die Bundesmittel einsetzt. Auch da bin ich auf Ihre Vorschläge gespannt.

Ich komme zur Wirtschaftspolitik, bevor ich gleich zur Umweltpolitik komme, Frau von Kalben. Aus unserer Sicht brauchen wir mehr wirtschaftliche Dynamik in Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein soll mit seiner kleinteiligen Wirtschaftsstruktur zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland werden, weil es eben Sinn macht, das spiegelt sich auch an verschiedenen Stellen im Haushaltsentwurf wieder.

Wir widmen uns beispielsweise dem ernsthaften Problem der Unternehmensnachfolge beziehungsweise -übernahme. Der Fortbestand vieler Betriebe ist durch die lange Suche nach einem Nachfolger zunehmend gefährdet. Deshalb wollen wir Nachfolge- und Übernahmefinanzierung etwa durch spezielle Gewährleistungszusagen erleichtern. So unterstützen wir den unternehmerischen Fortbestand vieler Betriebe und sichern wertvolle Arbeitsplätze für Schleswig-Holstein.

(Beifall Johannes Callsen [CDU])

Ein weiterer wichtiger Baustein ist das von Minister Buchholz neu geschaffene Förderprogramm Unternehmensübernahme plus. Dadurch engagiert sich das Land zusammen mit anderen Akteuren wie der Investitionsbank jetzt auch bei der Finanzierung größerer Generationenübergänge. Mit vergleichsweise geringem Aufwand - vergleichsweise geringem Aufwand! - können wir hier viel leisten und den Bestand von Betrieben sichern. Das müssen wir

unterstützen und finanzieren. Deswegen werden wir dafür auch Mittel bereitstellen. Aber nicht nur der Erhalt wettbewerbsfähiger Betriebe, sondern auch die Gründung neuer Unternehmen ist uns sehr wichtig und bietet viele neue Chancen für unser Land. Deshalb wollen wir Innovationen und Existenzgründungen stärker fördern und unterstützen. Durch die Durchführung von Start-up-Camps im Land - das haben wir letztes Jahr schon über die Fraktionen gemacht, das ist jetzt wieder im Haushaltsentwurf - tragen wir dazu bei, dass wir ein gründerfreundliches Klima in Schleswig-Holstein haben.

Meine Damen und Herren, hervorheben möchte ich zudem, dass wir bei der Verteilung der GRW-Mittel neue Schwerpunkte setzen. Das ist auch ein Punkt, der in der vergangenen Wahlperiode für viele Diskussionen gesorgt hat, auch mit den Freunden von den Grünen. Wir werden einzelbetriebliche Förderungen in einem verträglichen Maße reduzieren und stattdessen wirtschaftsnahe Infrastruktur stärker fördern, von der dann alle Betriebe profitieren können und nicht nur einzelne. Mehr als 7 Millionen € schichten wir auf diese Weise um. Ich glaube, das ist eine sinnvolle Wirtschaftspolitik, die wir da betreiben.

(Beifall FDP und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Tourismus in Schleswig-Holstein boomt, und die Übernachtungszahlen steigen von Jahr zu Jahr. Das beobachten wir schon seit vielen Jahren. Auch 2018 hat sich Schleswig-Holstein wieder als eine der wichtigsten Tourismusregionen in Deutschland erwiesen. Das Sommerwetter mag eine gewisse Rolle dabei gespielt haben, dass es sich gar nicht gelohnt hat, großartig wegzufahren. Aber genauso wichtig ist das Engagement des Landes, etwa beim Tourismusmarketing, und natürlich die Privatinvestitionen im Tourismusbereich, zu denen wir motivieren müssen. Seit Übernahme der Jamaika-Regierung konnte der Tourismusetat bereits um mehr als ein Drittel erhöht werden.

Jetzt, Frau von Kalben, will ich zur Umweltpolitik überleiten.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Besser als Sie kann man das gar nicht machen, selbst wenn man wie ich ein Freiwilliges Ökologisches Jahr in Schleswig-Holstein absolviert hat. Deswegen möchte ich zum nächsten Thema - der Bildungspolitik - kommen.

(Christopher Vogt)

(Heiterkeit FDP und Lars Harms [SSW] -
Beifall FDP - Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Dann gehe ich jetzt!)

- Ja, wir sind uns so einig, dass wir das so machen.

(Zuruf SPD: Kein Wort!)

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass junge Menschen hier eine Perspektive haben und dass Schleswig-Holstein innovativ ist. Deshalb investieren wir weiter massiv in die Bildung. Wir bauen keine Lehrerstellen ab, sondern schaffen in erheblichem Maße neue. Das brauchen wir für die Unterrichtsversorgung, die Integration und die Inklusion. Uns war es besonders wichtig, dass der Stellenaufwuchs im Grundschulbereich weitergeht. Das ist das Fundament für die weitere erfolgreiche Schullaufbahn.

Um junge Menschen mehr für das Grundschullehreramt zu begeistern, machen wir den Schuldienst attraktiver. 2019 machen wir den ersten Schritt und heben die Besoldung für Leitungsfunktionen an. Ab 2020 beginnen wir dann mit der stufenweisen Anpassung der Besoldung für Grundschullehrer auf das A-13-Niveau. Auch da gehen wir voran, aber schrittweise und seriös. Wir sehen: Überall in Deutschland herrscht ein zunehmender Wettbewerb um Fachkräfte - auch um Lehrer. Jahrelang wurden Ausbildungskapazitäten runtergefahren, und die Trendwende in der Entwicklung der Schülerzahlen wurde nicht so richtig berücksichtigt. Das korrigieren wir jetzt, und das ist dringend notwendig.

Meine Damen und Herren, die Hochschulen sind aus meiner Sicht besonders wichtig für die weitere Entwicklung des Landes. Sie sind nicht nur wichtige Orte der Forschung, sie bilden auch hochqualifizierten Nachwuchs für viele Bereiche aus. Damit sie diesen Aufgaben besser nachkommen können, erhöhen wir die Grundfinanzierung und investieren weiter kräftig in den Hochschulbau. Auch da haben wir viel vor uns, damit wir gute Bedingungen haben.

Wir würden uns auch hier wünschen, dass die Bundesregierung ihrer Verantwortung endlich entschlossen gerecht wird und die Anstrengungen flankiert. Die Herausforderungen sind schließlich gewaltig und der Investitionsstau ist enorm. Es gibt im Bundestag derzeit die Diskussion über eine Grundgesetzänderung: FDP und Grüne arbeiten da - nach den, ich sage mal, etwas holprigen Jamaika-Verhandlungen - jetzt zusammen. Das ist auch richtig, denn man wird sie für eine Grundgesetzänderung brauchen. Sie werden sie einfordern und durchsetzen - ich weiß es, denn man braucht sie

ja -, damit wir dauerhaft den Bund in der Mitfinanzierung haben.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

So sehr wir uns auch bemühen, werden wir, wenn wir diesen Schritt nicht gehen, die Probleme in den Schulen und Hochschulen nicht bewältigen. Vor allem die Digitalisierung wird in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen notwendig machen. Der Digitalpakt der Bundesregierung reicht mit nur rund 40 Millionen € für die nächsten Jahre für Schleswig-Holstein nicht annähernd aus. Die Hochschulen wurden offenbar ganz vergessen. Ich hoffe, dass Sie im Rahmen des Hochschulpaktes eine Rolle spielen werden.

Meine Damen und Herren, eine entscheidende Grundvoraussetzung für die individuelle Freiheit in unserem Land bleibt ein starker, funktionierender Rechtsstaat. Deswegen setzen wir darauf, dass wir die Polizei und die Justiz stärken und nicht wie andere Bundesländer - zum Beispiel Bayern - bei den Sicherheitsgesetzen die Schraube überdrehen, sondern reale und nicht nur gefühlte Sicherheit schaffen und die Menschen nicht, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist, durch völlig übertriebene Sicherheitsgesetze verunsichern.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Es geht auch um die Ausstattung - nicht nur um die personelle Ausstattung - der Polizei und der Gerichte. Gerade bei der Polizei ist schon einiges passiert; da wird noch mehr kommen. Mit dem neu entstandenen Kompetenzzentrum Digitale Spuren werden wir auch in diesem Bereich das nötige Know-how bereitstellen. Die digitale Spurensicherung hilft nicht nur dabei, das Recht im digitalen Raum durchzusetzen, sondern ist für die Ermittlungsarbeit insgesamt von großer Bedeutung. Ich glaube, das ist ein großer Schritt nach vorn.

Staat und Gesellschaft - wir haben gestern darüber diskutiert - sind seit der Flüchtlingskrise mit gewaltigen Herausforderungen konfrontiert. Wir begegnen diesen Herausforderungen mit großem Gestaltungswillen. Humanität und Rechtsstaat sind eben kein Gegensatz, sondern sie bedingen einander. Darum schreiben wir die erfolgreiche Integrationsarbeit in Schleswig-Holstein fort. Da - das muss ich auch sagen - gibt es natürlich auch Erfolge der Vorgängerregierung. Das erkennen wir an, setzen es fort und entwickeln es weiter. Wir stärken die Justiz, um des Verfahrensbergs in den Gerichten endlich Herr zu werden. Denn jetzt sind all die Verfahren bei den Verwaltungsgerichten; wir müssen uns jetzt damit beschäftigen.

(Christopher Vogt)

Die Koalition schafft es also, die Stärkung von Infrastruktur, Bildung und Rechtsstaat mit einer seriösen Haushaltspolitik zu verbinden. Der vorliegende Haushaltsentwurf - das wurde schon gesagt - ist strukturell ausgeglichen. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wichtig ist, dass wir - gerade in konjunkturell guten Zeiten wie diesen - Augenmaß behalten und strukturelle Mehrausgaben nur dann tätigen, wenn sie auch langfristig finanzierbar sind. Das ist doch der entscheidende Punkt. Das ist verantwortliches Regierungshandeln und nicht: Alles auf einmal! - Das glaubt uns eh kein Mensch.

(Beifall FDP)

Leider sickern in den nächsten Jahren die Altverbindlichkeiten aus der HSH Finanzfonds AöR in den Landeshaushalt. Ich würde das gern auf einen Schlag ablösen; das ist aber zu teuer. Deswegen müssen wir es in mehreren Jahren abbilden. Es sind aber eben nicht die Schulden oder eine Neuverschuldung dieser Landesregierung, sondern Altverbindlichkeiten, die wir in den nächsten Jahren im Haushalt abbilden müssen. Das ist schmerzlich, aber leider unvermeidbar. Die Folge muss sein, dass sich ein solches Debakel nie wieder in der Geschichte unseres Landes wiederholt, sondern wir aus dem HSH-Debakel lernen. Das ist aus meiner Sicht der richtige Weg.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Man muss es auch deutlich sagen: Das Ganze erhöht in den nächsten Jahren auch die Zinslasten in gewissem Maße. Das nimmt uns Spielräume, aber wir müssen auch gucken, wie wir damit umgehen, dass wir trotzdem - auch wenn wir keine Haushaltsüberschüsse haben - bei den Investitionen ordentlich nachlegen. Man muss einen ausgeglichenen Haushalt haben und trotzdem in die Zukunft investieren. Alles andere wäre nicht generationengerecht.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, wir sollten auch sehen, dass unsere aktuell gute Haushaltslage vor allem mit dem Wirtschaftswachstum seit Jahren, entsprechend hohen Steuerzuwächsen und enormen Zinsersparungen zu tun hat.

Wenn wir uns die Zahlen von 2010 und 2011 angucken - Frau Heinold hat das gesagt -, sehen wir: Hätten wir diese Entwicklung nicht durchgemacht, hätten wir ganz andere Debatten in diesem Parlament. Das hat auch Herr Stegner zu Recht angesprochen; das kann man nicht verschweigen. Wir haben damals oft darüber nachgedacht: Wie werden

wir diesen Weg weiter beschreiten? Ich will mir gar nicht vorstellen, was für eine Lage wir im Land hätten, hätten wir weniger Lehrer und Polizisten. Deswegen ist das gut. Aber: Man kann dann nicht gleich versprechen: sofort beitragsfreie Kitas, sofort das volle Weihnachtsgeld, sofort Straßenausbaubeiträge abschaffen und so weiter. Man muss das schrittweise machen, damit es seriös ist, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Ich freue mich wirklich auf die Gegenfinanzierungsvorschläge der SPD-Fraktion zu all den Punkten, die sie in den letzten Monaten angekündigt haben. Die Rede des Oppositionsführers stammte so ein bisschen aus der Abteilung „faktenfrei und Spaß dabei“.

(Heiterkeit CDU)

Ich freue mich auf Ihre faktenreichen Gegenfinanzierungsvorschläge. Dann werden wir sehen, wer den Gestaltungsanspruch in diesem Land hat - und wer eben nicht.

Meine Damen und Herren, ich bin mir auch sicher, dass wir zur Steigerung der Attraktivität des Landesdienstes eine gute Lösung finden werden. Wir haben bei der Gewinnung von Fachkräften viel Konkurrenz, aber es ist entsprechend Vorsorge in der Finanzplanung des Landes getroffen worden - dreimal 3 % -, um am Ende ein überzeugendes Paket schnüren zu können. Da können sich ehemalige Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerparteien, Frau Raudies, auch mal ein bisschen etwas abschneiden und uns Vorschläge machen. Auch da: Machen Sie doch mal seriöse Vorschläge, dann freuen wir uns auf die Debatten. Dann wird es nicht langweilig.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf machen wir Schleswig-Holstein wieder ein Stück zukunftsfähiger. Das ist eine gute Basis für eine weitere erfolgreiche Regierungsarbeit. Wir freuen uns auf die Ausschussberatung - vor allem auf die Vorschläge der SPD. Ich glaube, das wird in den nächsten Jahren sehr gut so weitergehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Jörg Nobis, das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Frau Finanzministerin! Liebe Steuerzahler! Schon wieder ein trauriger Rekord: Das Land Schleswig-Holstein rechnet für das kommende Jahr mit bereinigten Einnahmen von 12,74 Milliarden € - einem Rekord. Davon werden voraussichtlich 10,57 Milliarden € aus Steuern kommen. Das ist traurig, weil jeder Euro dem Steuerzahler abgenommen wurde.

Die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland hat längst das Maß überschritten, für das der durchschnittliche Leistungsträger in diesem Land noch Verständnis aufbringt. Dabei herrscht natürlich Konsens darüber, dass der Staat zur Erfüllung seiner zahlreichen Aufgaben ausreichend Einnahmen generieren muss. Wir sind aber mittlerweile an einem Punkt angelangt, an dem durchschnittlich über die Hälfte des Einkommens vom Staat in Beschlag genommen wird. Der Steuerzahlergedenktag fiel dieses Jahr nämlich auf den 18. Juli. Was bis dahin zuvor erwirtschaftet wurde, wurde rein rechnerisch an den Staat und die Sozialversicherungen abgeführt.

Ihnen als Steuerzahlern gebührt daher mein besonderer Dank, dass Sie an 199 Tagen dieses Jahres so selbstlos Ihre gesamte Arbeits- und Schaffenskraft in den Dienst des Staates gestellt haben. Ich danke Ihnen, liebe Steuerzahler, dafür, dass Sie täglich ohne zu murren aufstehen und zur Arbeit gehen oder, falls Sie selbstständig tätig sein sollten, jeden Tag selbst und ständig arbeiten. Bis um 4:40 Uhr am 18. Juli diesen Jahres haben Sie - rein theoretisch natürlich, aber dafür praktisch vermutlich umso härter - ausschließlich für Vater Staat gearbeitet.

Nur zum Vergleich: In den USA fiel der Tax Freedom Day genannte Tag im Jahr 2018 auf den 19. April und liegt damit sogar noch fünf Tage früher als 2015 und zwei Wochen früher als im Jahr 2000. Da war der 3. Mai der amerikanische Steuerzahlergedenktag.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Doch selbst angesichts solcher aus deutscher Sicht geradezu paradiesischer Zustände würden wir das hier heute nicht kritisieren, wenn, ja, wenn Sie, Frau Ministerin, das zur Verfügung stehende Steuergeld sinnvoll einsetzten. Die Zustände in Jamaika

sind aber nicht paradiesisch. Sie geben das Geld für gelb-grün-orange-schwarze Lieblingsprojekte, für ideologische Fantasien aus

(Zuruf FDP)

und werfen schlechtem Geld immer weiter gutes hinterher. Das wird besonders deutlich im Umgang mit der Flüchtlingskrise:

(Zurufe CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Ah! - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Das muss jemand erwähnen! Das gibt es bei euch nicht!)

Ein ordentlicher dreistelliger Millionenbetrag geht nach wie vor für die Bewältigung der von Ihnen allen selbst mit verursachten und politisch mit zu verantwortenden Migrationskrise drauf. Das Preisschild für die Negierung von Recht und Gesetz durch die Bundesregierung und die tatkräftige Unterstützung auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident, weist mittlerweile allein hier im Land Schleswig-Holstein deutlich mehr als 1 Milliarde € aus.

Tun Sie jetzt bitte nicht so, als wäre das alles unvermeidbar gewesen. Nicht zuletzt haben viele Ministerpräsidenten wie Sie, Herr Günther, mit geradezu bedingungsloser Unterstützung der Frau Bundeskanzlerin aus einem ursprünglich eigentlich überschaubaren Problem eine handfeste Krise werden lassen, die ihresgleichen in der jüngeren deutschen Geschichte sucht.

(Beifall AfD)

Selbst wenn wir alle illegalen Zuwanderer in unserem Land als gegeben hinnähmen, wie es jetzt Wolfgang Schäuble fordert, stelle ich fest: Sie geben viel mehr für Asylbewerber aus, als notwendig wäre. Beispiele dafür finden sich im Haushaltsentwurf zur Genüge.

Sie geben 1,5 Millionen € zur „Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten“ aus - eine glatte Verfünfzehnfachung der Ausgaben seit 2017 -, weiter 4 Millionen € für die bundesrechtlich nicht vorgeschriebene „Förderung von Sprache, Erstorientierung und Kursabschlüssen“.

(Lars Harms [SSW]: Ausgezeichnet!)

Trotz Rückgangs der Zahl der Neuankömmlinge sollen sich die Ausgaben im Vergleich zu 2017 fast verdoppeln.

Ehrenamtliches Engagement fördern Sie mit Geldern für Personal- und Sachkosten.

(Beate Raudies [SPD]: Sehr gut!)

(Jörg Nobis)

Eine halbe Million Euro in einem Titel für die Koordinierung, eine weitere Million € für „Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Einrichtung von Beratungsstellen ‚Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe‘“,

(Beate Raudies [SPD]: Sehr gut!)

eine weitere Million für „Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen für die Einrichtung von Beratungsstellen ‚Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe‘“.

(Beate Raudies [SPD]: Bravo! - Demonstrativer Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

- Finde ich toll. Normalerweise bekomme ich nicht so viel Applaus. Ich finde das gut.

Wenn Sie denken, ich würde mich mit „Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe“ wiederholen - dem ist mitnichten so. Einmal mehr Geld an die Gemeinden und noch einmal an alle anderen Vereine, die auch gern Geld hätten.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Das haben wir schon verstanden!)

Für die Koordinierung des Ganzen kommt noch einmal eine weitere halbe Million Euro obendrauf, alles immer schön verteilt auf diverse Pläne und Titel.

Versuchen Sie, hier etwas zu verschleiern, Frau Ministerin?

(Dennys Bornhöft [FDP]: Was? Haushaltsklarheit!)

Haben Sie etwa Angst vor Ihrer eigenen Courage, dass der Bürger, der brave Steuerzahler es eines Tages nicht mehr lustig finden könnte, wofür Sie das Ihnen anvertraute Steuergeld verpulvern? Wenn Sie davor keine Angst haben, dann schreiben Sie doch offen und ehrlich eine Komplettsomme für nicht notwendige Kosten der Migrationskrise hinein.

(Beifall AfD)

Solange Sie dies nicht tun, helfe ich Ihnen gern weiter mit Positionen, die Sie da einfließen lassen sollten.

Sie spendieren den Kreisen und kreisfreien Städten 2 Millionen € für die Koordinierung von Integration und Teilhabe.

(Beate Raudies [SPD]: Sehr gut! - Beifall Lukas Kilian [CDU])

Schon der römische Philosoph Seneca sagte:

„Für den, der nicht weiß, welchen Hafen er anstrebt, ist kein Wind der Richtige.“

Sie wissen offensichtlich nicht, wo im Bereich der Integration der Zielhafen liegt.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Nur eines ist sicher: Integration ergibt nur bei Personen Sinn, die dauerhaft in Deutschland verbleiben sollen. Damit fallen per Definition schon alle Schutzsuchenden nach der Genfer Konvention aus dem Personenkreis heraus. Schutz vor Krieg und Vertreibung ist immer nur Schutz auf Zeit.

(Beifall AfD)

Das zeigt, dass Sie nicht nur nicht wissen, wo der Zielhafen liegt, sondern dass es mutmaßlich noch viel schlimmer ist: Sie steuern mit voller Absicht in den Untergang. Ihr Kurs ist falsch. Sie benötigen eine 180-Grad-Ausgabewende. Als Seemann erkläre ich Ihnen gern, wie das geht.

Integration ist nämlich Gift für eine erfolgreiche Rückföhrungspolitik. Sie tun damit den betroffenen Personen keinen Gefallen, der deutschen Bevölkerung sowieso nicht, und sie ist in diesem Zusammenhang reine Geldverschwendung. Anders sähe das aus, wenn Sie den Bürgern reinen Wein einschenken und ganz klar sagen würden: Wir wollen ganz viel ungesteuerte Einwanderung, dauerhaft, gerne aus fremden Kulturkreisen, auch schon mal mit mehreren oder minderjährigen Ehefrauen, egal, welcher Bildungshintergrund - alles egal, wir schaffen das! - Das wäre ehrlich. Wenn Sie das sagen, handeln Sie zwar nicht mehr zum Wohle des deutschen Volkes, es würde aber immerhin Ihre absurden Haushaltsfantasien im Bereich der Integration erklären.

(Beifall AfD)

Ein weiteres Beispiel gefällig? Dem Fass den Boden schlägt dann dieser Titel aus, den Sie sich ganz neu ausgedacht haben: Fast 2 Millionen € sollen für eine Einbürgerungskampagne ausgegeben werden. Diese Position ist in Gänze überflüssig. Das ist Steuergeldverschwendung.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Einbürgerung ist - wenn überhaupt - das Ergebnis, sozusagen der krönende Abschluss eines Integrationsprozesses. Wenn man die Einbürgerung allerdings wie sauer Bier anpreisen muss,

(Dennys Bornhöft [FDP]: Was?)

(Jörg Nobis)

zeigen die Regierung und die sie tragende Fraktionen damit, welchen geringen Wert sie der deutschen Staatsbürgerschaft beimessen.

Anders ausgedrückt: Wer erst durch Werbung auf die Idee gebracht werden muss, sich einbürgern zu lassen, sollte auf keinen Fall eingebürgert werden.

(Beifall AfD - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau!)

700.000 abgelehnte und damit bei nächster Gelegenheit ausreisepflichtige Asylbewerber werden deutschlandweit durch den Steuerzahler weiter alimentiert, und das trotz Defiziten in den Bereichen Bildung, Rente, Wohnen, Sicherheit und trotz gigantischer Schuldenlast von Bund und Land.

Aber nicht nur im Bereich Integration, Flüchtlinge und dergleichen geben Sie das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen aus. Mit 248.000 € bedenken Sie die LGBTTIQ-Sternchen-Lobbygruppen im Land.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Ein T zu viel!)

Ich empfehle Ihnen: Gehen Sie einmal auf die Straße und fragen Sie ganz normale Menschen,

(Zuruf CDU: Wie bitte? - Weitere Zurufe SPD)

ob sie Ihnen sagen können, wofür diese Buchstaben stehen. Wenn sie Nein sagen, erzählen Sie ihnen die Bedeutung und fragen erneut, ob sie gern mehr erfahren würden.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Sie können es nicht einmal richtig buchstabieren!)

Sie werden sehen, dass nicht überall, wo Randthemen einer breiten Menge nicht bekannt sind, zwingend Aufklärungsbedarf besteht, jedenfalls nicht staatlich verordnet und staatlich finanziert. Diese fragwürdige Finanzierung gilt es einzustellen. Dazu werden Sie von uns auch entsprechende Änderungsanträge zum Haushalt erhalten.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Im Bereich der inneren Sicherheit liegt der Kern des Problems nicht primär in der finanziellen Ausstattung. Zwar gibt es auch hier Nachholbedarfe, insbesondere im Vergütungssystem im Hinblick auf die Wertschätzung der Arbeit von Polizei und Justiz. Hier geht es insbesondere darum, seitens der Landesregierung gemachte Versprechen einzuhalten. Glaubwürdigkeit muss wieder Einzug halten. Im Alltag geht es vielmehr darum, dass die Arbeit insbesondere der Polizei auch in einen tatsächlichen Erfolg mündet. Der rechtsstaatliche Dreiklang von

Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten muss wieder hergestellt werden.

(Beifall AfD)

An anderer Stelle stehen wir grundsätzlich an Ihrer Seite, auch wenn es um Mehrausgaben geht. Gerade in der Bildung gibt es erheblichen Nachholbedarf, wie ein Blick in aktuelle Statistiken zeigt. Trotz minimaler Verbesserungen beim Bildungsmonitor 2018 belegt Schleswig-Holstein den letzten Platz im Vergleich zu allen anderen Bundesländern im Feld Hochschule/MINT.

In Schleswig-Holstein gibt es die wenigsten Hochschulabsolventen in den wichtigen MINT-Fächern, also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Der MINT-Anteil am wissenschaftlichen Hochschulpersonal ist der niedrigste von allen Bundesländern. Wir reden hier über die Fächer, die einerseits einen guten Job geradezu garantieren und andererseits auch für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein von größter Bedeutung sind. Ohne qualifizierte Nachwuchskräfte gehen Unternehmen in andere Länder oder siedeln sich erst gar nicht bei uns an.

Das haben Sie vordergründig auch erkannt und haben für dieses Jahr 150.000 € zur Stärkung der Naturwissenschaften bereitgestellt, begründet richtigerweise mit der hohen Nachfrage nach MINT-Absolventen. Das ist erstens leider nicht viel mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein und wirft zweitens die Frage auf, warum Sie hier auf dem gleichen Stand verharren und für 2019 weiterhin nur diese 150.000 € veranschlagen. Hier könnten Sie einmal zielgerichtet die Naturwissenschaften stärken. Stattdessen: Steigerung 0 %. Das ist symptomatisch für Ihre Bildungspolitik.

(Beifall AfD)

Aber auch in anderen Fächern, allen voran in der Sekundarstufe II, sind die Betreuungsbedingungen schlecht. Trotz Ihrer großspurig angekündigten Bildungsoffensive liegt die Betreuungsrelation in Schleswig-Holstein bei rechnerisch 15,4 Schülern pro Lehrer und damit dem schlechtesten Wert aller Bundesländer.

Die Liste ließe sich fortsetzen: Die IT-Ausstattung der Schulen ist beispielsweise ebenso unterdurchschnittlich wie die medienbezogenen Kompetenzen der Lehrkräfte. Die vermeintliche Bildungsoffensive von Frau Ministerin Prien ist nach alledem nicht viel mehr als ein verzweifelter Schwenk mit der roten Laterne.

(Jörg Nobis)

Selbstverständlich ist uns klar, dass Sie hier das schwere Erbe jahrzehntelanger, überwiegend sozialdemokratischer Misswirtschaft vorgefunden haben, und wir sind froh, dass das Bildungsministerium nun nicht mehr im Würgegriff von linksgrünen Gleichmachern und Realitätsverweigerern ist.

(Lachen Beate Raudies [SPD] und Sandra Redmann [SPD])

Wir erkennen an, dass Sie die Benotung und die Schulempfehlung wieder eingeführt haben,

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

dass Sie die endgültige Auflösung eines differenzierten Schulsystems verhindert haben und auch im Bereich der Inklusion nicht den ideologischen Tagträumen von Herrn Habersaat und anderen folgen.

(Beifall AfD)

Dennoch: Nur auf die Gesamtzahl der Schüler zu schauen, reicht nicht; denn im Detail wird schnell klar, wofür Sie das Geld im Bildungsetat ausgeben. Viele Migranten bedeuten eben auch im Bildungsbereich viele Probleme und neue Herausforderungen. Neue Lehrer für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache helfen den hier schon länger Lernenden nur indirekt durch homogenere und kleinere Lerngruppen. Aber das als Bildungsoffensive zu verkaufen, ist Etikettenschwindel.

Allein 30 Ihrer neuen Stellen schaffen Sie für die notwendige Beschulung von Flüchtlingskindern. Insgesamt geben Sie für die planmäßigen Beamten für schulpflichtige Flüchtlinge über 62 Millionen € aus, 13,4 % mehr als im Vorjahr. Das ist nur einer von vielen „importierten“ Haushaltstiteln.

Das, meine Damen und Herren, sind die bildungspolitischen Folgeprobleme Ihrer Migrationsagenda. Aber um es einmal klar zu sagen: Das werfen wir nicht den schulpflichtigen Flüchtlingen vor, sehr wohl aber Ihnen, Frau Ministerin und Herr Ministerpräsident, liebe Kollegen von den Konsensparteien. Den Bürgern wird es jeden Tag bewusster: Die Migrationskrise kostet Steuergeld und belastet den Haushalt auch hier bei uns auf Jahre hinaus.

Auch hier ist die Feststellung entscheidend: Haushalterische Spielräume verengen sich durch die immensen Kosten der Migrationskrise. Unter der Prämisse, die wir hier schon häufiger gehört haben „Die sind jetzt nun mal alle hier“, sind diese Kosten unvermeidbar. Uns von der AfD, meine Damen und Herren, ist Ihr Traum vom „Wir schaffen das!“ zu klein. Wir sehen ein Deutschland, das die unkontrollierte Zuwanderung über das Asylrecht endlich

stoppt, konsequent zurückführt und nicht zwangsneurotisch nach immer weiterer Integration ruft.

Unser Denken geht weiter. Wir wollen die Zukunft dieses Landes so gestalten, dass wir zurückkehren zu Recht und Ordnung, zu Werten und einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung. Davon profitiert dann das ganze Land, natürlich auch der Bildungsbereich.

Die Schwerpunktsetzung in der Bildungspolitik zeigt vorerst nur eines: Diese Regierung ist der Kompass abhandengekommen. Sie investieren an den falschen Stellen und setzen an anderer Stelle die Zukunftsfähigkeit des Landes aufs Spiel.

Frau Heinold, eben sagten Sie, Ihr Haushalt befinde sich „am Puls der Zeit“, anders ausgedrückt, im Hier und Jetzt. Das klang im Frühjahr noch anders. Damals sagten Sie zum Haushalt 2018: „Unser Haushalt atmet Zukunft.“ - Nein, Frau Heinold, Ihr Haushalt atmet keine Zukunft. Ihr Haushalt nimmt der Zukunft den Atem.

(Beifall AfD - Oliver Kumbartzky [FDP]:
Jetzt reicht es aber!)

Meine Äußerung aus dem Februar dieses Jahres, dass eine sinnvolle Verwendung der Haushaltsmittel bei gleichzeitiger Schuldentilgung das Gebot der Stunde sein sollte, um ein karibisches Laissez-faire in der Haushaltspolitik zu vermeiden, hat leider unverändert Gültigkeit. Angesichts der mehr als nur guten Einnahmesituation wäre die Landesregierung gut beraten, nicht nur in Sondervermögen zu investieren, sondern ganz konkret auch in die Konsolidierung der Landesfinanzen. Das heißt auf Deutsch Schuldentilgung, Frau Ministerin. Schleswig-Holstein bleibt das am zweithöchsten verschuldete Flächenland. Sie selbst haben im März 2018 in diesem Hohen Haus noch vorgetragen - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

(Dennys Bornhöft [FDP]: Der Präsidentin!)

- Präsidentin? Dann hat der Vorsitz gewechselt. Entschuldigung.

„Wir wollen uns dieser Herausforderung stellen, wir wollen nicht mehr Schulden machen, sondern Schulden tilgen, mit unserem Geld auskommen, in Verantwortung für die zukünftigen Generationen.“

Das haben Sie uns hier im März 2018 gesagt. Schon ein halbes Jahr später muss ich feststellen: Das waren reine Lippenbekenntnisse, Sie handeln verantwortungslos. Sie verspielen die Zukunft unseres Landes, Sie riskieren die Zukunftsfähigkeit

(Jörg Nobis)

Schleswig-Holsteins, Sie machen Politik auf Kosten zukünftiger Generationen. Ihr Haushaltsentwurf zeigt deutlich, dass Sie das mit der Schuldentilgung nicht ernst gemeint haben.

Das hat bei Ihnen leider Tradition. Der Jahresüberschuss 2017 betrug 600 Millionen €. Davon haben Sie nicht einmal ein Fünftel für die Schuldentilgung verwendet. Noch 2016 waren es mit 385 Millionen € mehr als dreimal so viel.

Ihr Haushaltsentwurf für 2019 ist noch katastrophaler. Eine Nettoschuldentilgung ist trotz bester Einnahmesituation gar nicht mehr vorgesehen. Sie lassen die Ausgaben um 5 % steigen, aber ein auch noch so kleiner Wille zum Sparen ist leider nicht erkennbar.

Geld ist nach wie vor der Kitt, der Jamaika zusammenhält. So verwundert es auch nicht, dass die enormen Mehreinnahmen in Höhe von 598 Millionen € gegenüber dem Soll 2018 auch gleich wieder verausgabt werden. Die bereinigten Ausgaben steigen nämlich sogar um 605 Millionen €. Dass wir eigentlich ein Konsolidierungsland sind - Schwamm drüber! Wer spart, verliert, könnte man meinen. Es ist doch wunderbar: viele Menschen in Arbeit, die Zinsen niedrig. Da erscheint Haushaltsdisziplin entbehrlich.

Die Schuldenuhr im Landtag, das Kieler Paradoxon, hat nur einmal ganz kurz, fast unbemerkt, einen satten Sprung nach oben gemacht, als ein Teil der Belastungen aus dem HSH-Desaster in den Kernhaushalt übernommen wurde. Die Schuldenuhr zeigt es sehr schön. Sie läuft das ganze Jahr rückwärts, mit über 5 € pro Sekunde, und am Ende des Jahres steht das Land noch schlechter da als je zuvor.

Dass diese Regierung nicht die Verantwortung dafür trägt, dass jetzt alte HSH-Haftungszusagen gezogen werden, ist auch uns klar.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Ah!)

Es ist aber sehr wohl die Verantwortung der Landesregierung, den Haushalt so auszurichten, dass er diese Bürde auch tragen kann.

Meine Damen und Herren, es ist richtig, die Infrastruktur zu modernisieren. Aber bei diesen Mehreinnahmen die Schuldentilgung auf null zu fahren, ist fahrlässig. Das Einhalten der Schuldenbremse ist nicht Ihr Verdienst, Frau Ministerin, sondern ist ausschließlich im aktuellen Zinsniveau und der guten Konjunktur begründet. Eine Konsolidierung findet nicht statt. Ihr Haushalt gibt keine Luft zum Atmen, Ihr Haushalt erdrosselt die fiskalische Hand-

lungsfähigkeit zukünftiger Landesregierungen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Vorsitzenden Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, heute kann man erstmals die Arbeit der Jamaika-Koalition über einen längeren Zeitraum bewerten. Knapp anderthalb Jahre sind sicherlich ein Zeitraum, in dem man nicht mehr nur auf dem aufbaut, was die Vorgängerregierung begonnen hat, sondern in dem man auch den einen oder anderen eigenen Schwerpunkt sehen und bewerten kann.

Betrachtet man den reinen Haushalt, so kann man sagen, dass die Lage wohl eher noch besser geworden ist als in den Jahren zuvor. Es gibt genügend Spielräume, und somit ist es auch klar, dass eines der wichtigsten Versprechen, das die gesamte Politik gegeben hat, eingelöst werden kann. Ich spreche von der Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für unsere Beschäftigten.

(Beifall SSW und Beate Raudies [SPD])

Ja, meine Damen und Herren, das kostet im Endeffekt 140 Millionen €, aber ebenfalls gilt: Ja, das kann aus dem Haushalt heraus geleistet werden. Nach unserer Auffassung müssen gegebene Versprechen gehalten werden, und wir haben als Politik unseren Beschäftigten gegenüber gesagt, dass wir dann, wenn die finanzielle Situation sich markant verbessert, auch das Weihnachtsgeld wieder auszahlen - und die finanzielle Situation hat sich nun markant verbessert.

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb muss es mindestens einen Einstieg in die Wiederaufnahme der Sonderzahlung geben, und damit dürfen wir nicht bis nächstes oder übernächstes Jahr warten. Die Koalition hat eine Verantwortung gegenüber den Beschäftigten, und dieser wird sie derzeit noch nicht gerecht. Das zeigt sich auch bei der Lehrerbildung. Es kann nicht sein, dass Grundschullehrer immer noch weniger verdienen als ihre Kollegen an den weiterführenden Schulen. Die Grundschullehrer legen die Grundlagen für die Arbeit an den wei-

(Lars Harms)

terführenden Schulen, und sie machen hier alle einen richtig tollen Job.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es mehr als ungerecht, dass die Grundschullehrer immer noch weniger verdienen. Damit muss Schluss sein, aber auch hier nimmt die Jamaika-Koalition ihre Verantwortung nicht wahr.

Überhaupt glaube ich, dass es notwendig ist, dass wir uns einmal darüber Gedanken machen, ob es nicht zielführend ist, den Staat noch mehr zu stärken. Der Irrweg der Sparzwänge, der viele Bereiche der Gesellschaft in Mitleidenschaft gezogen hat, muss endlich beendet werden. Wir brauchen gute und faire Löhne, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können und damit die Menschen später auch eine Rente haben, von der sie leben können.

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle Schichten. Wir brauchen eine bessere Pflege und ein besseres Krankensystem, und dazu müssen wir in Deutschland, aber auch europaweit endlich eine gerechtere Besteuerung gerade von internationalen Konzernen einfordern. Und wir brauchen mehr personelle und finanzielle Ressourcen, um die Integration von Flüchtlingen und Migrantinnen noch besser voranzubringen. Am Ende brauchen wir noch mehr Ressourcen für unseren Rechtsstaat. Wir brauchen nämlich weiterhin einen wehrhaften Rechtsstaat, der die Demokratie schützen kann. Wir haben hier manchmal ein Defizit, wie insbesondere die Ereignisse in Sachsen zeigen.

Über Jahrzehnte wurde bei der Polizei und bei den Strafverfolgungsbehörden genau wie in vielen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens viel zu stark gespart. Natürlich haben wir in den letzten fünf Jahren daran schon etwas geändert, aber, meine Damen und Herren: Durch die Tatsache, dass wir überall im öffentlichen Bereich Schwierigkeiten haben, die Dinge, die wir hier eigentlich beschließen, auch wirklich anbieten zu können, wird deutlich, dass in Wahrheit das Wegsparen von staatlichen Strukturen die Mutter aller Probleme in Deutschland ist und nicht die Migrantinnen.

(Beifall SSW und SPD)

Dazu gehört natürlich auch, dass die Demokratie sich gegen diejenigen wehrt, die sie abschaffen wollen. Deshalb fordert der SSW eine konsequente gesellschaftliche Bekämpfung von extremistischen Gruppen, insbesondere von Neonazis, der Identitären Bewegung oder auch von Reichsbürgern. Der Kollege Nobis hat gerade eben wunderbar aufge-

zählt, welche tollen Ansätze die Landesregierung in diesem Bereich verfolgt. Wir sind eigentlich ganz froh, dass diese Politik, egal, wer regiert, in diesem Bereich weitergeführt wird, und das werden wir auch weiterhin sehr unterstützen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir fordern nämlich eine konsequente strafrechtliche Verfolgung von extremistischen Straftaten gleich welcher Art. Dazu gehört auch eine bessere Personalausstattung der Polizei und der Gerichte in Schleswig-Holstein, denn diese verteidigen die Demokratie für uns. Deshalb haben wir schon bei den letzten Haushaltsberatungen gefordert, dass bei den Gerichten, den Staatsanwaltschaften, den Justizvollzugskräften und auch bei der Polizei vorgesehene Stellenstreichungen zurückgenommen werden.

Zwar hat die Landesregierung hier durchaus etwas getan, was wir auch sehr begrüßen, aber da geht unserer Meinung nach noch mehr, denn viele Bürgerinnen und Bürger sind besorgt über die aktuellen Entwicklungen. Wir als SSW nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, die befürchten, dass unsere Gesellschaft auseinanderfällt, wirklich sehr ernst. Unsere Antwort muss deshalb sein, dass wir den Rechtsstaat durchsetzen müssen und dass wir eine echte soziale Gemeinschaft weiterführen - eine Gemeinschaft, für deren Wohlergehen und Erfolg sich alle im Land verantwortlich fühlen. Das wollen die Menschen und nicht weiteren Unfrieden in unserer Gesellschaft. Dafür sind eben auch Ressourcen für Polizei und Justiz sicherzustellen, und da ist noch Luft nach oben.

Aber wenn wir schon über eine soziale Gemeinschaft reden, dann muss klar sein, dass wir eine soziale Gemeinschaft nur haben werden, wenn die Leute einen fairen Lohn bekommen, und danach sieht es nicht mehr aus, wenn man zukünftige öffentliche Ausschreibungen betrachtet. Das Tarifreuegesetz soll durch CDU, FDP und Grüne abgeschafft werden. Die öffentliche Hand soll wieder Aufträge zu niedrigeren Löhnen ausschreiben können, als sie selbst bezahlt. Damit fallen nicht nur öffentliche Jobs weg, sondern es wird der Wirtschaft auch noch Kaufkraft entzogen, und unsere kleinen und mittleren Unternehmen sind dann die Gelackmeierten, weil diese noch vernünftige Tarife bezahlen, die durch auswärtige Großkonzerne jetzt unterboten werden dürfen. Das ist nicht etwas, was zum sozialen Zusammenhalt beiträgt. Im Gegenteil, das ist unsozial.

(Lars Harms)

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, eine solche Politik macht genau das zunichte, was sich eigentlich im Haushalt gut liest, denn es ist richtig, dass wir die HAKI noch stärker fördern. Hier werden recht große Schritte gemacht, gerade bei der finanziellen Förderung, aber diese Schritte sind auch richtig, weil wir in diesem Feld immer noch weit hinter der eigentlichen gesellschaftlichen Entwicklung hinterherhinken.

Ähnlich ist es mit der Förderung der PETZE. Es ist schön, dass Sie im letzten Jahr unseren Antrag zum Haushalt mit unterstützt haben und dass die Förderung der PETZE jetzt auch verstetigt wird. Wir glauben, dass Gewaltprävention leider ein dauerhaftes Thema bleiben wird und dass wir deshalb neue Strategien erarbeiten müssen, und genau hier macht die PETZE wirklich eine hervorragende Arbeit.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch dass die Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe ab 2019 stärker gefördert werden soll, wie wir es schon im letzten Jahr beantragt hatten, zeigt, dass Sie sich anscheinend durchaus mit Vorschlägen der Opposition positiv auseinandersetzen. Es ist schön, dass man in solchen wichtigen Fragen auch auf einen gemeinsamen Nenner kommen kann. Das erwarten wir aber auch, wenn es um konkrete Gesetzesinitiativen in diesem Bereich geht.

Wir haben einen Gesetzentwurf für ein Wohnraumschutzgesetz eingebracht, der in der Anhörung durchweg gute Kritiken bekommen hat. Natürlich wird es noch Änderungen am Gesetzentwurf geben können, das ist klar, und wir als SSW sind natürlich bereit, mit allen demokratischen Parteien zusammenzuarbeiten und zu gucken, ob man etwas Gemeinsames hinkommt. Für uns ist es aber wichtig, dass den Kommunen hier ein Instrumentarium gegeben wird, um gegen schwarze Schafe auf dem Wohnungsmarkt auch wirklich vorgehen zu können. Das muss eigentlich das Ziel von uns allen sein, und das wäre auch eine sehr gute Ergänzung zur Wohnungsbauförderung und zur Wohnungslosenhilfe, die im Haushalt verankert sind.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, auch in der Minderheitenpolitik können wir sehen, dass sich hier weiterhin etwas bewegt. Wir haben gerade eine Änderung des Landesverwaltungsgesetzes beschlossen, die es nun auch Angehörigen der dänischen Minderheit

ermöglicht, sich in dänischer Sprache an Behörden in Kiel zu wenden. Wir wissen wohl zu schätzen, dass hier ein SSW-Gesetzentwurf aus der Oppositionsrolle heraus unverändert beschlossen wurde, was sicherlich immer noch ungewöhnlich in Deutschland ist.

Wir glauben allerdings auch, dass wir noch weitere Schritte machen können. Die Landesregierung hat gerade mitgeteilt, dass sie eine Nachmeldung von Bestimmungen der Sprachencharta befürwortet. Wir sind hier in der abschließenden Phase der Beratungen, und ich hoffe, dass wir auch hier einen gemeinsamen Beschluss hinkommen können. Gleiches gilt für unseren Antrag, die Minderheiten in das Grundgesetz aufzunehmen. Auch hier war die Anhörung eindeutig positiv, und wir hoffen, dass sich in anderen Bundesländern noch Mitstreiter finden lassen.

Es gibt aber auch Dinge, die wir hier im Land selbst regeln können. Dazu zählt die Einrichtung einer Stiftung für das friesische Volk, die nun hoffentlich in diesem Jahr noch gesetzgeberisch in Gang gesetzt werden kann. Wichtig dabei ist es, dass wir durch die Gründung der Stiftung noch mehr Mittel für friesische Projekte freisetzen können, ohne dabei die bestehenden Förderungen abzuschmelzen. Aber auch hier habe ich den Eindruck, dass dies gut gelingen kann.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wille ist sicherlich da. Das zeigen auch die Gleichbehandlung der Jarplund Højskole mit den anderen Weiterbildungsstätten, deren Förderung erhöht wurde, und die nochmalige Erhöhung des Zuschusses für den SSF. Wenn jetzt die Verhandlungen über eine Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der dänischen Kulturorganisation positiv abgeschlossen werden können, wäre dies ein weiterer wichtiger Schritt in der kontinuierlichen Minderheitenpolitik unseres Landes.

Im Übrigen begrüßen wir es, dass die Landesregierung angekündigt hat, neue Grundlagen für eine transparente Kita-Finanzierung zu schaffen. Es wird in der Tat notwendig sein, die Qualität weiter zu erhöhen. Das geht durch eine Verbesserung des Fachkräfteschlüssels.

Auch die Kommunen müssen entlastet werden, obwohl deren finanzielle Situation höchst unterschiedlich sein kann. Wenn aber die Kommunen entlastet werden, dann muss es möglich sein, die Beiträge der Eltern zu begrenzen. Ob die geplante Beitrags-

(Lars Harms)

Höchstgrenze funktionieren kann, werden wir sehen. Wir hoffen es sehr.

Für uns ist es aber immer noch wichtig, dass es das Bestreben der Politik sein muss, dass in Zukunft überhaupt keine Beiträge mehr für die Kita erhoben werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bildung ist ein Menschenrecht und muss für jeden Menschen frei zugänglich sein. Für uns als SSW fängt Bildung schon in der Kita an.

Aber auch bei der zukünftigen Kita-Förderung liegt der Teufel sicherlich im Detail, und wir verschließen uns einer konstruktiven Debatte nicht. In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf zwei Dinge hinweisen, die im Rahmen der Definition einer Standard-Kita und der damit verbundenen Standard-Finanzierung so möglicherweise nicht berücksichtigt werden können:

Zum einen sind die Herausforderungen durch die Migration in verschiedenen Kitas durchaus unterschiedlich. Wir wünschen uns, dass die Kitas, die besonders davon betroffen sind, auch in Zukunft eine besondere Förderung aus einem besonderen Topf bekommen können. Diese große Herausforderung können wir nicht innerhalb eines pauschalen, allgemeinen Ansatzes lösen.

Das Gleiche gilt vom Prinzip her für die Förderung der Regional- und Minderheitensprachen. Auch diese Förderung findet nicht überall in gleichem Maße statt. Die Förderung muss weiterhin separat erfolgen, auch und gerade vor dem Hintergrund, dass diese zusätzlichen Mittel eine Motivation für die Sprachförderung darstellen und man sich ansonsten eines guten Instruments der Motivation berauben würde. Das darf nicht geschehen. Deshalb muss es auch im Rahmen der neuen Kita-Finanzierung möglich sein, Kitas, die in besonderer Weise Migrationsherausforderungen angehen und die unsere Regional- und Minderheitensprachen vermitteln, besonders außerhalb der eigentlichen Grundförderung zu fördern.

(Beifall SSW)

Kommen wir nun zu einem Thema, dass bisher nur von Pleiten, Pech und Pannen begleitet wurde - die Verkehrspolitik. Sie können sich sicherlich erinnern, was ich an dieser Stelle immer wieder gesagt habe: Wenn man keine Planer bekommen kann, dann wird es schwierig, Projekte rechtzeitig umzusetzen. Das ist verständlich. Zu dieser Aussage stehe ich natürlich immer noch.

Allerdings waren die Ansagen seitens des Verkehrsministers durchaus forsch: Die B-5-Planung und der A-20-Weiterbau sollten eigentlich so nebenher gehen. Wie wir jetzt aber feststellen, passiert bei der B-5-Umgehung von Hattstedt gar nichts. In der Planung kommt man kaum weiter; die Gespräche mit den Anliegern scheinen ins Stocken geraten zu sein. Wir können also feststellen, dass hier zwar viel Staub aufgewirbelt wurde, aber wenn sich dieser gelegt hat, ist trotz Ankündigungen immer noch nichts passiert.

Genauso ist es mit der A 20: Wir wissen, dass die vollmundigen Versprechungen der Regierung nicht eingehalten werden können und wir auch hier nicht entscheidend weiterkommen.

Wenn man schon nichts tun kann - das will ich Ihnen durchaus zugutehalten -, dann kann man doch zumindest an anderer Stelle schon einmal unbürokratisch handeln. Aber auch hier Funkstille! Zwar werden die Baustellenplanungen der alten Landesregierung zur A 7 jetzt so umgesetzt, wie sie geplant waren - das ist auch gut so -, aber weiter passiert dann eben doch nichts. Wir hatten zum Beispiel vorgeschlagen, den Verkehr auf dieser Autobahn mit Hilfe eines zeitlich begrenzten Lkw-Überholverbots zu entzerren. Das wurde seitens der Regierungskoalition abgelehnt und stattdessen eine Untersuchung zu intelligenten Verkehrsleitsystemen für die A 7 angekündigt. Seither ist es merkwürdig still um diese Sache geworden. Bisher passiert gar nichts!

Das gilt übrigens auch für die Marschbahn. Es ist natürlich nett, wenn man der Deutschen Bahn Straf-gelder aufbrummt; blöd ist es nur, wenn diese trotzdem nichts bewirken. Die Bahn hat immer noch Verspätung. Die Strecke ist immer noch mit verschiedenen Anbietern beim Autozug verstopft. Die Waggons sind immer noch überfüllt und alt. Trotz Strafzahlungen setzt der Verkehrsminister eben doch keine nachhaltige Verbesserung durch. Das ist derzeit Fakt. Da hilft es dann auch nicht, wenn man versucht, eine komplette Zweigleisigkeit dieser Strecke zu bekommen, aber nur die Zusage für ein paar hundert Meter Ausweichgleise in ein paar Jahren erhält. Das ist definitiv zu wenig!

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss wohl auf Bundesebene richtig Gas geben, damit sich hier endlich etwas verändert. Nach unserer Auffassung muss der Ministerpräsident dies jetzt zur Chefsache machen. Die Menschen an der

(Lars Harms)

Westküste haben schon genug markige Sprüche gehört. Nun darf auch gern etwas passieren.

Apropos passieren: Es ist dringend notwendig, dass auch bei der Schlei etwas passiert.

(Beifall SSW)

Man hat vor Ort ein Gutachten erstellt, das aussagt, dass es eines umfassenden Konzeptes zur Verbesserung der Situation der Schlei bedarf. Ausbaggern ist eine kurzfristige Maßnahme, die ohnehin angegangen werden muss und die man auch sehr kurzfristig angehen kann. Es ist aber auch notwendig, die Schadstoffeinträge in der Nachbarschaft der Schlei einzudämmen. Dazu bedarf es Absprachen mit den Landanliegern, insbesondere mit den Landwirten. Solche Maßnahmen sind aber teuer.

Natürlich kann das Land das Konzept des Kreises per Gutachten noch einmal gegenchecken; das ist total okay. Trotzdem müssen wir kurzfristig Gelder zur Verfügung gestellt werden. Das Konzept spricht von 5 Millionen € jährlich, die angeblich benötigt werden. Bisher findet sich noch nichts über konkrete Maßnahmen im Haushalt. Wir meinen aber, dass man so schnell wie möglich Mittel zur Sanierung der Schlei zur Verfügung stellen muss. Wie gesagt, wir sind in der Lage, jetzt schon auszubaggern. Diese Ausbaggerungen kann man machen, kosten aber Geld. Dieses Geld kann man in den Haushalt einstellen. Man kann auch Verpflichtungsermächtigungen vorsehen, dass man auch zukünftig Maßnahmen dort begleiten will. Das ist dringend notwendig, gerade vor dem Hintergrund, dass wir alle uns dem Umweltschutz verpflichtet fühlen sollten.

(Beifall SSW)

Meine Damen und Herren, ähnlich sieht es bei den Tierheimen aus. Es ist natürlich gut, dass man in den letzten Haushaltsberatungen unserem Ansinnen gefolgt ist, die Tierheime erstmals zu fördern. Die Gelder, die zur Verfügung gestellt worden sind, sind aber nur ein Anfang. Eigentlich waren diese Gelder nur für einen Zeitraum nach der Erstellung einer entsprechenden Richtlinie gedacht, also für rund ein halbes Jahr. Will man nun ein Jahr lang fördern, müssten die Beträge mindestens verdoppelt werden. Aber eigentlich brauchten wir noch viel mehr Geld für die Tierheime. Die Investitionsbedarfe für die nächsten Jahre werden auf rund 2 Millionen € geschätzt. Deshalb müssen wir auch hier mehr tun, als Jamaika bisher bereit war zu tun.

Kommen wir abschließend noch zu den bildungspolitischen und den kulturellen Herausforderungen. Dass wir nicht jeden eingeschlagenen Weg in der

Bildungspolitik positiv sehen, ist, glaube ich, bekannt. Insbesondere die getrennte Ausbildung von Lehrern ist ein Rückschritt. Wir haben immer noch keine richtige Lösung, wie wir in den Mangelfächern, zum Beispiel in den MINT-Fächern oder auch in Philosophie, die offenkundig vorhandenen Bedarfe adäquat abdecken können. Wir sehen aber, dass wir als Land Schleswig-Holstein im internationalen Vergleich bei der Digitalisierung in der Schule abgehängt werden. Die skandinavischen Länder sind insoweit viel weiter; das gilt auch für unser Nachbarland Dänemark. Hier müssen wir viel stärker in die Aus- und Weiterbildung der Lehrer investieren und endlich dafür Sorge tragen, dass auch die technische Ausstattung an den Schulen verbessert wird. Unser Maßstab darf nicht der deutsche Maßstab sein, sondern für uns muss der internationale Maßstab gültig sein. Schüler müssen sowohl in der Schule als auch zuhause digital lernen können. Wir müssen es ermöglichen, dass räumliche Entfernungen auch digital überbrückt und somit Kurse auch digital angeboten werden können, wenn die Mindestzahl von Schülern für einen Kurs oder einen Schwerpunkt sonst möglicherweise nicht erreicht werden kann. Das würde die Vielfalt stärken. Ich glaube, wir können insoweit noch viel von anderen Ländern lernen.

Auch im kulturellen Bereich müssen wir neue Schwerpunkte setzen und gleichzeitig Bestehendes weiterentwickeln. Wir meinen, dass es dringend geboten ist, die Soziokultur zu stärken. Wir reden hier von einer sehr bodenständigen und vor allem niedrigschwelligen Kultur. Der SSW hat schon in den letzten Haushaltsberatungen dafür geworben, den Ansatz für die Soziokultur zu erhöhen. Bisher ist dies nicht gelungen. Es wäre wirklich dringend notwendig, diese basisorientierte Kultur besser zu fördern.

(Beifall SSW)

Genauso förderwürdig ist die Förderung der grenzüberschreitenden Kultur. Hier wird derzeit noch ein Zuschuss für Kulturprojekte in der Region Sønderjylland/Schleswig gewährt. Aber die Förderperiode läuft demnächst aus. Daher ist es wichtig, nicht in diesem Haushalt, aber schon jetzt ein klares Signal zu senden, dass man bereit ist, hier auch in Zukunft in die Förderung einzusteigen;

(Beifall Regina Poersch [SPD])

denn die kulturellen Projekte in der deutsch-dänisch-friesischen Grenzregion sind ein Erfolgsmodell und ebenfalls ein Beispiel sehr bodenständiger

(Lars Harms)

und wirklich menschnaher Kulturpolitik. Ich glaube, daran sollten wir alle festhalten.

(Beifall SSW und SPD)

Für den SSW ist es wichtig, dass wir den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Das, meine Damen und Herren, macht die Bürgerinnen und Bürger resistent gegen rechtsextremistische und andere extremistische Umtriebe. Deshalb ist es wichtig, dass es faire Löhne gibt, der Rechtsstaat personell und sachlich gut ausgestattet ist, das Bildungssystem offen für alle ist und wir Kultur und Minderheiten fördern. Damit zeigen wir, dass wir eine offene Gesellschaft sind. In diesem Sinne werden wir uns konstruktiv in die Haushaltsberatungen einbringen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung 13:31 Uhr bis 15:04 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf die Sitzung wieder eröffnen. Wir begrüßen gemeinsam auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages die Volkshochschule Leck mit Bürgerinnen und Bürgern aus Nordfriesland sowie Schülerinnen der Gemeinschaftsschule an der Lecker Au sowie die Kreisgruppe der leitenden Verwaltungsbeamten aus dem Herzogtum-Lauenburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Wir steigen jetzt wieder in die Beratung ein und beginnen mit der Runde der finanzpolitischen Sprecher. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die Reihen auf der linken Seite noch etwas leer sind, will ich doch gleich

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

zur Sache kommen. Dieser Haushaltsentwurf ist mit 450 Millionen € aus der Inanspruchnahme einer Rückgarantieversicherung durch die hsh finanzfonds AöR belastet. Darum sprechen wir heute über

einen Haushaltsentwurf, der trotz günstiger Rahmenbedingungen eine Nettokreditaufnahme von 298 Millionen € vorsieht. Mir ist es wichtig, dies am Anfang zu erwähnen, weil es zeigt, wie schwer dieses Thema das Land belastet; denn ohne diese Belastung wäre eine Nettotilgung in Höhe von 152 Millionen € ohne Weiteres möglich gewesen. Diese Zahlen verdeutlichen vor allem eines: Der Landesregierung ist es trotzdem gelungen, einen soliden Haushaltsentwurf vorzulegen. Dafür schon einmal vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Entwurf ist formal solide, weil er strukturell ausgeglichen ist. Ich erwähne es gern noch einmal: Ohne die Lasten der Vergangenheit wäre eine Tilgung in Höhe von 152 Millionen € der Altschulden möglich gewesen. Inhaltlich ist der Haushaltsentwurf solide, weil er die richtigen Schwerpunkte setzt, um günstige Strukturen für die Zukunft zu schaffen, und an der richtigen Stelle Vorsorge betreibt. Eine Zahl freut mich in diesem Kontext besonders: 1,28 Milliarden €. Dieser Betrag wird 2019 in Investitionen fließen. Noch nie wurden Investitionen in Infrastruktur des Landes in dieser Größenordnung eingeplant. Das ist wirklich wunderbar und eine Investition in die Zukunft.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz konkret: Hierbei handelt es sich um die Krankenhäuser, Hochschulen, Schulen, Sportstätten, Justizvollzugsanstalten, um den Küstenschutz sowie um Frauenhäuser. - All das hat die Landesregierung fest im Blick und wird in diese Bereiche erheblich investieren. Sie sind wichtige Grundlage für eine gute Infrastruktur mit deren Hilfe unser Land attraktiver wird und wirtschaftlich weiter wachsen kann, was weitere Grundlage für unseren Wohlstand ist.

(Beifall CDU und FDP)

Ein Dauerthema sind in diesem Zusammenhang die Landesstraßen und die dazugehörigen Radwege. Wir werden im Jahr 2019 deshalb mehr als 100 Millionen € für die Sanierung der Landesstraßen bereitstellen. Herr Buchholz, hier möchte ich mich an Ihre Adresse wenden, das können Sie gern an die Mitarbeiter des Landesbetriebs für Straßenbau und Verkehr, die einen guten Job machen, weitergeben. Es ist jetzt anders, als es damals unter Staatssekretär Dr. Nägele der Fall war. Hier wird jetzt eine klare stringente Linie gefahren, und jetzt können sie auch richtig gut arbeiten.

(Ole-Christopher Plambeck)

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Hilfe des Landesbetriebs für Straßenbau und Verkehr wird das Golfspielen auf Landesstraßen auch bald der Vergangenheit angehören.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind ein richtiger Witzbold!)

- Ja! Der Gestaltungswille ist in der Jamaika-Koalition riesig. Darum haben wir als Jamaika-Koalition das IMPULS-Programm mit Blick auf die künftigen Herausforderungen des Landes inhaltlich weiterentwickelt. Um die Mittel ihrem eigentlichen Zweck zuzuführen, haben wir im vergangenen Jahr eine Taskforce eingerichtet. Sie überwacht und steuert den Mittelabfluss und sorgt dafür, dass für die anstehenden Projekte schnell Geld bereitsteht.

Ein Ergebnis ist das 100 Millionen € umfassende IMPULS-Sofort-Programm, von denen bereits 70 Millionen € im Haushaltsentwurf abgebildet sind. Mit den übrigen 30 Millionen € wollen wir die Bereiche Jugend, Gesundheit/Umwelt, Kitas, Kultur und Sport stärken. Darauf haben wir uns als Jamaika-Fraktionen in der vergangenen Woche verständigt.

Neben den Mitteln für kommunale Sportstätten in Höhe von 12,5 Millionen € wollen wir daraus zusätzlich 5 Millionen € für regional- und überregional bedeutende Sportstätten zur Verfügung stellen. Diese sollen zum Beispiel dem Bau einer Halle für Beachvolleyball und Leichtathletik und damit dem Erhalt des Bundesstützpunktes in Schleswig-Holstein zugutekommen.

(Beifall CDU, FDP und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Außerdem wollen wir verschiedene Projekte im Reitsport fördern und Anträgen aus dem vorherigen Förderprogramm die Chance auf Berücksichtigung geben. Darüber hinaus fließt eine weitere Million in die Ertüchtigung von Schwimmbädern, die wir insgesamt für sehr wichtig erachten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Neben dem Sport liegt uns als CDU die Kultur im Land besonders am Herzen. Die zahlreichen Kulturdenkmäler, die historischen Orte und auch die Kulturschaffenden selbst bilden die Grundlage des kulturellen Lebens in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Um die Zukunftsfähigkeit der vielfältigen Kulturlandschaften gewährleisten zu können, möchten wir die Investitionsmittel im Kulturbereich spürbar erhöhen. Insgesamt 5,5 Millionen € sind hierfür eingeplant, von denen 2,5 Millionen € für Investitionen in das kulturelle Erbe unseres Landes vorgesehen sind. Profitieren könnten dort unter anderem das vor Kurzem als Weltkulturerbe eingestufte Danewerk ebenso wie das auf Eiderstedt zur Sanierung anstehende Kirchenensemble.

Weitere 2,5 Millionen € wollen wir in die Zukunftsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Kulturlandschaften investieren, um den Investitionsstau bei kulturellen Einrichtungen sowie bei den jüdischen Gemeinden abzubauen. Zudem wollen wir 500.000 € für die schleswig-holsteinischen Gedenkstätten, wie zum Beispiel die Gedenkstätte Springhirsch in Kaltenkirchen, zur Verfügung stellen, da dort eine hervorragende Arbeit gegen das Vergessen gemacht wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Alle drei Fraktionen haben sich dafür starkgemacht, dass 4,5 Millionen € in Jugendherbergen und Jugendfreizeitstätten investiert werden, denn die Jugend liegt uns besonders am Herzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber auch bei Investitionen in die Ertüchtigung von Lärmschutzmaßnahmen in Kitas oder in Altenpflegeschulen waren wir uns schnell einig, denn dort gibt es noch ordentlich etwas zu tun.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Der Abbau des Sanierungsstaus wird somit kontinuierlich vorangetrieben. Damit tilgen wir im wahrsten Sinne des Wortes Schulden, und zwar die versteckte Verschuldung des Landes, und das macht unser Land erst zukunftsfest.

(Beifall CDU und FDP)

Aber in Zukunft geht es auch um Umwelt. Wir sind das Land zwischen den Meeren, und ich freue mich, dass die Landesregierung zum Beispiel die Mittel zur Beseitigung der Munition im Meer um 65.000 € erhöht hat und 100.000 € mehr in Geräte und Fahrzeuge zur Bekämpfung von Meeresverschmutzung investiert, denn das Thema verschmutzte Meere bewegt die Menschen. Auch mit kleinen Beträgen können wir einiges erreichen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Ole-Christopher Plambeck)

Ich bleibe beim Thema Umwelt: Ich werde im Wahlkreis ständig gefragt, ob die Aktion „Schleswig-Holstein blüht auf“ ebenfalls fortgesetzt wird. Ich kann sagen: Ja. - Die 100.000 € stehen auch 2019 bereit. Das Programm „Schleswig-Holstein blüht auf“ kommt vor Ort im ländlichen Raum richtig gut an.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Hauke Götsch [CDU])

Genauso fördern wir die Tierheime, lieber Lars Harms, mit 350.000 € weiter. Eurer Meinung nach könnte es mehr sein, aber es ist, glaube ich, richtig, dass wir dort die Förderung fortführen, um den Investitionsstau abzubauen und den Betrieb weiterhin zu ermöglichen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

All diese Maßnahmen - insbesondere bei Investitionen - können jetzt und in Zukunft nur mit gutem Personal funktionieren. Denn die Herausforderungen der täglichen Arbeit und der zukünftigen Aufgaben sind hoch. Dafür benötigt das Land hochqualifizierte und hochmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben darum bereits zwei Maßnahmenpakete verabschiedet, die Tobias Koch schon beschrieben hat, und werden zudem zusätzlich 39 Millionen € Vorsorge für die Übertragung der Tarifabschlüsse einbauen.

Ein weiteres Herzstück zur Attraktivitätssteigerung soll die Überarbeitung der Gehalts- und Besoldungstabellen im kommenden Jahr sein. Mir ist besonders wichtig, dass wir es zusätzlich selbst in die Hand nehmen, mehr als 200 Ausbildungsstellen für die Nachwuchsförderung zu finanzieren, und im Landesdienst mehr als 4.000 Menschen ausbilden. Das trägt zur Vorsorge für die kommenden Altersabgänge bei und ist ebenfalls eine wichtige Investition in die Zukunft.

(Beifall CDU)

Die Ausbildungen beginnen selbstverständlich schon viel früher als beim Land. Im Kita-Bereich zum Beispiel haben wir - das haben Tobias Koch und die anderen Vorredner schon gesagt - mit der Kita-Reform Erhebliches vor. Unsere Ziele, lieber Ralf Stegner, sind da klar definiert: Qualitätssteigerung, Entlastung der Kommunen und auch - nicht nur - Entlastung der Eltern. Diesen Dreiklang werden wir im Laufe des Jahres 2019 erarbeiten und verabschieden. Das ist genau der richtige Weg, um dort voranzukommen.

(Beifall CDU)

Auf den schnellen Aufbau im Bereich der Schule mit dem Ziel einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung ist Tobias Koch auch schon eingegangen. In diesem Zusammenhang halte ich Maßnahmen wie den Start des Bildungsbonus zur Unterstützung in Schulen in sozial schwierigem Umfeld für enorm wichtig. Kinder können nichts für ihr Umfeld, und wir müssen sie bestmöglich unterstützen. Das fängt eben auch in Schulen mit schwierigem Umfeld an. Das sind meiner Meinung nach sehr gut investierte 2 Millionen €. Das ist nicht nur Bullerbü, Herr Ralf Stegner.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das gleiche Thema sind die 1,5 Millionen € für das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ - ein weiterer Punkt, für den es erst der CDU und Jamaikas bedurfte, damit hier überhaupt etwas passiert. Auch das ist der richtige Weg, um sozial Benachteiligte zu unterstützen.

(Beifall Lukas Kilian [CDU], Peer Knöfler [CDU] und Tobias Loose [CDU])

Ja, auch kleine Beträge können eine große Wirkung haben. Sie haben sicherlich auf Seite 33 im Einzelplan 07 das Thema „Gesunde Schulen“ gefunden. Mit 100.000 € wird der Bewegungsscheck an Grundschulen finanziert. Angesichts immer mehr fettleibiger und bewegungsarm lebender Kinder ist das Thema heute wichtiger denn je. Darum ist es wichtig, dass wir das weiter fortführen und mit 130.000 € für sportschulische Projekte wie AGs oder Olympia-Aktionen weiter unterstützen und dort Geld investieren. Wir packen auch hier an, denn die beste Gesundheitsvorsorge sind gute Ernährung und Bewegung, die schon in jungen Jahren beginnen müssen.

Was aber genauso in die Schule gehört, ist der Umgang mit den digitalen Medien. Insbesondere muss das Thema systematisch und pädagogisch behandelt werden. Deshalb ist es richtig, dass wir die Mittel dafür noch einmal um eine halbe Million Euro erhöht haben.

Bestehendes Potenzial wollen wir auch im Erwachsenenbereich nutzen. Da freut es mich besonders, dass das Wirtschaftsministerium 900.000 € mehr als im Vorjahr und damit 5,8 Millionen € für die Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt investiert. Hier hat es besonders eine Gruppe, und zwar die der geflüchteten Frauen, schwer, weil sie sich gleichzeitig um die Kinderbetreuung kümmern müssen und oft aus Ländern kommen, in denen der eigene Weg ins Arbeitsleben

(Ole-Christopher Plambeck)

nie vorgesehen war. Da ist zum Beispiel das Projekt HAYATI eine gute Maßnahme, die durch das Wirtschaftsministerium weiter vorangetrieben wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir kümmern uns darum, dass die Menschen, die hierherkommen auch wirklich eine Perspektive bekommen, denn wir brauchen sie; das hat die AfD noch nicht gelernt.

Neben Investitionen und Fachkräften hat auch die Digitalisierung eine hohe Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Einen entsprechend hohen Stellenwert hat sie auch für diese Landesregierung. Das erkennen wir, neben zahlreichen Investitionen nicht zuletzt an der nachdrücklichen Umsetzung der Digitalisierung in unserer Verwaltung. Ich möchte hierzu beispielhaft die 10 Millionen € für den Ausbau der digitalen Infrastruktur aus IMPULS ansprechen. Für Polizei, Justiz und Steuerverwaltung sowie Schulen werden zusätzliche 18 Millionen € - für den gesamten Bereich fast 200 Millionen € - in die Hand genommen. Das ist wirklich eine Menge. Dadurch werden wir die Digitalisierung weiter vorantreiben.

(Beifall Jörg Hansen [FDP])

Aber: Die Digitalisierung kann nur gelingen, wenn sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitgetragen wird. Im Einzelplan der Staatskanzlei finden Sie daher - wie schon im vergangenen Jahr - 1 Million € allein für Fortbildungen in diesem Bereich. Das ist der richtige Weg. Mit dem Digitalisierungskabinett zieht sich das Thema durch alle Bereiche, und wir fördern auch in diesem Bereich. So werden Fördermittel im Technologiebereich um 500.000 € erhöht. Schwerpunktmäßig werden die Mikro- und Nanotechnologie, künstliche Intelligenz sowie Technologiefelder im Bereich der Digitalisierung gefördert. Christopher Vogt hat es angesprochen: Die 500.000 € für Start-up-Camps bringen Schleswig-Holstein ebenso nach vorn.

(Beifall CDU und FDP)

Ich finde es gut, dass unser Land verstärkt mit eigenen Büros im Silicon Valley und in China präsent ist, um unter anderem bei der Digitalisierung mehr aus diesem Bereich zu lernen.

An dieser Stelle sei auch einmal festzuhalten: Daniel Günther und die gesamte Landesregierung haben für Schleswig-Holstein so ein positives Image gebracht, wie es das Land lange nicht mehr hatte.

(Beifall CDU und FDP)

Sei es hier im Land selbst, in Deutschland oder nun auch in der Welt: Diese Landesregierung will nach vorn. Klarer Kurs Richtung Zukunft! Dieser Haushaltsentwurf stellt dafür eine ordentliche Grundlage dar, und ich freue mich auf die weiteren Beratungen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es macht mir doch immer wieder große Freude, wenn ich höre, wie die Rednerinnen und Redner von CDU und FDP hier das Programm IMPULS loben.

(Zuruf: Das sieht man! - Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jörg Hansen [FDP])

Haben Sie wirklich schon vergessen, wie kritisch Sie diesem Instrument gegenübergestanden haben? Denn es war der erste Schritt der Küstenkoalition, den wir unternommen haben, um den Sanierungstau der öffentlichen Infrastruktur anzugehen.

(Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Da können Sie den Kopf schütteln, Herr Vogt, das ist so.

Auf die ungeheure Zahl von 4,85 Milliarden € hatte der erste Infrastrukturbericht 2014 - da waren Sie, so glaube ich, nicht an der Regierung beteiligt -

(Christopher Vogt [FDP]: Leider nicht!)

diesen Investitionstau beziffert. Inzwischen ist noch einiges hinzugekommen. Mit IMPULS wurde die Finanzierungslücke zwischen den bereits in der Finanzplanung berücksichtigten Investitionsmitteln und dem tatsächlichen Investitionsbedarf geschlossen. Hören Sie also bitte auf mit der Legendenbildung, dass die Beseitigung des Infrastrukturstaus Ihre Arbeit sei, meine Damen und Herren von der Koalition. Die Küstenkoalition hat die rechtlichen Rahmenbedingungen für Ihren Investitionsmarathon erst geschaffen. Sonst sähe Jamaika hier nämlich ganz schön alt aus.

(Beate Raudies)

(Beifall SPD, SSW und Rasmus Andresen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf To-
bias Koch [CDU])

Kein Wunder, dass Sie schnell bemerkt haben, wie wertvoll dieses Instrument ist. Denn in den Jahren 2015 bis 2017 wurden jetzt insgesamt 780 Millionen € diesem Investitionsprogramm zugeführt. Damit ist es nicht nur ausfinanziert, es ist sogar überzeichnet. Damit das nicht so auffällt, planen Sie jetzt Mittel zur Bedarfsanpassung ein, also etwa für Kostensteigerungen. Und dann verteilen Sie noch kleine Geschenke. Der Kollege Plambeck hat vorhin eine wunderbare Aufzählung zum Besten gegeben.

(Demonstrativer Beifall Eka von Kalben
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier fehlt mittlerweile aber jeglicher Bezug zu der Idee, die eigentlich einmal hinter IMPULS gestanden hat.

(Beifall SPD)

Das ist inzwischen ein Selbstbedienungsladen für Sie geworden. Dabei müssen heute schon Teile der IMPULS-Mittel fest angelegt werden, weil nicht mit einem Mittelabfluss zu rechnen ist. Kein Wunder also, dass die Finanzministerin so hohe Erwartungen an die Task Force hatte. Wir haben ja in der letzten Legislatur gelernt, dass es immer schlecht ist, wenn man Geld bereitstellt und das Geld nicht ausgegeben wird.

Viel steht allerdings nicht in dem Bericht. Die Task Force kommt zu dem Ergebnis, dass in der zuständigen Landesverwaltung, vor allem bei der GMSH, zu wenig Planerinnen und Planer vorhanden sind und deshalb Aufträge entweder fremdvergeben werden oder mehr Planerinnen und Planer eingestellt werden müssen. Weitere Vorschläge: mehr Generalunternehmer, höhere Vergabegrenzen und bessere Koordination der Planung. - Donnerwetter, meine Güte, dazu brauchte es ein neues Referat, sechs Stellen und fast ein halbes Jahr! Das ist echt einmal eine Leistung!

(Beifall SPD)

Denn, Frau Finanzministerin, die Stellenausstattung der GMSH lag auch schon zu Zeiten der Küstenkoalition in Ihrer Verantwortung. Darüber hätten Sie auch ohne Task Force Bescheid wissen können.

Meine Damen und Herren, damit Sie mich nicht falsch verstehen: Auch die SPD befürwortet das Vorhaben, den Investitionsstau zügig auszubauen, und das auch mit Hilfe von Sondervermögen.

(Tobias Koch [CDU]: Hört, hört!)

Es macht aber keinen Sinn, einem Sondervermögen unbegrenzt Geld zuzuführen, das absehbar nicht ausgegeben werden kann. Ob dieses Verhalten volkswirtschaftlich sinnvoll ist, steht zumindest in Frage. Mit dieser Kritik stehe ich nicht alleine, das findet im Übrigen auch der Landesrechnungshof.

Ursprünglich war der Bestand des Sondervermögens mal auf 450 Millionen € begrenzt - aus gutem Grund; denn damit war sichergestellt, dass etwaige Haushaltsüberschüsse auch für die Schuldentilgung zur Verfügung stehen. Jetzt bunkern wir also im Sondervermögen das Geld, und für die Tilgung der Schulden machen wir erstmal wieder einen Plan. Auf den warte ich allerdings auch schon sehr gespannt, Frau Finanzministerin, denn die Finanzplanung liefert uns dazu nur wenige Hinweise. Genau genommen handeln Sie das wichtige Zukunftsthema auf gerade einmal einer halben Seite ab - ganz schön dünn, wenn man bedenkt, dass zum Ende des ersten Quartals der Plan vorliegen soll.

Wir wissen alle - es ist mehrfach gesagt worden -: Die Verschuldung wird aufgrund der Verkaufs der HSH Nordbank perspektivisch noch um rund 1,8 Milliarden € anwachsen. Auch wenn 90 % des Zinsänderungsrisikos - ein wunderbares Wort - durch Zinnsicherungsgeschäfte abgedeckt sind, so ist die Verschuldung des Landes doch so hoch, dass einem angst und bange werden könnte. Auch der Landesrechnungshof weist nicht zum ersten Mal darauf hin, dass die Vorsorge für Investitionen und die Tilgung der Schulden parallel möglich sein müssen. Da haben wir eine Menge Arbeit vor uns, wenn wir das alles unter einen Hut bringen wollten.

(Tobias Koch [CDU]: Wir machen das sogar!)

- Sie machen das sogar. Ich warte gespannt, Herr Koch. Wenn Sie das gut machen, haben Sie uns da auch an Ihrer Seite, das kann ich Ihnen schon sagen.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie sind ja fürs Lob bekannt!)

- Herr Vogt, das freut mich, dass Sie das so sehen. Ich will dann auch gleich mit einem Lob fortfahren.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Großartig, ich freue mich immer über Ihre Zustimmung.

Die gute Finanzsituation - das hat mein Fraktionsvorsitzender schon gesagt - ist ein Glücksfall für unser Land. Aber es ist nicht das Verdienst von Ja-

(Beate Raudies)

maika. Bei dieser Einnahmensituation einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, lieber Kollege Plambeck, ist nun wahrlich kein Kunststück. Alles andere wäre eine Überraschung.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Solange man Ihre Forderungen nicht umsetzt, geht das!)

Aber diese Zahlen sind auch eine Herausforderung. Alle anstehenden Aufgaben - der demografische Wandel, der Fachkräftemangel, die Digitalisierung, der Investitionsstau in der Infrastruktur oder der Abbau der Altschulden - erfordern irgendwann auch politisches Handeln und politische Entscheidungen. Sie versuchen derzeit, es allen recht zu machen,

(Dennys Bornhöft [FDP]: Sie ja gar nicht!)

außer vielleicht den Beschäftigten des Landes. Ihre Sorge, dass die neuen Stellen nicht besetzt werden können, Frau Heinold, ist berechtigt. Das hat auch etwas mit der Bezahlung zu tun. Geradezu als Hohn müssen die Landesbediensteten doch Ihren Versuch verstehen, die Vorsorge für Tariferhöhungen als den Einstieg in eine Besoldungsstrukturreform zu verkaufen.

Auch in Zeiten voller Kassen gilt es, Prioritäten zu setzen. Unsere Prioritäten, das haben wir heute deutlich gemacht, sind andere als die von Jamaika. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wann kommt denn jetzt das Kita-Konzept der SPD?)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank! - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorweg kurz angemerkt: Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für den Landeshaushalt 2019 ist gut - mit sehr starken Schwerpunkten. Wir Grüne haben auch gar kein Problem, dass vieles von dem, was in der Küstenkoalition begonnen wurde, jetzt fortgeführt wird. Deswegen können wir auch gar nicht verstehen, warum das jetzt immer wieder erwähnt wird. Das, was beide Koalitionen gemeinsam haben, ist

eine gute grüne Finanzministerin, das ist Monika Heinold, darüber freuen wir uns sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Ich will jetzt meinen Redebeitrag auch nicht nutzen, um noch einmal die Schwerpunkte der Jamaika-Koalition oder der Grünen zu erwähnen, das hat meine Fraktionsvorsitzende getan, das haben viele vor mir in der Debatte auch gemacht.

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, die in den Haushaltsberatungen eine Rolle spielen, ganz abgesehen davon, ob man in der Regierungsverantwortung ist oder in der Opposition, weil sie zu der Frage gehören, wie wir Haushaltspolitik machen.

Das eine ist das Thema Lage im Öffentlichen Dienst. Das ist von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion, als das zentrale Gerechtigkeitsthema im Land immer wieder nach vorne gestellt worden. Sie fordern Weihnachtsgeld für alle in einem Stufenmodell. Wir entscheiden uns hier für einen anderen Weg. Vorwegschicken möchte ich, dass uns die Arbeit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sehr wichtig ist und sehr viel bedeutet. Natürlich ist es so, dass ohne die erfolgreiche Arbeit, die viele Menschen im Öffentlichen Dienst leisten, unser Land und unsere Gesellschaft nicht funktionieren könnten. Natürlich ist es so, dass, wenn wir uns in einer Haushaltslage befinden, die besser ist als dies vor zehn oder elf Jahren der Fall gewesen ist, auch Beschäftigte im Öffentlichen Dienst davon profitieren sollen.

Ich glaube aber, dass Sie das falsche Modell wählen und mit dem Weihnachtsgeld und dieser Pauschalforderung nach Weihnachtsgeld für alle den falschen Ansatz wählen, um Gerechtigkeit im Öffentlichen Dienst herzustellen. Dazu möchte ich einige Sachen sagen. Es gibt den Pauschalvorwurf von Ihrer Seite und vonseiten der Gewerkschaften, die auch vor unserem Landesparteitag am Wochenende demonstriert haben und mit denen ich sehr gute Gespräche führen konnte, dass wir nichts für den Öffentlichen Dienst tun würden.

Das möchte ich scharf zurückweisen. Es ist von Kollegen schon gesagt worden, aber ich will es wiederholen: Wir schaffen mehr Stellen bei der Polizei. Der „Polizeiabbaupfad“, der einmal entwickelt worden ist, ist nicht mehr gültig. Wir lassen die Stellen im System, und es werden mehr Polizeianwärter eingestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

(Rasmus Andresen)

Das hilft allen Menschen, und es hilft erst recht den Kolleginnen und Kollegen auf den Polizeiwachen, die eine enorme Arbeitsbelastung haben.

Wir schaffen wesentlich mehr Stellen bei den Lehrerinnen und Lehrern, 234 neue Stellen allein mit diesem Haushalt. Die Finanzministerin hat es vorhin gesagt. Auch das ist nicht wenig, bedeutet konkrete Verbesserungen im öffentlichen Dienst und wird die Unterrichtsversorgung bei uns verbessern. Zusätzlich werden über den Haushaltsentwurf, den die Landesregierung heute vorschlägt, 90 Referendariatsstellen geschaffen. Das heißt, wir kümmern uns auch darum, dass Lehrkräfte nachkommen, so dass wir in ein paar Jahren auch Nachwuchs an unseren Schulen haben werden.

Wir machen aber nicht nur etwas in Bezug auf die Stellensituation. Ich persönlich glaube auch, dass das, was damals als Personalabbau pfad vereinbart wurde - das waren ja nicht die Grünen, aber wir haben es damals auch anders beurteilt als heute -, vielleicht nicht mehr so funktioniert, wie man es sich damals gedacht hat. Man hat dadurch sehr viele Lücken im Öffentlichen Dienst gerissen. Die Situation ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst dadurch angespannter geworden. Deshalb ist es gut, dass es gemeinsame Korrekturen für bestimmte Bereiche in Bezug auf den Personalabbau bei uns im Land gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Das ist aber nicht alles. Wir reden auch über Erschwerniszulagen für die Polizei mit Sonderaufgaben, beispielsweise auch beim Nachtdienst. Es gibt eine höhere Einstiegsbesoldung für Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister, und wir sind dabei, auch bei A 13 für Grundschullehrkräfte erste Schritte zu gehen.

Man kann natürlich immer sagen, das sei alles nicht genug. Aber der Ansatz, sich um die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu kümmern, die am wenigsten verdienen, hat etwas mit Gerechtigkeit und etwas damit zu tun, wie man gute Schwerpunkte im Bereich der Personalpolitik setzt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die Landesregierung hat es angekündigt: Das ist nicht das Einzige, sondern es wird ein Personalkonzept geben. Die Landesregierung befindet sich aktuell auch im Gespräch mit dem Deutschen Beamtenbund und mit dem DGB, um über weitere Fragen zu sprechen. Für mich persönlich kann ich,

auch nach den Gesprächen vom Wochenende, sagen, dass sicherlich auch der Eigenanteil bei der Beihilfe ein Thema sein könnte, und dass wir uns auch die Steuerverwaltung noch einmal genauer anschauen sollten. Das sind alle Bereiche, bei denen ich große Sympathien für die Forderungen der Gewerkschaften und der Interessenorganisationen aus diesem Bereich habe.

Ich hätte Sie, Herr Stegner, allerdings gerne gefragt - Sie haben meine Frage bei Ihrem Redebeitrag ja nicht zugelassen -, wie Sie denn die 163 Millionen € strukturelle Mittel pro Jahr in der letzten Ausbaustufe beim Weihnachtsgeld finanzieren wollen. Wenn ich mir die Haushaltszahlen anschau und wenn ich mir anschau, wie weit wir von Verfassungsgrenzen entfernt sind, dann ist das nicht möglich, ohne zu sagen, woher das Geld kommen soll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die Frage muss man sich als Oppositionsfraktion schon gefallen lassen, weil das ja Maßnahmen sind, die strukturell von Bedeutung sind und es eben nicht so ist - so verstehe ich Ihre Forderungen auch nicht -, dass man, nur wenn es in einem Jahr wieder einmal ein bisschen Haushaltsüberschuss gibt, Weihnachtsgeld zahlt. Sie wollen die Streichung vielmehr komplett wieder zurücknehmen. Wir sehen das finanziell noch nicht. Wir haben andere Schwerpunkte. Wir wollen mehr Gerechtigkeit gerade auch für die Beschäftigten schaffen, die weniger haben. Das Weihnachtsgeld hat für uns deshalb keine Priorität, nicht aus Boshaftigkeit, sondern weil wir es einfach nicht finanziert bekommen.

(Martin Habersaat [SPD]: Wollen!)

- Bekommen, Herr Habersaat. Das Gegenteil können Sie uns ja beweisen. Auch Sie sind mit Forderungen schneller als mit dem Nachweis, dass Ihre Rechnung aufgeht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Da reicht es auch nicht zu sagen, wir hätten gute Steuereinnahmen. Ja, wir haben bessere Steuereinnahmen als vor vielen Jahren. Das stimmt. Aber wir sind als Land strukturell nicht so stark, dass wir so große Ausgabesprünge und strukturelle Ausgaben vereinbaren könnten.

Ich frage mich auch immer, was die Worte „gute Haushaltslage“ eigentlich bedeuten. Wir haben einen Schuldenstand von über 29 Milliarden €.

(Rasmus Andresen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die kommunale Verschuldung nimmt zwar ab, beträgt aber immer noch über 4 Milliarden €. Und wir haben einen erheblichen Investitionsstau von mehreren Milliarden Euro, bei dem wir uns Gott sei Dank alle einig sind, dass das so nicht weitergehen kann. Wenn man sich die Zahlen einmal ehrlich anschaut und nicht nur darauf schaut, wie die Konjunkturlage gerade ist, weiß ich wirklich nicht, wie man von guter Haushaltslage sprechen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Herausforderungen sind jedenfalls groß.

Es gibt einen anderen Punkt, Frau Raudies, bei dem ich sagen würde, Sie legen den Finger in die Wunde. Das betrifft die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit Mitteln um, die in den Haushalt eingestellt werden, aber nicht verausgabt werden können, beispielsweise bei Infrastrukturmaßnahmen oder auch bei Stellen, die nicht besetzt werden? Das ist ein Riesenproblem, eine Herausforderung, die wir gemeinsam haben. Sie hat nichts damit zu tun, welche Parteien koalieren, sondern hat etwas mit der gesamtwirtschaftlichen Lage zu tun.

Insoweit legen Sie also den Finger in die Wunde, aber Sie haben auch keine Lösung. Sie kritisieren zwar hier, dass die IMPULS-Taskforce aus Ihrer Sicht zu wenig macht. Dazu kann man sagen: Natürlich kann man sich noch andere Ansätze überlegen. Ja, natürlich kann das alles noch besser werden. Da wären wir Grüne sofort dabei. Aber man muss doch einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Landesregierung in diesem Bereich handelt, das Problem erkannt hat, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, die sogenannte IMPULS-Taskforce, die ja nicht nur einmal feststellt, was das Problem ist, sondern die laufend überprüft, welche Baustellen wir im Bereich der Infrastruktur haben, wo Probleme bei den Ausgaben bestehen, und das dann auch konsequent nach und nach abarbeitet. Ich finde, das ist ein gutes Signal, und es ist super, dass es Menschen im Finanzministerium gibt, die diese Kontrolle durchführen und die dafür sorgen, dass die Investitionen auch fließen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir glauben, dass wir über diese Fragen allerdings auch in den Haushaltsberatungen weiter sprechen müssen; denn - da muss man auch ehrlich sein -

viele dieser Maßnahmen, beispielsweise der von anderen schon genannte Ingenieurstudiengang, wirken erst langfristig. Es ist richtig, dass wir jetzt schnell gehandelt haben. Ich glaube, Herr Kollege Koch hat das vorhin erwähnt. Aber natürlich bedeutet das nicht, dass im laufenden oder im nächsten Haushaltsjahr an allen Stellen genügend Ingenieure sitzen, um die Mittel schneller auszugeben. Trotzdem bleiben diese Beschlüsse richtig. Trotzdem ist es richtig, dass insoweit gehandelt wird und dass man nicht nur Haushaltspolitik für die nächsten drei Monate macht - ich bin sehr froh, dass wir das hinbekommen -, sondern dass man Haushaltspolitik langfristig denkt.

Dafür bedanke ich mich in der ersten Lesung auch bei unseren Koalitionspartnern. Ich bin mir sicher, dass wir über die parlamentarischen Beratungen noch stärker sein werden; denn eines ist auch klar: Der Haushaltsentwurf ist gut, aber kein Haushaltsentwurf der Regierung ist so gut, als dass ihn das Parlament nicht noch ein bisschen besser machen könnte. Das werden wir in den nächsten Monaten tun. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Der Haushalt 2019 ist strukturell ausgeglichen. Wir haben aber auch Kreditaufnahmen zu schultern, wie heute bereits mehrfach konstatiert wurde. Wir müssen für die ab dem nächsten Jahr sukzessive zu übernehmenden Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der HSH Nordbank fortwährend Verbindlichkeiten aufnehmen, Verbindlichkeiten, die bereits bestehen, aber momentan in einem Extra-Haushalt, dem der HSH Finanzfonds AöR, bestehen.

Allein im Jahr 2019 erfolgt eine Kreditaufnahme zur Anschlussfinanzierung der geleisteten Bürgschaftszahlung für die HSH Nordbank in Höhe von sage und schreibe 450 Millionen €. Dies hat zur Folge, dass der Haushalt 2019 voraussichtlich mit einer Nettokreditaufnahme von 298 Millionen € abschließen wird. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Die Altlasten der HSH Nordbank schmerzen weiterhin. Ja, sie resultieren aus Fehlentscheidungen der Vergangenheit, aber wir müssen es ausbaden.

(Annabell Krämer)

Wahrscheinlich werden auch noch unsere Kindes-
kinder für diese Altschulden aufkommen müssen.

Und wie reagiert die Opposition auf diese Situation? Es vergeht kaum eine Pressemitteilung zu haus-
haltswirtschaftlichen Themen, in der die finanzpoli-
tische Sprecherin der SPD nicht behauptet, die Lan-
desregierung schwimme förmlich in Geld.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Es fehle nur an politischem Gestaltungswillen: so-
fortige Anhebung nahezu aller Besoldungsstufen,
vollumfängliche Wiedereinführung des Weih-
nachtsgeldes, vollständige Beitragsfreiheit für Kitas
von jetzt auf heute. Was kostet die Welt! - Man
gönnt sich ja sonst nichts, und das - das war übr-
gens mein persönliches Highlight des Vormittags -
vor dem Hintergrund, dass der SPD-Fraktionsvor-
sitzende, Dr. Ralf Stegner, uns heute Morgen ver-
antwortungslose Haushaltspolitik vorgeworfen hat.

Hier lohnt sich jetzt wirklich ein Blick auf die weit-
reichenden Konsequenzen der Forderungen der So-
zialdemokratie: Die vollständige Wiedereinführung
des Weihnachtsgeldes - Rasmus sagte es eben -
würde in der letzten Ausbaustufe nahezu 160 Mil-
lionen € kosten. Die Kosten für die sofortige Bei-
tragsfreiheit der Kitas habe ich eben selbst über-
schlagen. Sie mögen tatsächlich etwas abweichen,
aber sie liegen garantiert bei einem mittleren drei-
stelligen Millionenbetrag. Dies würde unseren
Haushalt zusätzlich belasten, und das Jahr für Jahr
und nicht nur einmal.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie belasten lieber
die Eltern!)

Und das sind noch nicht alle von der Sozialdemo-
kratie gewünschten strukturellen Zusatzbelas-
tungen, die die finanziellen Gestaltungsmöglich-
keiten für viele Jahre nicht nur weiter einschränken,
sondern zu einer Utopie verkommen lassen würden.

(Beifall FDP)

Schon Benjamin Franklin konstatierte seinerzeit:
Gläubiger haben ein besseres Gedächtnis als
Schuldner. Wie sonst ließe sich erklären, dass der
in den letzten Jahrzehnten angehäuften Schuldenberg
hier anscheinend überhaupt nicht mehr gegenwärtig
ist.

(Beate Raudies [SPD]: Haben Sie mir nicht
zugehört?)

Wir sollten uns immer wieder vor Augen führen,
dass die entscheidenden Fehler in guten und nicht
in schlechten Zeiten gemacht werden. Was helfen

uns hier florierende Steuereinnahmen, wenn uns die
Ausgaben davongaloppieren?

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU])

Sehr geehrte Kollegen, eine seriöse Haushaltspoli-
tik muss sich zum Ziel setzen, dauerhaft handlungs-
fähig zu sein, statt im Lichte der aktuellen Haus-
haltslage nur kurzfristig Gestaltungswillen zu de-
monstrieren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir wollen mehr Nachhaltigkeit in den Finanzen,
und wir wollen nicht nur an das Heute und Jetzt
denken. Bei den ganzen Forderungen der SPD ist es
geradezu absurd, dass diese uns heute Morgen auf-
gefordert hat, für einen zukünftigen wirtschaftli-
chen Abschwung vorzusorgen. - Wissen Sie was?
Ich habe das Gefühl, Sie widersprechen sich perma-
nent: Wasser predigen, Wein trinken.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Es ist im Übrigen nicht so, wie es häufig behauptet
wird, nämlich dass man heute mit Knete jeden
weich bekommt. So schlicht denken unsere Bürger
nämlich nicht. Unsere Beamten würden die Rück-
kehr zur alten Weihnachtsgeldregelung selbstver-
ständlich begrüßen, aber ich habe mich ein bisschen
schlau gemacht. An erster Stelle wünschen sie sich
eine moderne Verwaltung, einen attraktiven Ar-
beitsplatz, die Vereinbarkeit von Familie und Be-
ruf, weniger Überstunden und ein Besoldungssys-
tem mit Anreizen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Noch etwas, was wahrscheinlich gar nicht in das
Denken der Sozialdemokratie passt: Genannt wird
auch eine Entlastung von Aufgaben, die ebenso gut
privatwirtschaftlich zu erledigen sind.

(Beifall FDP)

Das haben wir verstanden. Dort, wo es brennt,
schafft Jamaika ad hoc Abhilfe. Wir haben die Er-
schwerniszulage erhöht, wir stocken massiv bei
Lehrern und bei der Polizei auf, es ist alles gesagt.
Zu nennen sind auch die Einstiegsgehälter im unte-
ren Bereich und die sukzessive Einführung der A-
13-Besoldung bei unseren Grundschullehrern.

Aber kommen wir wieder zu meinem Lieblingsthe-
ma, den Kitas. Der Kollege Habersaat sagte heute
Morgen allen Ernstes, die SPD hätte in der Küsten-
koalition die Beitragsfreiheit der Kitas angeschon-
ben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

(Annabell Krämer)

Das gehört hier einmal ganz deutlich ausgesprochen, damit es auch wirklich jeder vernimmt: Diese Vorgängerregierung hat uns die höchsten Elternbeiträge aller Bundesländer in Deutschland hinterlassen.

(Beifall FDP und CDU)

Wie man da von dem Einstieg in die Beitragsfreiheit reden kann, ist unverständlich. - Sehr gern.

Präsident Klaus Schlie:

Selbstverständlich gestattet die Abgeordnete Krämer eine Zwischenfrage. Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrte Frau Kollegin, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass die Abschaffung des beitragsfreien dritten Kita-Jahres durch eine schwarz-gelbe Regierung erfolgt ist? Ist Ihnen das bewusst? Das steht im Gegensatz zu dem, was Sie hier gerade vorgetragen haben.

Annabell Krämer [FDP]:

Das ist überhaupt nicht so. Nein, auf gar keinen Fall. Erst einmal sprechen wir hier gar nicht von der Beitragsfreiheit, aber lassen Sie mich gern ausreden, dann werde ich Ihnen noch einmal den Dreiklang dieser Jamaika-Koalition erklären. Sie können jetzt alles erzählen, was diese schwarz-gelbe Koalition damals beschlossen hat. Diese schwarz-gelbe Koalition musste leider in einer nahezu Notlage bei vielen Dingen die Reißleine ziehen. Glauben Sie, das hat bestimmt niemandem Spaß gemacht.

(Beifall FDP und CDU)

Nachdem unser Sozialminister Dr. Heiner Garg die längst überfällige große Kita-Reform auf den Weg gebracht hat, fällt der Opposition jetzt nichts anderes ein, als von jetzt auf heute die sofortige Beitragsfreiheit von Kitas zu fordern. - Frau Raudies? - Gern.

Präsident Klaus Schlie:

Lassen wir es ruhig bei dem Spiel, dass ich erst frage.

Annabell Krämer [FDP]:

Entschuldigung, Herr Präsident.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Raudies, bitte.

Beate Raudies [SPD]: Danke, Herr Präsident. - Frau Kollegin Krämer, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass die Landesregierung in der letzten Legislaturperiode erstmalig in die Finanzierung der Krippen eingestiegen ist? Ist Ihnen das bewusst? - Das ist die erste Frage. Die zweite Frage: Wissen Sie noch, wie sich die vorige Landesregierung zu diesem Thema der Übernahme von Krippenkosten gestellt hat?

Annabell Krämer [FDP]:

Ich freue mich außerordentlich, dass Sie diese Frage stellen. Das ist eine Steilvorlage.

(Beate Raudies [SPD]: Das glaube ich nicht!)

- Natürlich. Gerade die 100 €, die ausgeschüttet worden sind, haben zu nichts anderem geführt, als dass peu à peu über das ganze Land hinweg die Kommunen sukzessive die Kita-Gebühren erhöht haben. Das Geld ist nicht bei den Eltern angekommen, es ist im System verpufft. Man wusste nicht, wo es gelandet ist, und das ist kein direkt investiertes Geld gewesen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Krämer, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Abgeordneten Raudies?

Annabell Krämer [FDP]:

Ja, gern.

Beate Raudies [SPD]: Sehr geehrte Frau Kollegin, das war nicht meine Frage. Mir ging es um die Konnexität im Krippenbereich. Ich habe gefragt, ob Ihnen bekannt ist, dass die Küstenkoalition hier mit 80 Millionen € in die Finanzierung eingestiegen ist. Das war die erste Frage. Die zweite Frage lautete, ob Sie wissen, wie die Vorgängerregierung damit umgegangen ist.

- Der Anspruch auf eine Betreuung von unter Dreijährigen in Kitas ist auf Bundesebene beschlossen worden. Wir alle wissen: Konnexität gibt es nicht zwischen Bund und Kommunen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, jetzt antwortet die Abgeordnete Krämer!

Annabell Krämer [FDP]:

Nichtsdestotrotz möchte ich konstatieren, dass meines Erachtens der Konnexität in den letzten Jahren noch nicht hinreichend nachgekommen wurde und dass wir da im Jahr 2017 massiv nachgebessert haben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zurufe SPD)

Nachdem unser Sozialminister Dr. Heiner Garg die längst überfällige große Kita-Reform auf den Weg gebracht hat, fällt der Opposition, ich sagte es bereits, nichts anderes ein, als sofort die vollständige Beitragsfreiheit zu fordern. Glauben Sie allen Ernstes, dass Ihnen der Bürger abnimmt, dass Sie, wären Sie noch in Regierungsverantwortung, alles auf Reset gestellt und die beitragsfreie Kita quasi aus dem Hut gezaubert hätten? - Ganz ehrlich, wenn man dem Bürger eine solche Naivität unterstellt, dann fördert man Politikverdrossenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Dass Ihre Forderungen schlicht unseriös sind, lässt sich auch an den Finanzierungsvorschlägen ablesen. Frau Midyatli weist in ihrer Pressemitteilung vom vergangenen Donnerstag doch tatsächlich auf - jetzt muss ich sauber bleiben - nie dagewesene Haushaltsüberschüsse hin, wegen derer gar keine Entscheidung zwischen einer guten oder einer billigen Kita getroffen werden müsse. Das ist nun wirklich ein haushaltspolitischer Offenbarungseid der SPD:

(Beifall FDP)

Erstens. Als ob wir - mal eben zum Jahresende - dauerhafte Verpflichtungen eingehen könnten auf Basis von zufälligen Haushaltsüberschüssen eines Jahres, auf Basis von Haushaltsüberschüssen, die wir nach dem Haushaltsgesetz aus guten Gründen überhaupt nicht für konsumtive Zwecke verwenden dürften, von Haushaltsüberschüssen, mit denen wir in den nächsten Jahren gar nicht rechnen können, weil wir die HSH-Altschulden sukzessive in den Landeshaushalt übernehmen müssen. Das allein zeigt doch schon, was von Ihren vollmundigen Versprechungen zu halten ist.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Zweitens. Jetzt wüsste ich gern: Welche Haushaltsüberschüsse meinen Sie eigentlich für 2019 konkret? Meinen Sie den voraussichtlichen strukturellen Überschuss in Höhe von 12 Millionen €? Oder meinen Sie das tatsächliche Finanzierungsdefizit in Höhe von rund 300 Millionen € aufgrund der HSH-Altlasten? Selbst mit größtem Wohlwollen verstehe ich Ihre Pressemitteilung nicht. Ich kann wirklich keine Haushaltsüberschüsse erkennen.

Kommen wir nun zu Ihrer Forderung nach Beitragsfreiheit um jeden Preis zurück. Seriöse Gegenfinanzierung? - Fehlanzeige.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Sie haben doch unsere Haushaltsanträge noch gar nicht gesehen!)

Mehr Qualität? - Unwichtig.

(Zurufe SPD)

- Ich beziehe mich notfalls auf das letzte Jahr.

Hinreichende Plätze und somit Versorgungssicherheit? - Unwichtig. Aber nicht mit uns! Wie wir es nicht machen sollen, sehen wir am Beispiel des SPD-geführten Niedersachsen. Ich spreche von dem Niedersachsen, das Sie, Herr Dr. Stegner, heute Vormittag als Vorbild für löbliche Kita-Politik benannten. Ich spreche von dem Niedersachsen, in dem schon kurz nach der überstürzten Abschaffung der Kita-Beiträge vielen freien Kita-Trägern die Insolvenz droht mit der Konsequenz, dass die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet ist.

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Der Grund dafür ist: Die Abschlagszahlungen des Landes reichen nicht zur Finanzierung eines qualitativ hochwertigen Kita-Betriebs aus.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Habersaat! - Herr Abgeordneter! Ich bitte Sie, ein Zwischenruf ist in Ordnung, aber doch nicht so! - Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Pauls?

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr gern.

Birte Pauls [SPD]: Frau Kollegin, können Sie mir bitte sagen, zu welchem Zeitpunkt wir auf Qualitätssteigerungen in Kitas ver-

(Annabell Krämer)

zichten möchten? Zu keinem Zeitpunkt haben wir gesagt, dass wir die Beitragsfreiheit auf Kosten der Qualität einführen wollen.

- Nein, das haben Sie nicht gesagt.

- Das haben Sie uns aber gerade unterstellt.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, erst die Frage, dann die Antwort.

Birte Pauls [SPD]: Das haben Sie uns aber gerade unterstellt.

Zweitens würde ich gern wissen - - Darf ich eine zweite Zwischenfrage stellen?

Annabell Krämer [FDP]:

Ja, bitte.

- Sie nannten Niedersachsen. Könnten Sie mir sagen, um wie viele Träger es sich handelt und an welchen Stellen?

- Zu Ihrer Frage eins: Nein, Sie haben nicht gesagt, dass Sie die Qualität reduzieren wollen.

(Beifall Martin Habersaat [SPD] - Birte Pauls [SPD]: Das haben Sie aber gerade gesagt!)

- Nein, nein, ich habe gesagt, dass wir uns auf die Fahne geschrieben haben, die Qualität zu steigern. Sie reden immer nur von Beitragsfreiheit. Sie sagen nie, dass Sie - a) - die Qualität steigern wollen, und - b) - haben Sie das noch nie mit Mitteln hinterlegt.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Habersaat, halten Sie sich jetzt einmal ein bisschen zurück!

(Martin Habersaat [SPD]: Ich darf dazwischenrufen, Herr Präsident!)

- Dazwischenrufen ja, aber nicht brüllen! - Jetzt ist erst einmal die Abgeordnete Krämer dran, um die Frage weiter zu beantworten. Dann können wir gucken, ob es eine weitere Frage gibt.

Annabell Krämer [FDP]:

Nein, das kann ich nicht, Frau Kollegin. Ich kann nur sagen: Es gibt einen Hilfeschrei der Kommunen, dass die Abschlagszahlungen des Landes aktuell einfach nicht ausreichen, um die Finanzierung eines qualitativ hochwertigen Kita-Betriebs zu ge-

währleisten. Kritisiert wird, dass dies holterdiepolder gemacht wurde, ohne dafür zu sorgen, dass die Zahlungsflüsse durchgehend funktionieren und dass auch hinreichend Gelder ankommen.

(Beifall FDP - Martin Habersaat [SPD]: Sie haben es nicht verstanden!)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Abgeordneten Pauls?

Annabell Krämer [FDP]:

Eine noch.

Birte Pauls [SPD]: Genau, das reicht dann auch.

(Beifall FDP und CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ziemlich primitiv, hier zu klatschen!)

- Das finde ich auch.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Pauls, Sie haben das Wort.

- Ich muss feststellen, dass Sie hier mit miesen Unterstellungen arbeiten. Wir haben zu keinem Zeitpunkt - zu keinem Zeitpunkt; das möchte ich unterstreichen - gesagt, dass die Beitragsfreiheit auf Kosten der Qualität gehen darf.

Annabell Krämer [FDP]:

Das habe ich nicht behauptet.

- Das haben Sie eben schon wieder behauptet. Wir haben das nicht gemacht!

Dann würde ich Ihnen noch einmal die Lektüre empfehlen, die darstellt, an welchen - wenigen! - Stellen, nämlich nur an Waldorfschulen, an wenigen Orten in Niedersachsen, es Probleme gibt. Es gibt diese Probleme nicht flächendeckend. Wir erkennen nur, dass die Eltern in Niedersachsen sich über die Beitragsfreiheit sehr freuen. Diese geht nicht auf Kosten der Qualität.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

- Zum einen habe ich nicht von „flächendeckend“ gesprochen.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Kollegin Pauls, wenn Sie eine Antwort erwarten, wäre es, glaube ich, angemessen, dass Sie stehen bleiben.

(Birte Pauls [SPD] erhebt sich wieder)

Annabell Krämer [FDP]:

Ich habe nicht von „flächendeckend“ gesprochen, sondern ich habe gesagt, dass viele vor dem finanziellen Kollaps stehen.

Ich habe Ihnen auch nicht unterstellt, dass Sie an der Qualität sparen wollten. Um Gottes willen! Das will niemand von uns. Das ist doch aber der konkludente Schluss! Wenn Sie Beitragsfreiheit fordern, ohne dass zusätzliche Mittel im System sind, dann muss doch irgendwo eingespart werden. Das ist der zwangsläufige Schluss.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Beate Raudies [SPD]: Nein!)

Das wäre die Folge Ihrer Politik.

(Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Sie dürfen jetzt in Ihrer Rede fortfahren.

Annabell Krämer [FDP]:

Danke. - Ich sage Ihnen nun, was unsere Eltern wollen: Sie wollen ihre Kinder verlässlich, mit hohen Qualitätsstandards und zu bezahlbaren Gebühren versorgt wissen, ohne dass dadurch die Kommunen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gebracht werden. Das alles unter einen Hut zu bringen, gleicht der Quadratur des Kreises. Wir nehmen diese Aufgabe an, und zwar gewissenhaft. Ich weiß, dass sie bei unserem Sozialminister Dr. Heiner Garg in den allerbesten Händen ist.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich bin zuversichtlich, dass wir unsere Kita-Reform zu einem erfolgreichen Ende führen werden, auch deshalb, weil wir alle Beteiligten frühzeitig und umfassend in den Reformprozess eingebunden haben. Wir schaffen 2020 landesweit gedeckelte Beiträge und beseitigen die großen Unterschiede, die in unserem Land leider noch bestehen. Wir steigern die Qualität, indem wir angemessene Standards setzen. Wir schaffen für die Kommunen eine transparente Kostenbeteiligung.

Dieses System - das ist das Schöne - trägt nicht nur für ein paar Jahre, sondern für viele Jahre. Denn es ermöglicht uns, den Beitragsdeckel sukzessive weiter zu senken, sofern sich weitere finanzielle Spielräume ergeben - was wir alle hoffen.

Ich danke unserem Sozialministerium ausdrücklich für diese in den vergangenen Monaten geleistete Arbeit.

(Beifall FDP und CDU)

Während Sie, liebe Opposition, fast ausschließlich auf Konsum setzen, fokussieren wir uns auf die dringend notwendigen Investitionen. Es wurde mehrfach gesagt - deshalb nur kurz -: 90 Millionen € jährlich als Verstetigung für die Landesstraßen. Wir sorgen für hinreichend Planungskapazität. Wir sorgen auch dafür, dass wir genügend Mittel für unsere Planer beim LBV haben werden. Wir haben den Studiengang Bauingenieurwesen an der Fachhochschule Kiel zeitnah gestartet. Man muss es sich einmal vorstellen: Innerhalb eines Jahres haben wir das von der Rampe gebracht. Das ist sensationell!

(Beifall FDP und CDU)

Bereits jetzt haben wir ein wichtiges FDP-Wahlversprechen eingelöst und damit einen ersten wichtigen Schritt zur Beseitigung unseres Planermangels am Markt gemacht.

Mit rund 1,3 Milliarden € verzeichnet das Land 2019 eine Investitionsquote von über 10 %. Diese von uns, den Freien Demokraten, immer wieder geforderte - und nun erreichte - Zielmarke wurde von Ihnen in der Vergangenheit immer als utopisch belächelt.

Um es noch einmal herauszustellen: Das ist gegenüber den letzten Jahren der Küstenkoalition nahezu eine Verdopplung des Investitionsvolumens.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Nicht nur das, wir haben in der bis 2028 reichenden Finanzplanung beständig mehr als 1 Milliarde € pro Jahr für Investitionen eingeplant. Wir wollen unseren Kindern keine verkommene Infrastruktur hinterlassen. Wir wollen nicht länger von der Hand in den Mund leben, sondern die Substanz des Landes endlich erhalten und sogar noch stärken.

(Beifall FDP und CDU)

Unsere Bürger und unsere Unternehmen sind auf eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur mehr als angewiesen. Deshalb bin ich froh, dass wir die guten Steuereinnahmen gezielt für unsere Infra-

(Annabell Krämer)

struktur und nicht gießkannenartig für Konsum einsetzen. Wenn wir finanziellen Spielraum haben, werden wir diesen sinnvoll nutzen; das verspreche ich Ihnen.

Aus diesem Grund freue ich mich, dass wir uns innerhalb der Koalitionsfraktionen darauf verständigen konnten, aus IMPULS-Mitteln das Förderprogramm zur Kita-Sanierung um weitere viereinhalb Millionen € aufzustocken, die Modernisierung von drei Jugendherbergen im Land zu unterstützen und endlich in die Altenpflegeschulen zu investieren.

Ich wünsche mir allerdings auch, dass das Sondervermögen IMPULS im Kern für den Abbau des Sanierungsstaus im Land genutzt und nicht als Schatztruhe angesehen wird, in die man beliebig greifen kann, um anderweitig nicht finanzierbare Leuchtturmprojekte zu fördern. Ich denke aber, das werden wir vernünftig handhaben.

(Beifall FDP)

Ja, wir wollen den Mittelabfluss verbessern - das ist erforderlich - und auf die Bedarfe im Land flexibel reagieren. Dabei sollten wir aber unseren Fokus auf den Betonschulden behalten. Diese bezifferten sich Ende 2016 auf knapp 5 Milliarden € und machten sich - anders als die Geldmarktschulden - für die Bürger direkt bemerkbar. Deshalb blicke ich gespannt auf den neuen Infrastrukturbericht, der uns am Jahresende aufzeigen wird, was wir bis dato geschafft haben und natürlich auch, welche Herausforderungen noch vor uns liegen, um die gesamte Infrastruktur bis 2030 wieder in einen guten Zustand versetzen zu können.

Jamaika steht für beste Bildung von Anfang an, eine umfassende Sanierung der Infrastruktur und den Erhalt von finanziellen Spielräumen für zukünftige Generationen. Ich stelle fest: Der vorliegende Landeshaushalt trägt zu diesen Zielen ein gutes Stück bei. Deshalb freue ich mich auf die anstehenden Beratungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die AfD-Fraktion hat auf einen weiteren Wortbeitrag verzichtet.

Der SSW nimmt seine Redezeit durch den Abgeordneten Lars Harms wahr.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen sagen, ich habe noch 18 Minuten.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie müssen sich aber keine Sorgen machen; ich werde nicht auf alles eingehen, was bisher debattiert worden ist. Die zweite Runde, in denen die finanzpolitischen Sprecher das Wort ergreifen, lädt jedoch dazu ein, danach zu schauen, ob es bestimmte Bereiche gibt, die man noch einmal gesondert ansprechen muss. Wir als SSW suchen durchaus nach Möglichkeiten, über bestimmte Dinge politische Einigkeit zu erreichen; das ist zumindest immer unser Ziel.

Ich möchte gern mit der Kita-Finanzierung beginnen. Der Dreiklang ist kein unkluger Gedanke. Es nützt nichts, wenn alle Kindergärten kostenlos sind, die Eltern und die Kinder aber nicht die entsprechende Qualität bekommen. Also muss man diesen Dreiklang irgendwie auf die Schiene bringen.

Eines ist allerdings wichtig, auch für die politische Botschaft, die von dieser Debatte ausgeht: Hier ist mehrmals von der Standard-Kita mit der Standard-Finanzierung gesprochen worden. Diese ist zu definieren. Dabei geht es auch um die Höhe der Summe, die von den Eltern höchstens erhoben werden darf. In diesem Zusammenhang müssen zwei Dinge geklärt sein. Der erste Part ist: Wie sichern wir es ab, dass auch zukünftige Kosten, die auf die Kommune beziehungsweise die Träger zukommen werden, abgedeckt sind? Das heißt, es bedarf einer Art Dynamisierung. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Aufbauend auf der Festlegung von Standards und der Dynamisierung von Kosten ist zu versuchen, den politischen Willen umzusetzen und den Beitrag Schritt für Schritt zu senken.

Das kann man machen. Ich glaube, das wäre eine Botschaft, die die Bürgerinnen und Bürger draußen verstehen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist genau unser Konzept!)

Wir haben eben gerade über die Lehrerbesoldung gesprochen. Die Kollegin Krämer hat gesagt: Wir wollen sukzessive versuchen, es hinzubekommen, dass die Grundschullehrer das gleiche Gehalt wie alle anderen Lehrer bekommen. Das ist richtig so. Dabei wünsche ich mir - diesen Antrag werden wir auch im Rahmen der Haushaltsberatungen stellen -, das schon für das nächste Jahr zu machen.

(Lars Harms)

Das ist aber nicht der Kern. Das Modell, etwas sukzessive zu machen, kann man auch bei Beamten anwenden, wenn es um das Weihnachtsgeld geht. Ich glaube schon, dass man da einen Einstieg wagen muss. Wir als Politik verlieren an Glaubwürdigkeit, wenn wir die Beamten seit 2007 mehr oder weniger hinhalten, finanziell ein paar richtig gute Jahre hatten und gar nichts tun. Ich verstehe, das 140 Millionen € eine ziemliche Nummer sind. Man kann bei den kleineren Gehältern anfangen. Da zahlt man teilweise ohnehin immer noch Weihnachtsgeld. Man kann schauen, ob man das prozentual hinbekommt. Man kann versuchen, den Leuten eine mittelfristige Perspektive zu geben, also nicht einfach nur sagen: „Wir geben einmal ein bisschen was, und was wir dann tun, wissen wir nicht“, sondern dass man etwa im nächsten Jahr beschließt: „Wir wollen den Leuten das Weihnachtsgeld zurückgeben, das geht über einen Zeitraum von fünf oder sieben Jahren, und dann wird wieder volles Weihnachtsgeld gezahlt, darauf könnt ihr euch verlassen“. Dann lege ich Wert darauf, dass wir als Parlament das gemeinsam beschließen - das ist ganz wichtig -, damit sich Leute bei einem möglichen Regierungswechsel auf solche Zusagen verlassen können.

(Beifall SSW)

Noch etwas zu IMPULS. Ich finde IMPULS immer noch klasse. Inzwischen findet das fast jeder. Das ist schön.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

Ich halte das auch für eine kluge Sparkasse, um es einmal so auszudrücken. Irgendwann kommen die Zeiten, in denen wir nicht mehr so viel Geld in der Kasse haben werden. Irgendwann werden die Zinsen steigen. Irgendwann wird durchschlagen, dass wir noch so viele Schulden haben. Dann ist es gut, einen Pott zu haben, auf den man zugreifen kann. Wir sollten sehr flexibel damit umgehen. Ich würde da gar nicht ideologisch rangehen. Es ist schön, dass wir den Infrastrukturbericht bekommen. Das ist klug. Dann kann man genau schauen, was wir bei unserer eigenen Infrastruktur ändern müssen. Wir müssen aber auch so offen sein, genauer zu schauen, ob es auch bei anderer Infrastruktur, die nicht dem Land gehört, Bedarfe gibt, die gesellschaftlich durchaus angebracht sind, sei es die Kultur, sei es der Sport, sei es Straßeninfrastruktur, die nicht von uns getragen wird, seien es Sportstätten.

Eingeplant ist, dass Gelder für die Kirchen auf Eiderstedt - 500.000 € - bereitgestellt werden sollen. Das ist in der Tat ein Anfang. Kein Mensch weiß

aber, wie es nächstes Jahr weitergeht. Der angemeldete Bedarf betrug 4 Millionen €. Das heißt, es fehlen noch 3,5 Millionen €. Nun stehe ich jetzt nicht hier und fordere 3,5 Millionen €. Das mache ich erst in zwei Monaten in der zweiten Lesung. Wenn man sich schon einig wird, dass man hier fördern will, wäre es klug, ein Signal auszusenden, welche Gelder für ein solches Projekt in den nächsten zwei, drei Jahren fließen können. Das ist eine Hausaufgabe, die wir uns für die zweite Lesung vornehmen müssen.

Danewerkmuseum, Kultur - auch da wird etwas getan. Dort wird tatsächlich in die Sanierung investiert. Das finde ich gut. Wir haben dort - nigelnagelneu - ein Welterbe.

(Heiterkeit)

Das haben wir immer unterstützt. Wir haben immer gesagt, wir wollen das haben. Es ist ganz wichtig, dass wir dort Leben hineinbringen. Ich weiß, dass der Direktor des Danewerkmuseums sagt: Wir werden neuerdings überrannt, wir werden zum ersten Mal groß wahrgenommen. - Auch daraus können Bedarfe entstehen.

Nächster Punkt. Der geht wieder Richtung IMPULS. Wenn ihr Investitionsförderung in Tierheime macht, werdet ihr als Jamaika das Geld super schnell los. Jeder kann in jedes Tierheim hineingehen - wohin er auch immer will - und wird Dinge finden, von denen man sagt, dass man das schnell machen muss. Das kann man auch schnell sanieren. Da gibt es eine große Chance.

Im Übrigen glaube ich auch, dass wir im Straßenbau eine gute Chance haben, Geld loszuwerden, nämlich alles das, was wir selbst nicht verbauen können. Zumindest meinen die Kreise, dass sie das gut verbauen können. Sie würden sich über eine höhere Förderung sehr freuen. Das tun sie immer. Das wissen wir.

Wenn man den Fördersatz für die Kommunen und Kreise nicht erhöhen will, damit die Motivation, eigene Mittel hineinzustecken, erhalten bleibt, sollte man schauen, ob man möglicherweise mehr Geld in diesen Bereich hineinstecken kann. Derzeit ist es auch bei den Kreisen so, dass es ihnen relativ gut geht und sie Gelder zur Verfügung haben, um sie in solche Infrastrukturprojekte hineinzustecken.

Ein Letztes. Das ist eine meiner Herzensangelegenheiten: Sportstätten. Da wird schon etwas getan. Es ist bereits mehr Geld hineingegangen. Ich bin ein paar Mal bei Sportvereinen gewesen. Ich kann nur wiedergeben: Auf alles, was im gesamten Land

(Lars Harms)

Schleswig-Holstein in irgendeiner Art und Weise mit Kunstrasenplätzen und Flutlichtanlagen zu tun hat, sind die Vereine heiß. Die Flutlichtanlagen können im Übrigen jetzt auch nachhaltig betrieben werden. Es sind nicht mehr die teuren Dinger, die wirklich Strom fressen. Da gibt es hochmoderne Sachen. Wir tun den Vereinen wirklich etwas Gutes. Wenn man solche Anlagen zur Verfügung stellt, schafft man es, dass man im Land Schleswig-Holstein auch noch in den Abendstunden Sport treiben kann, was jetzt aufgrund von Witterungsverhältnissen im Winter nicht immer durchgehend möglich ist. Das alles wären Bereiche, wo wir uns Gedanken machen sollten, ob wir nicht noch ein bisschen Geld hineinstecken. - Das wollte ich hier zumindest loswerden und schauen, was dabei herauskommt. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte die Frage, die ich der Kollegin Krämer gestellt habe, beantworten. Mir geht es um die U-3-Betreuung und die Frage der Konnexität. Um es allen in Erinnerung zu rufen: Die Küstenkoalition hatte mit den Kommunen eine Vereinbarung über die Übernahme der Konnexität für den Krippenbereich, also die U-3-Mittel, geschlossen, aufwachsend, bis 80 Millionen € im Jahr 2017, mit regelmäßiger Evaluation, die aufzeigte, dass das Geld, das vorgesehen war, nach dem Verteilungsschlüssel, den man sich damals zwischen Land und Kommunen gemeinsam überlegt hatte, nicht so effektiv bei den Kommunen ankam. Insofern war das, was Sie im letzten Jahr nachgesteuert haben, konsequent.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Raudies, gestatten Sie eine Bemerkung - -

Beate Raudies [SPD]:

Ich weiß schon, was er mich fragen will. - Sehr gern.

Präsident Klaus Schlie:

Auch wenn Sie es wissen, ist es sinnvoll, wenn er die Frage stellt.

Beate Raudies [SPD]:

Sehr gern.

Tobias Koch [CDU]: Soll ich die Frage noch stellen?

- Ja.

Frau Kollegin Raudies, vielleicht können Sie uns verraten, wie viele Konnexitätsmittel in Ihrem letzten Regierungsjahr an die Kommunen geflossen sind, und wie viele Konnexitätsmittel jetzt mit dem Haushalt 2019 vorgesehen sind.

- Herr Koch, Sie hätten erst einmal meinem Redebeitrag zu Ende zuhören sollen. Ich habe gesagt: Es gab eine Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden über die Berechnung der Konnexitätsmittel, die evaluiert wurde. Als man die Vereinbarung getroffen hat, ist man von einem bestimmten Platzkostensatz ausgegangen. Im Laufe der Zeit stellte sich heraus, dass dieser nicht ausreichte. Im Haushalt 2017 waren 80 Millionen € bereitgestellt. Mit dem vereinbarten Platzkostensatz sind in der Tat weniger als 80 Millionen € an die Kommunen geflossen. Insofern war - das habe ich eben schon gesagt -, dass Sie nachgesteuert haben, richtig und folgerichtig.

(Beifall SPD)

Das habe ich gerade schon gesagt, aber ich sage es gern noch einmal.

Worauf es mir ankommt, ist folgender Punkt. Ich möchte in Erinnerung rufen: Die Vorgängerregierung - das war, glaube ich, Schwarz-Gelb - hat sich dafür noch verklagen lassen. Das wird hier im Haus gern vergessen.

(Beifall SPD und SSW)

Frau Kollegin Krämer, dieser Duktus Ihrer Fraktion steht Ihnen bei dieser Frage nicht unbedingt an.

Auch die Kommunen sind Kostenträger im Bereich der Kitas.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das wird sich auch nicht ändern. Wir haben inzwischen im FAG 600 Millionen € mehr als im Jahr 2012, die an die Kommunen gehen. Das möchte ich auch noch einmal sagen. Da hat sich inzwischen eine ganze Menge verändert. Viele merken erst jetzt

(Beate Raudies)

tatsächlich, wie hoch die Belastung ist. Das liegt daran, dass viele jetzt erst den Bedarf bedienen, der vorher vielleicht gar nicht so offenkundig war und nachgefragt wurde.

Frau Krämer, ich möchte zum Hinweis auf die Qualität gern noch ergänzen. Sie haben hier wörtlich gesagt, wir hätten die Qualität nie mit Geld unterlegt. Ich möchte an dieser Stelle gern noch einmal zu Protokoll geben, dass in den Zeiten der Küstenkoalition unter anderem im Bereich der Kita-Qualität folgende Maßnahmen finanziert wurden: die zweite Kraft am Nachmittag, die Sprachförderung, die pädagogische Fachberatung, das Qualitätsmanagement, die Familienzentren, die Traumapädagogik und der flüchtlingsbedingte Mehrbedarf.

(Beifall SPD - Zuruf SPD: So ist es!)

Entschuldigung, wenn ich jetzt rückwärtsgerwandt bin, aber es gibt Dinge, die man einfach nicht so stehenlassen kann.

Was die Prognosen über Zuschüsse und Überschüsse im Haushalt angeht, liebe Kolleginnen und Kollegen, so verlasse ich mich da auf die Zahlen, die Ihre Finanzministerin in ihrer Finanzplanung ausweist. Da steht auf der Seite 48: Bis 2028 weisen die Haushalte alle Überschüsse aus. - Wenn Sie Ihrer Finanzministerin in dieser Beziehung nicht glauben, dann kann ich Ihnen auch nicht helfen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über a), den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/950, und b), den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/951. Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über c) Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/784, und d) Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/942. Es ist beantragt worden, sie dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist, wie ich sehe, einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf:

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf den Prüfstand

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/947

Meinungsfreiheit erfordert Meinungsvielfalt

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/982

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. - Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die AfD-Fraktion dem Abgeordneten Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Die öffentlich-rechtlichen Anstalten betreiben derzeit über 20 Fernsehkanäle und mehr als 60 Hörfunksender. Das ist ein deutliches Überangebot, das auch nach dem vom Bundesverfassungsgericht definierten Vorgabenauftrag mit nichts zu rechtfertigen ist. Ein Umbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist längst überfällig.

Die stetige Ausweitung der Programme und Inhalte hat dazu geführt, dass sich ARD und ZDF in einem permanenten Bieterwettstreit befinden. Sport- und Filmrechte sind teuer. Sportübertragungen und hochwertige Spielfilme werden inzwischen nicht nur von Privatsendern angeboten, sondern auch im Pay-TV und von Streaming-Diensten im Internet.

Im Bestreben, der privaten Konkurrenz Paroli zu bieten, haben ARD und ZDF ihre Hauptprogramme aufgebläht und verwässert und sich darüber hinaus mit einer Phalanx von Spartenkanälen umgeben. Ja, hier findet der Zuschauer hochwertige Kultur-, Bildungs- und Informationssendungen. Aber warum es reine Wiederholungskanäle wie den Sender ONE, mit Tagesschau24, ZDFinfo und Phoenix gleich drei reine Informationskanäle oder mit 3sat, ARTE und ZDFkultur gleich drei Kulturkanäle geben muss, ist dem Zwangsbeitragszahler schwer zu vermitteln.

(Beifall AfD)

Ganz absurd wird es, wenn man beobachtet, wie sich ARD und ZDF auf Neuland begeben. Das gemeinsame Angebot für junge Zuschauer nennt sich „funk“ und bildet eine lose Sammlung von über 30 Magazinen, die ausschließlich im Netz laufen. Ob das überhaupt noch Rundfunk darstellt, ist frag-

(Volker Schnurrbusch)

lich. Die Qualität mancher Sendungen ist durchaus fragwürdig, ja grenzwertig. Welcher Beitragszahler möchte Formate wie „Auf Klo“, einem Mädelsstalk auf dem Klo, wie es auf der Startseite heißt, einer - ich zitiere - „Vorglühtour mit Bananenschnaps“ oder einer Sexberatung mit einem Titel mitfinanzieren, den ich nicht nur in diesem Hohen Haus nicht in den Mund nehmen würde?

(Zuruf FDP: Würde ich mir angucken! Keine Scheu!)

- Ich kann Ihnen den Link geben. Es ist die Frage, ob man dafür Zwangsgebühren zahlen sollte.

(Zuruf)

- Es ist alles frei, wunderbar. Aber warum zu 17,50 € im Monat?

Auch die Ausweitung von Textinhalten im Netz, die den Zeitungsverlegern Konkurrenz machen, ist nicht vom Auftrag abgedeckt, den ihn das Verfassungsgericht abgesteckt hat.

Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich in diesem Jahr mehrfach getroffen. Ministerpräsident Günther gehört zu den Landeschefs, die den Reformbedarf erkannt haben. Im Juni 2018 wurde er in der Presse damit zitiert, dass ein Auftrag gebraucht werde, der auf qualitativen Inhalten beruhe. Dazu müsse geprüft werden, welche Angebote der öffentlich-rechtliche Rundfunk zwingend vorhalten muss.

Genau dieser Frage stellen sich die öffentlich-rechtlichen Sender eben nicht. Wie kann es sein, dass die Rundfunkkommission der Länder Einsparungen von ARD und ZDF fordert, die die Anstalten schlichtweg ablehnen? Sie meinen, es genüge, in den nächsten zehn Jahren 1,1 Milliarden € einzusparen. Aber bedarf das wirklich einer großen Kraftanstrengung, wenn sich bis 2020 bereits ein Überschuss von mehr als einer halben Milliarde €, genau 544,5 Millionen €, bei den Anstalten ansammelt? Wenn gleichzeitig der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm, übrigens ein ehemaliger Pressesprecher der Bundesregierung unter Frau Merkel, ankündigt, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten ab 2021 mehr Geld benötigen werden, dann schlägt das dem Fass den Boden aus. Mehr Geld bekommen, um mehr Geld einzusparen: Was ist das für eine verquere Logik? Wer soll das verstehen? Das versteht kein Bürger, der wenig öffentlich-rechtliche oder nur private Sender sieht, niemand, für den 17,50 € im Monat kein Pappenstiel sind, keiner, der von einem nicht kommerziellen System neutrale

Berichterstattung erwartet und nichts Tendenziöses, ja teilweise betreutes Fernsehen.

Die angekündigten Einsparmaßnahmen sollen daherrühren, dass ARD und ZDF enger kooperieren wollen. Das ist toll.

(Zuruf SPD)

- Zu Ihrem luftleeren Antrag kommen wir gleich, Herr Kollege.

Warum nicht gleich ARD und ZDF zusammenlegen? Die Unterschiede zwischen Inga Lindström und Rosamunde Pilcher sind doch eher marginal und ohnehin nicht vom Versorgungsauftrag gedeckt.

Dass ARD und ZDF neben überhöhten Beiträgen auch mindestens 500 Millionen € an Einnahmen durch Werbefenster erzielen, ist ein Anachronismus, der schleunigst abgeschafft gehört.

Wir fordern die Landesregierung heute auf, sich im Bundesrat und in der Rundfunkkommission - falls noch nicht geschehen - für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einzusetzen, damit er sich auf Information, Bildung und Kultur konzentriert. Das öffentlich-rechtliche System ist ein Relikt der Nachkriegszeit, das mithilfe der Zwangsbeiträge in einer marktwirtschaftlich organisierten Medienlandschaft mitspielen will. ARD und ZDF sollen keine besseren Privatsender sein, sondern eine seriöse Alternative. Diesen Anspruch werden wir immer wieder einfordern, bis die Rundfunkstaatsverträge gekündigt und neu verhandelt werden. Wir bitten um Abstimmung in der Sache.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tim Brockmann.

Tim Brockmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon ein Jahr her als wir einen ähnlichen Antrag von der AfD-Fraktion hatten. Damals sollten die Staatsverträge gekündigt werden. Sie sind in diesem Hohen Haus damit gescheitert - zu Recht gescheitert. Wahrscheinlich stellen Sie deshalb jetzt wieder einen ähnlichen Antrag. Nur gehen Sie diesmal nicht ganz so plump vor, obwohl Sie nach wie vor dasselbe Ziel verfolgen: Sie wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schwächen.

(Tim Brockmann)

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Reformieren heißt das!)

Sie sprechen zwar davon, dass Sie ihn auf den Prüfstand stellen. Sie wollen ihn „nur“ auf den Prüfstand stellen. Ich setze das „nur“ bewusst in Anführungszeichen. Tatsächlich schwebt Ihnen keine ergebnisoffene Prüfung vor, sondern Sie haben bereits - das haben Sie auch in Ihrer Rede deutlich gemacht, Herr Schnurrbusch - eine klare Vorstellung davon entwickelt, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Zukunft aussehen soll. Sie wollen ihn - auch das klingt vielleicht im ersten Moment gut - auf den Informations-, Bildungs- und Kulturbereich reduzieren. Sie wollen Sender und Senderformate einstellen.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

- Klatschen Sie da ruhig, Herr Nobis.

Mit anderen Worten: Sie wollen ihn kleinmachen. - Ich frage mich, woher Ihr Argwohn gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt. Liegt es an der kritischen Berichterstattung?

(Zuruf SPD: Ja!)

Liegt es an dem Widerspruch, den man auch als Politiker ertragen muss?

(Zuruf SPD: Ja!)

Liegt es daran, dass nachgefragt wird, dass Haltung gezeigt wird, dass Anstand gezeigt wird?

(Zurufe SPD: Ja!)

- Danke. Genau. Ja. Diese Fragen kann man alle mit Ja beantworten.

Es scheint Ihnen auch nicht zu gefallen, dass 83 % der wahlberechtigten Bevölkerung den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für unverzichtbar halten. Diese Menschen fordern genau diese Berichterstattung, die sich kritisch mit der Politik auseinandersetzt.

Die Vehemenz und die Häufigkeit, mit der die AfD den öffentlich-rechtlichen Rundfunk beharkt, lässt nur einen Schluss zu: Man möchte sich kritischer Berichterstattung entledigen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Oder wie drückte es Ihr Parteichef Gauland am 4. September 2018 in der „FAZ“ aus. Ich zitiere:

„Das sind Leute aus anderen Parteien und leider auch aus den Medien. Die möchte ich aus der Verantwortung treiben.“

(Thomas Hölck [SPD]: Das ist unerhört!)

Meine Damen und Herren, solche Äußerungen haben nichts, aber auch gar nichts mit unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung zu tun. Hier gilt es, ein Stoppschild zu setzen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das Perfide ist, Sie gehen mit Ihrem Antrag durchaus geschickt vor. Auf den ersten Blick mag es attraktiv sein, durch den Verzicht auf Sport und Unterhaltung beim Rundfunkbeitrag zu sparen. Für diese Forderung werden Sie wahrscheinlich auch viel Applaus erhalten, doch ist diese Entlastung wirklich Ihr Ziel? - Nein. Hinter der Forderung, Sport und Unterhaltung den kommerziellen Sendern zu überlassen, steckt etwas anderes, nämlich das Kalkül, ARD und ZDF in der Gesamtnutzung zu schwächen und damit auch die Nutzung der Informationsangebote. Auf diese Weise wollen Sie die Reichweite kritischer Berichterstattung reduzieren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Jörg Nobis [AfD]: Das hat keiner gesagt!)

- Doch, das ist so. Hören Sie doch Ihrem Parteivorstand zu. Wie kommen Sie eigentlich darauf, dass Sport und Unterhaltung zu viel Platz im Programm einnehmen? - Einen Blick in die Statistik - ich empfehle „MediaPerspektiven“ aus April 2018 - zeigt: Der Sportanteil bei der ARD beträgt 6 % und im ZDF 5 %. Ich denke, das ist nicht zu viel, wenn man dagegen sieht, dass etwa 40 % der Sendezeit für das Verbreiten von Informationen, von Nachrichten und Dokumentationen genutzt werden. Ein Missverhältnis, so wie Sie es dargestellt haben, kann ich hier überhaupt nicht erkennen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ihre Forderung, den Sport ausschließlich dem privaten Fernsehen zu überlassen, halte ich für hochgradig unsozial.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das habe ich auch gar nicht gesagt!)

Es ist doch bereits jetzt ein klarer Trend zu erkennen. Immer mehr Top-Ereignisse wandern ins Pay-TV ab. Das ist unsozial und ungerecht. Sehen kann nur noch, wer es sich leisten kann.

(Beifall CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem frage ich mich, was Sie eigentlich gegen gute Unterhaltung haben. Gute Unterhaltung ist

(Tim Brockmann)

auch anspruchsvolle Fiktion wie zum Beispiel „Tatort“, „Tatortreiniger“, „Bad Banks“, um nur einige Beispiele zu nennen. Wer, wenn nicht ARD und ZDF, fördert auch die heimische Filmwirtschaft? Qualitativ hochwertige Unterhaltung dient auch der Bildung. ARD und ZDF bieten Unterhaltung für alle und nicht nur für die werberelevanten Gruppen, meine Damen und Herren.

Bei allem Reformeifer dürfen wir dabei eins nicht aus den Augen verlieren, und das unterscheidet uns von der AfD. Für eine lebendige Demokratie sind Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt sowie der Zugang zu den freien Medien essenziell. Hier dürfen wir keine Abstriche machen. Das ist genau der Punkt, der uns unterscheidet und der auch in unserem Antrag deutlich wird. Zentraler Bestandteil der Meinungsfreiheit in unserem Land ist seit mehr als 60 Jahren der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Wir treten dafür ein, dass dies auch in Zukunft so sein wird und machen dies mit unserem Alternativantrag deutlich. - Vielen Dank!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach 1945 waren es die Alliierten, die in den westlichen Besatzungszonen Landesrundfunkanstalten gründeten und die Grundlagen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schufen. Dafür können wir ihnen bis heute dankbar sein. Nach den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur, der Hetze, der Manipulation durch den „Völkischen Beobachter“ und die „Deutsche Wochenschau“ sollte der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk der Gegenentwurf sein.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gründliche Recherche, sauber aufbereitete Informationen, eigene Positionen, die nicht unpolitisch sind, aber doch unparteiisch, kennzeichnet die Arbeit bis heute. Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, in welcher Lage wir heute sind? Im Weißen Haus sitzt ein Präsident, der die unliebsame Presse als „Enemy of the people“ diffamiert und sagt. Das sind eure Feinde - die mit den Notizblöcken und den Kameras.

In Polen arbeitet die nationalistische Regierung seit Jahren mit erschreckendem Erfolg an der Zerschlagung der freien Presse.

Ungarn ist seit dem Amtsantritt von Viktor Orban, übrigens dem Inspirator von Horst Seehofer und der CSU, auf der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ um 50 Plätze abgerutscht. Das ist das traurige Spiegelbild eines beispiellosen Kampfes gegen die freie Presse.

Erst vor wenigen Tagen rüttelte ein Bericht aus Österreich auf. Laut ORF gibt es Empfehlungen aus dem FPÖ-geführten Innenministerium an die Polizei, die Kommunikation mit kritischen Medien auf ein Minimum zu beschränken. Kritisch sind wohl gemerkt alle, die sich sträuben, in einen Jubelchor über Rechtspopulismus auszubrechen. Es ist der österreichische Vizekanzler, der einen längst nicht mehr privaten Kleinkrieg gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk führt.

In Dänemark treibt die rechtspopulistische Volkspartei die konservative Minderheitsregierung in der Frage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor sich her. Der Haushalt von Danmarks Radio wird um 20 % schrumpfen.

In Chemnitz war es eines der schlimmen Dinge, die Herrn Maaßen in die Lage gebracht haben, dass man ihn aus dem Amt entfernen musste, dass er gesagt hatte, es sei alles erfunden, was dort Journalisten - freie Journalisten - berichtet haben. Diese haben mir gegenüber übrigens gesagt, dass sie erstmals in Deutschland außerhalb von Kriegsgebieten unter Polizeischutz arbeiten mussten.

In der letzten Sitzung haben in diesem Haus zwei extremistische Reden stattgefunden, in denen gesagt worden ist, wir hätten eine „Lügenpresse“ und es gebe keinen freien Rundfunk mehr. Sie bezogen sich namentlich auf den NDR und das ZDF.

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:
Das ist eine Erfindung! - Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich diese Sachen ansieht, kann ich nur sagen: So etwas wollen wir nicht. Dagegen setzen wir uns mit aller Kraft in diesem Haus zur Wehr.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Radikalisierung der eigenen Anhänger wird befeuert, die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben, Rassismus wird formuliert. Immer mehr Menschen beziehen ihre Informationen aus sozialen

(Dr. Ralf Stegner)

Netzwerken und lassen durch ihre Klicks die Algorithmen und nicht mehr ausgebildete Journalisten entscheiden, welche Nachrichten sie bekommen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Warum wohl?)

Es entstehen Filterblasen, und die Timeline besteht manchmal nur noch aus Mord, Hass und Hetze, aus Kommentaren, die das bestätigen, was man ohnehin schon vertritt.

Es ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der die eine oder andere dieser Filterblasen zum Platzen bringt. Die „Tagesschau“ in der Halbzeitpause des Fußballspiels, die politische Talkshow, das „Schleswig-Holstein-Magazin“, die Unterhaltung und Informationen zusammenbringen. Wir brauchen einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und kein zusammengestutztes Rumpf-Programm in Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Kampf gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist Teil des Rechtsrucks hier in Europa und überall. Deswegen kann ich sagen: Die Pressefreiheit besteht bei uns nicht nur aus den öffentlich-rechtlichen Medien, sondern auch aus den anderen. Aber Pressefreiheit ist Grundpfeiler unserer Demokratie. Wir wollen über Fakten berichtet haben und Meinungen hören und nicht das, was Fakt ist, als Fake-News bezeichnet und das andere umgedreht haben. Das ist das, was wir zu sehen kriegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Es ist Ihnen natürlich unangenehm, weil Sie in den anderen Medien sozusagen Ihre Propaganda einfach von sich geben können. Meinungsfreiheit, zu streiten über den richtigen Weg, und zwar zwischen demokratischen Fraktionen, ist das Lebenselixier der Demokratie. Darauf sind wir richtig stolz. Man kriegt zwar nicht immer recht, aber man freut sich auch nicht über das, was in den Medien steht. Aber dass sie das dürfen, dass sie das dürfen müssen, dass wir das brauchen und es auch bedrohlich für uns ist, dass es diesen Niedergang in Europa gibt, ist doch Fakt.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir hier miteinander einen gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen gestellt haben, weil der nämlich zum Ausdruck bringt, dass wir uns diesem Rechtsruck entgegenstellen, dass wir nicht mitmachen bei dem, was peu à peu, Stückchen für Stückchen, vorgebracht wird. Es ist Ihnen unangenehm, wenn Sie nicht jubelt werden für den Quark, den Sie hier

vertreten, sondern sich einer kritischen Öffentlichkeit stellen müssen.

Ich bin froh, dass wir kritische Journalisten in Schleswig-Holstein haben, die über unsere Arbeit berichten. Die dürfen das im Gegensatz zu den Gesellschaftsordnungen, die Sie für richtig halten, da wären die nämlich verboten.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Wir wollen so etwas nicht.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen den Antrag beschließen und werden Ihren Mist ablehnen. - Entschuldigung, das war unparlamentarisch, aber inhaltlich war es so. Wir werden das ablehnen, was Sie auf den Tisch gelegt haben. Mit uns ist das nicht zu machen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir in der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Mitglieder des Lions Clubs aus Wahlstedt und Mitglieder des SPD-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist nicht einmal einen ganzen Monat her, als Herr Nobis hier noch von „Lügenpresse“ schwadroniert hat. Man muss sich vergegenwärtigen, dass nicht einmal Höcke diesen Begriff verwendet. Höcke hat irgendwann einmal klargestellt, dass er den Begriff „Lügenpresse“ für nicht akkurat hält, er spricht lieber von „Lückenpresse“. Wir wissen, das meint beides das Gleiche. Aber nichtsdestotrotz stellen Sie sich doch noch einen Schritt rechts von Höcke hin und wollen jetzt heute hier mit einem Reformvorschlag daherkommen.

(Jörg Nobis [AfD]: Haben wir schon!)

(Lasse Petersdotter)

Ganz ehrlich, Sie haben sich für die medienpolitische Debatte gänzlich disqualifiziert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Ihnen geht es nicht darum, die Presse und die Medienlandschaft zu reformieren; Ihnen geht es schlichtweg um ein einziges Ziel: die staatliche Kontrolle und die Gängelung der Medien. Damit sind Sie sicherlich nicht allein; das wurde hier bereits angesprochen. Sie haben im Geiste viele Brüder und Schwestern. Das kann man so sagen; immerhin treffen Sie sich immer wieder mit denen auf Konferenzen in den USA, Ungarn, Polen und Österreich, aber auch mit anderen - mit denen Sie nicht auf Konferenzen sind - beispielsweise in der Türkei, wo mit einer ähnlichen Politik gegen die Presse vorgegangen wird.

Die Agitation gegen die freie Presse ist ein Wesenskern rechter Politik. Sie ist immer einer der ersten Schritte, die rechte Politik benötigt, damit es keine kritische Meinung und keine plurale Darstellung der politischen Debatte mehr gibt, sondern man selbst das Narrativ setzt und sich mit einer einseitigen Darstellung und einfachen Antworten auf komplexe Fragen durchsetzen kann.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich Ihrer Meinung nach auf Information, Bildung und Kultur konzentrieren. Sie möchten, dass es keine weiteren Darstellungen in anderen Bereichen gibt, nicht in der Unterhaltung, nicht im Sport; darauf gehe ich gleich gern noch ein. Diese Position könnte man sogar haben, wenn man dieses medienpolitische Bild vertritt. Das Problem ist aber, dass die AfD schon einige Schritte weitergeht und durch ihre eigenen Maßnahmen zeigt, worauf sie am Ende des Tages hinauswill. Auch das werde ich gleich noch ansprechen.

Bildungsfernsehen? Ich frage mich: Was meinen Sie eigentlich damit?

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Was meinen Sie mit Information, Bildung und Kultur? - Was Sie sich unter Information vorstellen, haben wir gestern in der Aktuellen Stunde gesehen. Sie haben kein Interesse an einer aufklärerischen Information. Aber nehmen wir einmal das Bildungsfernsehen: Was versteht eigentlich die AfD unter Bildung?

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Ich stelle mir das in etwa so wie die Veranstaltung „Fraktion im Dialog“ vor, die hier seitens der Frak-

tion der AfD in der letzten Woche stattgefunden hat, als ein Referent des sogenannten Europäischen Instituts für Klima & Energie referierte. Das klingt erst mal hochseriös; irgendwie klingt das nach etwas. Das Problem ist, dass dieses angebliche Institut an keine Hochschule angebunden ist. Es ist ein eingetragener Verein. Es gibt keinerlei fachwissenschaftliche Veröffentlichungen dieser Person. Geleitet wird dieses Institut für Klima & Energie von einem Historiker. Ist Ihr Verständnis vom Bildungsauftrag also, dass solch klimaleugnerische Bildungspolitik am Ende des Tages auch noch in unsere Fernseher hineingeschwemmt wird?

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da vertraue ich lieber Lesch und anderen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Dann wollen Sie, dass die Spartensender verschwinden. Immer wieder wird auf die Spartensender Bezug genommen. Ehrlicher Weise muss man sagen: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für alle da. Was ich gucke, läuft viel häufiger auf ZDFneo und auf funk als auf ZDF und 3sat. Diese Spartensender haben eine gesellschaftliche Relevanz. Wenn Herr Schnurrbusch hier eben beschrieben hat, was er für berichtenswert und interessant hält, möchte ich Ihnen sagen: Wir haben nicht die gleichen Interessen. Das ist auch gut so. Genau dafür ist der öffentliche Rundfunk da.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Wenn es um den Sport geht, kann ich ja verstehen, dass dafür zu viel Geld ausgegeben wird und das ärgerlich ist. Da kann man versuchen, andere Modelle zu finden. Ich finde es allerdings befremdlich, dass Sie damit zufrieden sind, dass die Kielerinnen und Kieler das letzte Spiel der Saison von Wolfsburg gegen Holstein Kiel nicht gucken konnten, wenn sie dafür kein Geld ausgeben wollten. Das halte ich nicht für ein cooles Vorgehen, sondern hätte es tausendmal lieber gehabt, wenn das im öffentlichen Rundfunk übertragen worden wäre. Das Gleiche gilt auch für die Europameisterschaft in Deutschland 2024.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Worum es Ihnen im Kern wirklich geht, sind der Journalismus und die Frage: Wie halten wir es eigentlich mit der Kritik? Natürlich sind wir nicht immer alle glücklich, wie berichtet wird, halten etwas

(Lasse Petersdotter)

für nicht akkurat genug, glauben, man könnte doch mehrere Perspektiven einbinden, man hätte doch mehr ins Detail gehen können, und teilweise schmerzt die Kritik, auch wenn sie zutrifft. Der Maßstab, wie demokratisch wir als Politikerinnen und Politiker sind, bemisst sich daran, wie wir mit solcher Kritik aus der Presse umgehen, dass wir sie ohne Diskussion aushalten und dazu stehen, dass wir kritisiert werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jörg Hansen [FDP])

Letzten Endes ist Ihre Partei die einzige, die dagegen aktiv vorgeht. Sie sind die einzige Partei, die Beschlüsse dazu gefasst hat, unliebsame Presse bei kritischen Anträgen auf einem Parteitag ausschließen zu können. Das macht seit 70 Jahren keine andere Partei; da sind Sie die Ersten, die das wieder für sich entdeckt haben. Genau da sehen wir den Demokratiecharakter Ihrer Partei und Ihrer Medienpolitik. Unser Charakter ist, dem nicht zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Jan-Marcus Rossa das Wort.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag startet die AfD in diesem Parlament ihren Angriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

(Jörg Nobis [AfD]: Schon die zweite Runde!)

Vordergründig setzt sich die AfD für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein, der gegenüber privatwirtschaftlichen Anbietern ein qualitativ höherwertiges Programm anbieten und nur auf Sport- und Unterhaltungssendungen verzichten soll. Das klingt harmlos, genauso wie die Rede des Kollegen Schnurrbusch, aber so arglos sind wir nun einmal nicht.

Die Differenzierung zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk einerseits und privatwirtschaftlichen Medien andererseits in dem Antrag ist bemerkenswert. Darin kommt nicht nur Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum Ausdruck, sondern es wird behauptet, privater Rundfunk sei von Natur aus qualitativ minderwertiger. Das ist schon eine schräge Sichtweise, die Sie hier offenbaren.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anmaßend ist es aber, dass sich die AfD auf die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bezieht, um den Eindruck zu erwecken, sie wolle eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf der Grundlage verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung diskutieren. Aber die Haltung der AfD und ihre Ziele für die Gestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befinden sich keineswegs in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung unseres Verfassungsgerichts. Ganz im Gegenteil, Sie verfolgen das Ziel, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zuerst zu schwächen und dann in der Bedeutungslosigkeit verschwinden zu lassen. Liebe Kollegen von der AfD, das werden wir zu verhindern wissen.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre wirklichen Ziele und Motive teilen Sie uns zwar nicht in Ihrem Antrag mit, aber wir können ja auf Sekundärquellen zurückgreifen, die Ihre wahren Absichten enttarnen. In diesem Parlament bezeichneten Sie die Medien in unserem Land als „Lügenpresse“ und stellten infame Behauptungen auf, zum Beispiel, zwischen der Berichterstattung in den „Tagesthemen“ und der „Aktuellen Kamera“ im DDR-Fernsehen gebe es keinen Unterschied.

Dass es sich hier nicht um eine Einzelmeinung des Abgeordneten Nobis handelt, der sich schon häufiger durch fragwürdige und auch geschmacklose Äußerungen ausgezeichnet hat, entlarvt das Bundeswahlprogramm der AfD. Dort können wir nachlesen, dass die AfD eine neue Medienordnung will. Es soll keinen Rundfunkbeitrag mehr geben, und das öffentlich-rechtliche Fernsehen soll nur noch als Bezahlfernsehen existieren. Wer nicht Abonnent ist und nicht zahlt, soll auch keinen Zugang zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen haben.

Ganz ehrlich, diese Idee ist so absurd und so verfassungswidrig, dass sich weitere Ausführungen zu Ihren Fernzielen erübrigen.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie zeigen aber, dass es Ihnen nicht um Meinungs- und Medienfreiheit geht, sondern um Desinformation und die Beschneidung der Meinungsfreiheit, weil Ihnen die Berichterstattung in vielen Medien nicht passt. Sie fangen mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk an, und Sie werden bei den privaten Medien dann sicherlich nicht haltmachen.

(Jan Marcus Rossa)

Dass die AfD ein völlig gestörtes Verhältnis zu den Medien hat, offenbart sich immer wieder bei unterschiedlichen Gelegenheiten. Auch Ihr Bundesvorsitzender hat sich Anfang des Jahres entlarvend zu Rundfunk- und Pressefreiheit geäußert. Auf der Homepage der Bundes-AfD hat er schwadroniert, der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe eindrucksvoll bewiesen, dass dessen Zwangsfinanzierung jeder Grundlage entbehre. Er meinte weiter, dass es nicht sein könne - ich zitiere wörtlich mit Verlaub -, „dass sämtliche Bürger genötigt werden, mit ihrem Geld die krankhaften Halluzinationen linker Propagandisten auch noch zu vergüten“.

Es ist unfassbar, was und wie Sie sich äußern. Sie sind nicht nur respektlos, sondern Sie fordern die Zensur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Mit solchen Äußerungen zeigen Sie nicht nur einen Mangel an Zivilisierung, sondern Sie verfolgen ganz offen demokratiefeindliche und totalitäre Ziele.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden hier - und hoffentlich nicht nur hier - gemeinsam diesen Bestrebungen entschieden entgegenreten. Wir treten hier und heute gemeinsam über die Fraktionsgrenzen hinweg für Medienfreiheit und Medienvielfalt ein. Die Medien sind ein Grundpfeiler unserer Demokratie, und sie stärken die Demokratie. Es mag uns nicht immer gefallen, was und wie über uns berichtet wird, aber das ist ja auch nicht deren Aufgabe. Die Medien haben objektiv über die Dinge zu berichten.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Das ist für unsere Gesellschaft wichtig. Sie können sich mit den Medien auseinandersetzen. Herr Nobis, bei Ihren Schmähungen übersehen Sie aber, dass Sie es sind, der den Anlass für kritische Berichterstattung über die AfD setzt. Es ist nicht umgekehrt.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich halte es für richtig und wichtig, dass über Ihre fragwürdigen Ziele und über die zahlreichen Halb- und Unwahrheiten, die Sie äußern, kritisch berichtet wird. Wir brauchen einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk genauso wie starke private Medien. Sie haben die Aufgabe, unabhängig und überparteilich zu berichten, und sie leisten damit einen ganz wesentlichen Beitrag für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Das soll so bleiben. Deshalb treten wir für Meinungsfreiheit, Mei-

nungsvielfalt und Medienvielfalt ein. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Vorsitzenden Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es mag nicht allzu überraschend sein, aber bei einer Sache können wir nach nur einem Jahr sicher sein: Die Vorstöße der AfD gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind nur allzu vorhersehbar: Inhalte begrenzen, Mittel entziehen, seine Attraktivität einschränken und eigentlich am liebsten abschaffen, was nicht irgendwie privatwirtschaftlich arbeitet.

Der erste Punkt ist der Ruf nach einer grundlegenden Reform, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk dahin gehend in seinem Programm beschränkt, dass er nur noch Informations-, Bildungs- und Kulturformate sendet. Besonders die Sportberichterstattung ist der AfD ein Dorn im Auge. Mich wundert das nicht: Sie haben noch nie fairen Sportsgeist gezeigt, aber eines verrate ich Ihnen schon vorab - nehmen Sie es als gut gemeinten Tipp -: Wenn Sie den Deutschen den Fußball nehmen wollen, dann bringen sie das Volk wirklich gegen sich auf.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD] und Christopher Vogt [FDP])

Der Sport ist Teil der öffentlich-rechtlichen Fernsehlandschaft, und dazu gehört die Live-Übertragung großer Ereignisse: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist dabei - anders als die Privaten - angehalten, die Sportrechte zu vernünftigen Preisen einzukaufen. Deswegen sehen wir beispielsweise die Champions League nicht im ZDF, noch nicht einmal als Zusammenfassung am späten Abend. Eigentlich müsste man hier wie in anderen Ländern eher darüber nachdenken, dass Sportereignisse, wenn nicht live, dann doch zumindest als Zusammenfassung Teil des öffentlichen Auftrags der Rundfunkanstalten und damit kostenlos sein müssen. Was die Öffentlich-Rechtlichen aber auch ausgezeichnet leisten können - das ist wirklich eine sinnvolle Sache -, ist, dass sie über Doping und Korruptionsfälle diskutieren und problematisieren, wie die Auswahl der Austragungsorte abläuft. Hieran wollen wir nicht rütteln.

(Lars Harms)

Der zweite Punkt ist der, dass Spartensender eingestellt werden sollen, Spartensender wie beispielsweise ZDFinfo oder ZDFkultur, ausgewiesene Bildungs- und Kultursender, die eigentlich behalten werden sollen, so denke ich, weil Sie doch Bildung und Kultur haben wollen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Aber nicht dreimal!)

Tagesschau24, der pure Informationssender, wäre damit in Gefahr wie andere auch. Und nicht zuletzt KIKA, womit Sie nicht nur quengelnde Kinder, sondern vor allen Dingen deren entgeisterte Eltern wirklich auf der Türschwelle hätten, wenn Sie das wirklich durchsetzen.

(Beifall Birte Pauls [SPD], Beate Raudies [SPD], Dennys Bornhöft [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Kolleginnen und Kollegen von der AfD, um es noch einmal ganz persönlich zu machen: Wenn Sie wirklich versuchen, mir den „Rockpalast“ im WDR zu nehmen und mich damit nötigen, wieder auf nasse, kalte Festivals zu gehen, statt sie gemütlich im Wohnzimmer zu sehen, hört selbst bei mir der Spaß auf.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und FDP - Heiterkeit)

Der dritte Punkt ist dann wieder die Rundfunkgebühr, anscheinend Dauerbrenner und ewiger Aufreger für die AfD. Hinter dem Rundfunkbeitrag steht das Solidarprinzip. Offensichtlich hat die AfD nicht nur in diesem Bereich Schwierigkeiten mit dem Grundgedanken der Solidarität. Durch dieses Solidarsystem können Angebote produziert werden, die nicht nur für die breite Mehrheit der Menschen interessant sind, sondern auch - darauf weisen wir immer wieder gern hin - auf Minderheiten ausgerichtet sind.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nobis?

Lars Harms [SSW]:

Gern.

Jörg Nobis [AfD]: Herr Harms, Sie sprachen vom Solidarprinzip. Ich habe mein Problem damit,

- Das weiß ich.

wenn der WDR-Intendant 399.000 € pro Jahr verdient. Das finde ich recht viel für so einen Intendanten, aber vielen Dank. Das war eine Anmerkung.

- Trotzdem darf ich darauf antworten und würde mich freuen, wenn Sie zumindest kinderstubenmäßig stehen bleiben würden.

- Bleibe ich.

- Danke schön. Es gibt viele Führungspositionen in vielen Bereichen, in allen möglichen Rundfunkanstalten, in Banken, in Versicherungen, in der Politik, im privaten Gewerbe. Es gibt viele Menschen, die viel verdienen. Das mag man mögen oder nicht mögen. Aber wenn Sie das schlecht finden - beinahe hätte ich ein anderes Wort mit „sch“ verwendet - dann stellen Sie doch hier den Antrag, dass die Bezüge zu begrenzen sind. Warum wollen Sie dann aber unbedingt den ganzen öffentlichen Rundfunk kaputt machen?

(Jörg Nobis [AfD]: Das hat keiner gesagt!)

Das versteht hier kein Mensch. Das ist der eigentliche Hintergrund.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Der Hintergrund ist nicht, dass irgendein Intendant so fürchterlich viel Geld verdient, sondern der Hintergrund ist, dass da kritische Berichterstattung stattfindet, die Ihnen nicht passt. Deswegen wollen Sie die Öffentlich-Rechtlichen austrocknen.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und FDP)

Meine Damen und Herren, ich war gerade dabei, kurz zu erklären, dass auch Minderheiten vom Fernsehen und Rundfunk in öffentlicher Trägerschaft gut haben. Beispielsweise sendet der MDR für die sorbische Minderheit in sorbischer Sprache sehr lange. Es ist kein Geheimnis, dass wir als SSW uns das auch von unserem NDR wünschen. Da ist sicherlich noch Luft nach oben, aber wir können es uns auch nur vom NDR wünschen, von Privaten geht das so einfach nicht. Die sind anders organisiert.

Es ist wichtig zu wissen, dass wir durch dieses Solidarprinzip in der Lage sind, tatsächlich auch Programme für ganz spezielle Menschen zu machen, zum Beispiel für Menschen mit Behinderung, wenn es um Audiodeskription geht. Auch das finanzieren wir mit unseren Gebühren mit. Ich bin ganz froh darüber, dass wir das tun.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD, Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dennys Bornhöft [FDP])

Insofern bleibt eigentlich nur noch eins zu zitieren, nämlich das Grundgesetz, Artikel 5 Absatz 1. Dort steht:

„Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Das ist auch gut so. Damit das so bleibt, müssen wir den Antrag der AfD ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung erteile ich dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es etwas gibt, wo große Einigkeit bei den Rechtspopulisten in Europa herrscht, ist das, überall dort, wo sie Verantwortung tragen, die Pressefreiheit einzuschränken. Dazu passt genau der Antrag, den Sie als AfD heute gestellt haben, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in ein enges Korsett zu zwängen. Vor einem Jahr haben Sie mit Ihrem Antrag versucht, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk faktisch abzuschaffen. Heute geht es um einen Kahlschlag. Sie kämpfen gegen freie Medien. Ich sage Ihnen an der Stelle: Unser Konzept setzen wir dem entgegen - für eine Demokratie, die eine starke Kontrolle durch Medien braucht, die unabhängig sind, sowohl private Medien als auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir werden diese Errungenschaften unserer Demokratie mit allem verteidigen, was wir haben - gegen Parteien wie Ihre, das sage ich Ihnen in aller Klarheit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Nun mache ich kein Hehl daraus, dass wir in einigen Bereichen auch eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks brauchen. Deswegen verhandeln wir auch auf Ebene der Ministerpräsidentenkonferenzen genau darüber. Aber eines sage ich Ihnen sehr klar: Dass Sie denen die Grundlage für wesentliche Teile entziehen wollen, wird mit Sicherheit nicht Teil des Programms sein, das wir dort verabschieden werden. Natürlich gehören

Grundpfeiler - Informations-, Bildungs- und Kulturbereich - dazu. Genau das ist das Grundprinzip des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dass man nicht auf Werbeeinnahmen angewiesen ist. Deswegen muss sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk genau darauf konzentrieren.

Aber Sie wollen in Wahrheit die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht mehr haben. Deshalb wollen Sie ihm Sport und Unterhaltung wegnehmen. Das widerspricht aber dem Verfassungsauftrag, den der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat: eine Grundversorgung zu gewährleisten. Deswegen ist es vollkommener Unsinn, was Sie an der Stelle machen. Wir lehnen das ab, und wir werden genau das Gegenteil von dem tun, was Sie wollen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Wir brauchen eine ganzheitliche Reform. Auch ich glaube, dass es nicht sinnvoll ist, in einem Rundfunkstaatsvertrag festzuschreiben, dass wir 21 Vollfernsehprogramme haben,

(Jörg Nobis [AfD]: Ach, guck!)

sondern ich wünsche mir ausdrücklich - das haben wir als Landesregierung immer wieder deutlich gemacht -, dass wir stattdessen einen Budgetrahmen zur Verfügung stellen, um dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehr Freiheiten zu geben, damit er seinen Auftrag besser umsetzen kann. Das ist unser Konzept, was wir dem entgegenstellen.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen brauchen wir neben einem festen Budgetrahmen genauso eine Indexierung, um den Anstalten und - das sage ich sehr deutlich - auch den Beitragszahlern Planungssicherheit zu geben. Es ist auch die Idee dieses Vorschlags, dass wir nicht immer über eine Erhöhung reden,

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

sondern dass wir eine regelmäßige Anpassung in dem Bereich haben. - Sie haben unser Konzept nicht verstanden. Sonst hätten Sie jetzt nicht geklatscht.

(Lebhafter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dieses Konzept hat noch einige Hürden zu überwinden. Wir haben noch nicht alle Länder davon

(Daniel Günther)

überzeugt. Aber ich glaube, das wird ein gutes Konzept.

Deswegen sage ich Ihnen an der Stelle: Sie mögen sich selbst als Patrioten bezeichnen, aber alles, was Sie mit Ihren Anträgen tun, ist, unsere demokratischen Institutionen in Misskredit zu bringen. Sie verbreiten nicht nur schlechte Laune, sondern Sie tun alles dafür, das zu diskreditieren, was unser Deutschland groß gemacht hat, worauf die Menschen zu Recht stolz sind. Ich sage Ihnen: Wir Demokraten werden uns dem entgegenstellen!

(Anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich habe eben leider vergessen, Herrn Schnurrbusch das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag zu erteilen. Das hole ich hiermit nach und bitte, mein Versehen zu entschuldigen. - Herr Schnurrbusch, Sie haben das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Danke, Frau Präsidentin. - Es tut mir leid, dass ich die Dramaturgie jetzt durcheinanderbringe. Auch ich hätte dem Ministerpräsidenten gern das letzte Wort dazu gegeben. Das gebührt ihm einfach.

(Zuruf SPD: Er kann sich ja noch einmal melden!)

- Wir können die Debatte gern weiterführen; denn sie ist wichtig. Ich versuche, die Punkte ein wenig einzufangen.

Sehr geehrter Herr Brockmann, Sie haben völlig recht: Der Sport macht nicht den ganz großen Anteil aus - das ist so; er liegt unter 10 % -, aber er kostet sehr viel. Genau das habe ich auch nur gesagt. Ich habe nicht gesagt, ich will keinen Sport mehr, sondern ich habe gesagt, die Kosten sind sehr gestiegen. Das weiß auch jeder. Die FIFA verlangt im Moment auf diesem neuen, größeren Markt immer mehr Geld von den Anbietern. Da ist zu fragen, ob ARD und ZDF das mit den Zwangsbeiträgen, die sie ja bekommen, gegen die sich ja keiner wehren kann, der einen Haushalt hat - man muss noch nicht einmal ein Gerät haben -, zahlen sollten. Die öffentlich-rechtlichen Sender mussten in diesem Jahr 218 Millionen € für die WM bezahlen. Wir wissen alle, wie die WM ausgegangen ist.

(Unruhe CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Hinzu kommen noch die Produktionskosten, die Studios, die Reisekosten und so weiter. Es ist die Frage, ob das vermittelbar ist. Diese Frage habe ich gestellt, nichts anderes.

Dann müssen wir auch konstatieren - sehr geehrter Herr Brockmann, Sie kennen es aus dem Rundfunkrat -, dass sich das Medienverhalten nun einmal verändert hat. Es gibt eine neue Medienlandschaft. Der Altersdurchschnitt liegt bei den Zuschauern von ARD und ZDF jenseits der 60 Jahre und damit 20 Jahre über dem Gesamtbewölkerungsdurchschnitt.

(Beate Raudies [SPD]: Und bei KIKA?)

- Im Schnitt, habe ich gesagt. ARD und ZDF. Nicht KIKA. - Darauf muss man sich einstellen, und da ist immer die Frage: Sind die Gebühren in der Höhe gerechtfertigt? Auch die KEF, die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, sagt, diese Gebühren sind zu hoch.

Das sind keine Zahlen der AfD oder sonst woher. Wir müssen auch keine Debatten führen, die an der Sache völlig vorbeigehen. Ich bin wirklich entsetzt, wie viel hier geredet und wie wenig zugehört wird.

(Beifall AfD)

Es ist das zweite Mal, dass wir über dieses Thema reden, und jedes Mal geht es darum, was wir eigentlich wollen. Dass wir es abschaffen wollen, ist so absurd!

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie der Rede zugehört, die Herr Nobis beim letzten Mal gehalten hat?)

Ich habe im Gegensatz zu den meisten, die hier sitzen, lange genug in der Branche gearbeitet. Es verbietet sich einfach, mir zu unterstellen, dass ich die Meinungsfreiheit oder die Pressefreiheit einschränken will.

(Zuruf CDU: Das ist doch Ihre Fraktion! - Weitere Zurufe CDU und SPD)

- Ich spreche gerade! - Der Meinungskorridor hat sich in den letzten Jahren doch gerade bei den ARD-Anstalten verengt. Das habe ich am eigenen Leib gespürt.

Darum geht es heute aber gar nicht. Wir debattieren nicht über das, was die Journalisten leisten. Sie leisten viel. Das sage ich meinen Kollegen auch immer noch. Das hat sich überhaupt nicht geändert. Ich sage auch ganz klar: Ein öffentlich-rechtlicher Sender hat einen festen Platz in dieser Medienlandschaft.

(Volker Schnurrbusch)

Das haben wir auch nie bestritten. Das sage ich an die Adresse von allen. Er darf nur nicht der Platzhirsch sein, der mit den Beiträgen, die er bekommt, andere Anbieter verdrängen kann. Das geht einfach nicht.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen: Echte Reformen in Angriff nehmen, Gesundschumpfen eines aufgeblähten Apparats und die Konzentration auf Information, Bildung und Kultur. - Das sind nicht unsere Forderungen, sondern das sind die Ansichten der Ministerpräsidenten, auch des Ministerpräsidenten Günther. Ich bin sehr dankbar für die Einsichten, die er geäußert hat, und ich setze darauf, dass die Beratungen im Kreis der Ministerpräsidenten in die richtige Richtung weitergehen.

(Wortmeldung Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Schnurrbusch, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass der Alternativantrag völlig an der Sache vorbeigeht. Hier geht es um Parteipolitik. Hier geht es darum, einen angeblichen Rechtsruck in Europa zu beschwören.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Beachten Sie bitte die Redezeit!

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Das steht hier überhaupt nicht zur Debatte.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Schnurrbusch, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Danke.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Wenn das Ihr Demokratieverständnis ist, dass man hier nur über einen Rechtsruck redet,

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Danke schön. Danke!

Volker Schnurrbusch [AfD]:

- dann tut es mir leid. - Danke.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, zu diesem Tagesordnungspunkt sollte nicht die einzige nicht demokratische Fraktion das letzte Wort haben.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Hören Sie doch einmal damit auf! Das ist doch Unsinn!)

Im Übrigen - Herr Ministerpräsident, ich weiß gar nicht, ob Ihnen das recht ist - möchte ich die Ministerpräsidenten dagegen verteidigen, dass sie hier für solchen Unfug in Anspruch genommen werden. Ich habe das wahrgenommen, was die Ministerpräsidenten gesagt haben, und das hat mit Ihrer Analyse rein gar nichts zu tun. Das, was Sie hier behauptet haben, ist völliger Unfug.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Es geht um eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und nicht um eine Zerschlagung. Er soll weder ausgedünnt noch kaputt gemacht werden. Vielmehr soll er sich vernünftig und wirtschaftlich entwickeln. Das wollen wir alle. Wie das geht, darüber wird zwischen den Ländern diskutiert. - Das ist das eine.

Zweitens hören wir hier immer die bekannte Strategie, wir würden Ihnen angeblich Dinge unterstellen, die Sie gar nicht sagen. Es reicht doch, sich nur anzuschauen, was Ihr Parteivorsitzender hier erzählt. Das ist zitiert worden. Viele der Kolleginnen und Kollegen, die hier sitzen, saßen in der letzten Landtagstagung hier. Ich habe darauf geachtet. Unter dem kompletten Beifall der AfD-Fraktion ist hier vorgetragen worden, wir seien nicht mehr in der Demokratie, sondern seien auf dem Weg in die Diktatur, die demokratischen Parteien seien politisch verantwortlich für Massenmord und Vergewaltigung, und wir hätten keine freie Presse mehr, sondern eine Lügenpresse, die sich aufführe wie das DDR-Fernsehen. - Das ist in diesem Hause gesagt worden. Es ist sogar protokolliert worden.

(Dr. Ralf Stegner)

(Lebhafter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie sollten uns nicht für dumm verkaufen. Ich gebe zu, solche Äußerungen sind Wahnvorstellungen. Das würde ich schon so einordnen wollen, aber sie sind hier geäußert worden.

Das Gute ist ja: Wenn man schlau ist, kann man sich dumm stellen. Umgekehrt funktioniert das leider nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid. Ich hätte sowohl dem Kollegen Günther als auch dem Kollegen Stegner gern das letzte Wort gelassen. Aber, Herr Schnurrbusch, da Sie eben meine Zwischenfrage nicht zugelassen haben,

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Ich habe Sie nicht gesehen! Entschuldigung!)

wollte ich Ihnen nur noch einmal sagen: Wenn Sie uns hier den Eindruck vermitteln, dass Sie das, was Ihr Fraktionsvorsitzender in der letzten Landtagstagung zum Thema Presse gesagt hat, überhaupt nicht unterstützen, warum distanzieren Sie sich dann nicht öffentlich von diesen Äußerungen? Das erwarte ich von Ihnen und nicht, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie seien Opfer, hätten mit diesen populistischen Äußerungen nichts zu tun und hätten auch nie das Wort „Lügenpresse“ in den Mund genommen. - Natürlich haben Sie es nicht in den Mund genommen. Vielleicht hat man es auch nur nicht verstanden.

Herr Schnurrbusch, ich erwarte wirklich von allen, die hier immer so tun, als seien sie die Biedermeier der AfD-Fraktion - andere gehören auch dazu -, dass sie sich hier vorn hinstellen und sagen, dass sie sich von den rechtspopulistischen Positionen der AfD distanzieren. Wenn Sie das tun, können wir in ein sachliches Gespräch kommen, vorher nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, Sie haben mir bei meiner letzten Rede nicht gut zugehört.

(Widerspruch CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Viele Dinge, die ich nie gesagt habe, werden mir von Herrn Dr. Stegner in den Mund gelegt. Das Wort „Systempresse“ habe ich nie verwendet.

(Zuruf FDP: Das hat auch keiner gesagt! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist viel schlimmer!)

Ich hatte das hergeleitet. Es ging um einen Beitrag in den „Tagesthemen“, für den sich Frau Miosga auch entschuldigt hat.

(Zurufe)

Es ging ganz konkret um die Tatsache, dass die „Tagesthemen“ altes Bildmaterial von einer Demo, die Tage zuvor stattgefunden hat, in die aktuelle Berichterstattung eines Tages eingebaut hatten. Ich hatte gesagt: Das ist Lügenpresse, und das ist „Aktuelle Kamera“ à la DDR. Ich wiederhole es noch einmal.

(Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD] - Zurufe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage - -

Jörg Nobis [AfD]:

Es ging nur um diesen einen Beitrag in den „Tagesthemen“.

(Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vogt?

Jörg Nobis [AfD]:

Herr Vogt, machen Sie bitte einen Dreiminutenbeitrag daraus. Ich bin Ihnen sehr verbunden. Ich bin auch schon fertig. - Vielen Dank.

(Jörg Nobis)

(Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist leider typisch für Sie, das muss man feststellen. Sie haben immer alles ganz anders gesagt, als es der Rest der Menschheit gehört hat.

(Jörg Nobis [AfD]: Lesen Sie es im Protokoll nach!)

- Ich kann es im Protokoll nachlesen.

(Beifall FDP und SSW)

Das können wir alle im Protokoll nachlesen. Sie sprachen von Lügenpresse, und Sie haben die „Tagesthemen“ und die „Aktuelle Kamera“ des DDR-Fernsehens auf eine Stufe gestellt, und das, mit Verlaub, ist eine Unverschämtheit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir stützen uns hier nicht auf Fake-News oder Fake-Behauptungen, sondern wir stützen uns auf Unterlagen aus Ihrem Herrschaftsbereich, um es einmal so auszudrücken. Sie haben ein Bundeswahlprogramm geschrieben. Darin haben Sie genau das gefordert, was ich hier zusammengefasst habe, nämlich die Einschränkung und letztlich Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, indem Sie diesen zum Bezahlfernsehen machen wollen. Lesen Sie nach, Sie werden es dort bestätigt finden.

Ein weiterer AfD-Politiker bezeichnete „Stern“ und NDR als links-grüne Lügenpresse. Das können Sie ebenfalls nachlesen. Die Äußerung von Herrn Gauland möchte ich uns ersparen. Sie ist derartig den Appetit verderbend, dass man das nicht wiederholen möchte. Aus dem Wahlprogramm Ihrer Partei in Baden-Württemberg können wir auch sehen, was Sie tatsächlich vorhaben, nämlich Zensur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, denn Sie sagen, die AfD will auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einwirken, damit Ehe und Familie positiv dargestellt werden. Was ist das anderes als Zensur, die Sie fordern, und das im Wahlprogramm!

Es tut mir leid, bleiben Sie bei der Wahrheit, und stehen Sie zumindest zu dem, was Sie und Ihre Par-

teigenossen öffentlich verkünden! Damit wäre uns allen geholfen. - Danke.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mir ziemlich sicher, dass Ihnen von der AfD bekannt ist, was der Unterschied ist, wenn ich jemandem sage: Du hast die Unwahrheit gesagt, oder ich sage: Du bist ein Lügenbold. Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel. In einem Fall sage ich jemandem: Deine eine Aussage war unwahr. Wenn sich mein Gegenüber dann noch entschuldigt, dann ist das in Ordnung. Genau das ist bei den „Tagesthemen“ passiert. Sie hat an der Stelle tatsächlich faktisch nicht sauber gearbeitet. Man könnte sogar das Wort „Unwahrheit“ verwenden, das würde ich auch zulassen. Sie hat sich entschuldigt. Sie haben gesagt, das sei der Unterschied zur „Aktuellen Kamera“. Ja, genau das ist der Unterschied. Die „Aktuelle Kamera“ hat sich nicht entschuldigt, aus gutem Grund, weil die „Aktuelle Kamera“ dauernd gelogen hat.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

- Ja, aber Sie stellen den Zusammenhang her. Sie sagen: Das ist Lügenpresse. Damit meinen Sie nicht nur diesen einen Fall, sondern Sie verwenden eine Adjektivierung und wollen damit suggerieren, dass die immer lügen. Das sieht man auch an dem Zitat, das Sie danach genannt haben, und an dem, was Sie verschwiegen haben:

„Ansonsten kann ich mittlerweile kaum mehr einen Unterschied zwischen der Berichterstattung der ARD heute und der des DDR-Fernsehens damals erkennen.“

Das haben Sie in der letzten Plenartagung gesagt. Da gab es gar keine Einschränkung auf den Einzelfall mehr.

Das ist das, was Sie wirklich glauben. Das ist das, was Sie wirklich verbreiten. Ich habe es Ihnen gestern schon vorgehalten: Ihr „Problem“, Ihre Dialektik ist nämlich, dass Sie im parlamentarisch-öffentlichen Raum versuchen, das abzustreiten, was Sie tatsächlich wollen und tatsächlich denken. Das ist kein Vorwurf, das ist x-fach belegbar. Mich

(Dr. Kai Dolgner)

wundert das auch nicht, weil Herr Schnurrbusch in der letzten Plenartagung von seinen Syrien-Erfahrungen und davon geredet hat, was das für ein vorbildliches System sei und dass das inzwischen alles prima sei. Da gibt es tatsächlich eine Lügenpresse, da gibt es, wenn Sie sich das angucken, tatsächlich keine Meinungsfreiheit.

(Jörg Nobis [AfD]: Er ist hingereist, um sich ein Bild zu machen!)

- Ja, er ist dorthin gereist. Es gab auch Leute, die zu Stalin gereist sind. Das waren sogar Intellektuelle. Die haben dumme Pamphlete darüber geschrieben, dass dort alles toll sei und dass es das Paradies der Arbeiterklasse sei. Das ist doch kein Beweis. Das ist für mich der Gegenbeweis. Das ist der Beweis, dass ich die Einschätzung von Herrn Schnurrbusch schlicht und ergreifend nicht glauben kann. Es ist komplett absurd zu sagen: Ich bin dorthin gereist, und dann habe ich das absolute Urteil darüber. Das hören die Dissidenten sicherlich gern. Die 13.000 Todesopfer, die nachgewiesen in den Gefängnissen von Assad gestorben sind, hören bestimmt auch gern, dass sie sich das alles nur eingebildet haben.

Es ist wirklich eine Unverschämtheit, ein öffentlich-rechtliches Fernsehen, das sich entschuldigt hat, nach dieser Entschuldigung mit der Nachrichtensendung eines totalitären Systems zu vergleichen. Demnächst ist Frau Miosga auch Herr von Schnitzler, oder was? - Das wäre dann der nächste Vergleich. Sie müssen sich einmal überlegen, welche Vergleiche Sie ziehen. Nein, Sie überlegen sich genau, welche Vergleiche Sie ziehen. Das machen Sie mit voller Absicht. Deshalb ist die Analyse dessen, wo Sie tatsächlich stehen, vollkommen richtig.

Ich wiederhole das, was ich gestern gesagt habe: Entweder, Sie meinen das wirklich, oder Sie sind Opportunisten, die auf der Welle ihre Kleinkarriere machen. Solange Sie sich davon nicht distanzieren, kann ich mir andere Erklärungsmöglichkeiten nicht vorstellen. Der Satz, den ich Ihnen eben vorgelesen habe, ist kein Einzelfall. Entweder Sie distanzieren sich jetzt davon und sagen, dass Sie die ARD wirklich nicht von der „Aktuellen Kamera“ unterscheiden können, oder Sie meinen das wirklich. Das war überhaupt keine Einschränkung. Ich kann das gut unterscheiden, dazu braucht man gar keine Brille.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich halte den Abgeordneten Nobis für einigermaßen intelligent. Ich halte ihn wirklich für einigermaßen intelligent. Ich glaube, das ist aus meiner Sicht auch einer der großen Unterschiede zwischen der AfD, die wir jetzt hier im Landtag haben, und der DVU der 90er-Jahre. Ich glaube, das war eine andere Truppe. Die Empfehlungen, die Sie hier machen, sind schon extrem perfide. Sie haben das eben im Blick auf die Vergleiche, die Sie ziehen, wiederholt. Sie haben das mit Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den wir haben, und den Propagandasender in einem menschenverachtenden Regime wie der DDR gemacht. Dass Sie versuchen, Parallelen zu ziehen, ist das eigentlich Perfide.

Sie haben heute schon wieder den Vergleich zwischen unseren unabhängigen öffentlich-rechtlichen Medien und der „Aktuellen Kamera“ in der DDR gezogen. Was folgt daraus? Erstens tun Sie so, als könnten Sie den Unterschied zwischen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die wir haben, und einem System wie der DDR nicht sehen. Das ist das eine. Sie versuchen, beides auf eine Stufe zu stellen. Das ist schon mal ekelhaft.

Als jemand, der im Verwandtenkreis DDR-Oppositionelle hat, die verfolgt wurden, finde ich es wirklich schlimm, dass Sie versuchen, die Dinge immer wieder so hinzuschieben, dass Sie die Dissidenten in einem System seien, das irgendwie in Richtung Diktatur wandert. Deswegen seien auch die öffentlich-rechtlichen Medien ähnlich wie die in der DDR. Man müsse sich jetzt dagegen wehren. Sie versuchen auch, die DDR-Position immer mehr für sich zu gewinnen, und das finde ich wirklich ekelhaft, weil Sie diejenigen sind, die menschenverachtend sind und die eigentlich den Weg in die Diktatur wandern wollen, wie wir das ja in Europa sehen.

Ihre Freunde in den anderen europäischen Ländern, die leider auf dem Vormarsch sind, machen genau das, was Sie hier langsam anfangen. Sie versuchen, die Medien einzuschränken. Deswegen sind die Vergleiche, die Sie hier ziehen, wirklich pervers.

Sie haben es selbst angesprochen: Frau Miosga hat sich dafür entschuldigt - für einen Fehler, den man gemacht hat. Ich weiß nicht, ob Sie das damals verfolgt haben. Haben Sie in der „Aktuellen Kamera“

(Christopher Vogt)

erlebt, dass man sich dort für einen Fehler entschuldigt hat? Die haben nämlich keinen Fehler gemacht, die haben das ganz bewusst gemacht. Hier wurde ein Fehler gemacht, der wurde eingeräumt. Das ist eben nicht systematische Propaganda wie in der DDR, das ist genau das Gegenteil. Wenn man das nicht erkennt, dann sind Sie wirklich schief gewickelt.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Diese Empfehlungen, die Sie versuchen, den Medien, unserer Demokratie und so weiter unterzujubeln, sind wirklich perfide, und dagegen werden wir uns wehren, Herr Nobis.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Mir macht es schon Sorgen, dass Sie immer mehr Zweifel nicht nur an unseren Medien, sondern auch an unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung säen. Das ist wirklich gefährlich. Wir werden uns dagegen wehren. Deswegen behandeln wir Sie auch so, wie wir Sie behandeln. Sie stellen sich ja ständig als Verfolgte dar. Das sind Sie nicht. Sie sind die Brandstifter, nicht wir! - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/947, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Antrag Drucksache 19/ - -

(Heiterkeit - Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ging ja schnell! - Zuruf SPD: Sehr weit-sichtig!)

Gegenprobe! - Damit ist der Antrag Drucksache 19/947 gegen die Stimmen der AfD mit den Stimmen sämtlicher anderer Fraktionen und Abgeordneten abgelehnt worden.

Ich lasse über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/982, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der AfD angenommen worden.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Brexit-Auswirkungen auf Schleswig-Holsteins Wirtschaft und Strategie der Landesregierung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/943

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse somit zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme dem Wunsch des Hauses, über die möglichen Folgen des Ausscheidens des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union auf Schleswig-Holstein zu berichten, sehr gern nach, auch wenn ich sagen muss: Dieser Bericht fällt schwer. Wie soll ich heute darüber berichten, wenn ich noch nicht sagen kann, auf welcher Grundlage das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs stattfinden wird?

Seien Sie mir vor diesem Hintergrund bitte nicht böse, lieber Herr Hölck, der Sie ja den Antrag gestellt haben, wenn ich Ihnen sage, dass Ihre Einschätzung nicht zutrifft. Wie ich der Zeitung von heute entnehme, wollen Sie der Landesregierung mit diesem Antrag in Wahrheit Untätigkeit vorwerfen, weil wir uns nicht auf ein Szenario, das Sie für wahrscheinlich halten, einlassen. Es hat, ehrlich gesagt, wenig Sinn, einen Berichtsantrag zu stellen, wenn Sie ohnehin angeblich schon alles wissen.

Lieber Herr Hölck, es wäre spannend, von Ihnen heute zu hören - deshalb bin ich gespannt auf Ihre Rede nachher -, mit welchen Maßnahmen Sie denn die schleswig-holsteinische Wirtschaft auf welches Szenario einstellen wollen. Darauf bin ich echt gespannt.

(Bernd Heinemann [SPD]: Das wollen wir von Ihnen wissen!)

Dazu wird Herr Hölck sicherlich etwas sagen.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Meine Damen und Herren, wir als Landesregierung müssen uns darauf einstellen, dass leider gerade nicht feststeht, nach welchem Szenario tatsächlich agiert wird. Wir wissen de facto nicht, ob es bei der Haltung von Theresa May und ihren jetzigen Vorschlägen bleibt, weil wir mehrmals erlebt haben, dass sich das innerhalb von wenigen Tagen um 180 Grad wendet. Wir wissen nicht einmal, ob die britische Regierung überhaupt bis zum Ende des Prozesses durchhalten wird; es hat ja schon zahlreiche spektakuläre Rücktritte gegeben. Wir wissen auch nicht, ob die Forderung, die inzwischen nicht nur der Londoner Bürgermeister, sondern auch die Labour Party in UK erhoben hat, zum Zuge kommt: Sollte es nicht bis zum 18. Oktober dieses Jahres zu einem Deal-Szenario kommen, wollen sie eine neue „Leave-or-Remain“-Abstimmung im Vereinigten Königreich ansetzen. Angesichts all dessen weiß ich, ehrlich gesagt, nicht, von welchem Szenario ich ausgehen soll. Insofern steht überhaupt nicht fest beziehungsweise ist mit vielen großen Fragezeichen versehen, was tatsächlich passieren wird.

Eines ist allerdings klar: Die Varianz zwischen den unterschiedlichen Modellen ist groß. Auf der einen Seite ist ein harter Brexit im Sinne eines No-Deal möglich. Auf der anderen Seite könnte es zu einer Zollunion beziehungsweise einem groß angelegten Freihandelsabkommen kommen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat in einem Leitfaden die 111 wichtigsten Fragen zusammengefasst, die sich aus dem Brexit ergeben. Dieser Leitfaden zeigt deutlich auf, dass zwischen den Varianten - Norwegen-Modell einerseits, Schweizer Modell andererseits; CETA oder WTO - vieles möglich ist. Ein harter Brexit ließe uns letztlich auf sämtliche WTO-Regeln zurückfallen. Diese Varianz der Möglichkeiten haben wir vor uns.

Diese Situation der Unsicherheit ist für die Wirtschaft eine Katastrophe. Das muss man einfach so sagen. Unsicherheit ist das Schlimmste, was es für Planung und Investitionssicherheit gibt. Umso schwerer ist es für die Landesregierung, die schleswig-holsteinische Wirtschaft jetzt auf ein Szenario einzustellen. Auf welches denn? Nur weil Sie, lieber Herr Hölck, vermuten, dass es zu einem harten Brexit kommt, kann ich nicht alle Pferde scheu machen und sagen: Ihr müsst euch alle darauf einrichten, dass ihr auf WTO-Standards zurückgeworfen werdet. - Es wäre sogar falsch, dies zu tun; denn wir müssen heute hart daran arbeiten, dass es dazu nicht kommt.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klar ist: Welches Szenario auch eintreten wird - wenn der Brexit tatsächlich stattfindet, wird er negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation nicht nur bei uns in Schleswig-Holstein, sondern auch im Vereinigten Königreich haben. Schon jetzt erlebt Großbritannien Wachstumseinbußen, die sich auch auf die deutsche und damit die schleswig-holsteinische Wirtschaft negativ auswirken. Die Einbußen im Handel mit dem Vereinten Königreich werden derzeit von der guten Konjunktur in Deutschland ein bisschen überlagert. Das wird nach erfolgtem Brexit anders sein. Grund sind Handelshemmnisse wie Zölle und Ursprungscontrollen, die eine Umlenkung der Handelsströme bewirken. Dies alles wird dazu führen, dass ein großer Teil unserer Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich auf andere Wege umgeleitet wird und Handelsströme woanders entlang fließen.

Was bedeutet das nun für Schleswig-Holstein? Ich will versuchen, soweit ich es kann, ein paar Dinge auf unsere Situation in Schleswig-Holstein herunterzubrechen. Die Betroffenheit der Länder hängt einerseits vom Brexit-Szenario ab - das wir nicht kennen -, andererseits von der Wirtschaftsstruktur und den Handelsverflechtungen, die wir mit dem Vereinigten Königreich haben. Das ist bezogen auf Schleswig-Holstein zu analysieren. Im Vergleich zur gesamtdeutschen Betroffenheit durch den Brexit prognostiziert das ifo Institut für unser Bundesland eine Betroffenheitsgrößenordnung zwischen 0,1 und 0,24 % des Bruttoinlandsprodukts. Das ist nicht wenig, aber auch nicht schrecklich.

Dem verarbeitenden Gewerbe drohen bei einem harten Brexit die größten Verluste; angenommen werden ungefähr 0,8 % Verlust an Bruttowertschöpfung im Vergleich zum Basisszenario. Die Industrie ist allerdings in Schleswig-Holstein weniger stark vertreten als in anderen Bundesländern und hat bei uns auch einen etwas geringeren Exportanteil an der Wertschöpfung. Das macht uns etwas weniger anfällig für konjunkturelle Einflüsse aus dem Ausland oder das Brexit-Szenario.

Innerhalb der Industrie sind allerdings Branchen, die besondere Wertschöpfungseinbußen durch den Brexit erleiden können, in Schleswig-Holstein vergleichsweise stark vertreten, insbesondere die pharmazeutische Industrie und der Maschinenbau. Das liegt daran, dass wir im Rahmen der europäischen Harmonisierung der Zulassungsverfahren in vielen Bereichen die wechselseitige Anerkennung vereinbart haben, insbesondere im pharmazeutischen Bereich, aber auch bei Maschinenbauteilen. Wenn diese wechselseitigen Anerkennungen wegfielen, müs-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

ste für jedes einzelne exportierte Gut eine Genehmigung erteilt werden. Das wird uns nicht nur bundesweit, sondern auch europaweit vor die Herausforderung stellen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Auch auf der Seite des Vereinigten Königreichs wird reagiert werden müssen; denn es muss klar sein, welche Genehmigungsverfahren zur Anwendung kommen. Die WTO-Standards sind die Basis, auf die man zurückfallen könnte.

Der Kfz-Bau, der fast ein Drittel der deutschen Güterexporte in das Vereinigte Königreich ausmacht, fehlt bei uns in Schleswig-Holstein bis auf einzelne Zulieferbetriebe fast ganz.

Folgende Erkenntnis des ifo Instituts und anderer Institute sollten wir uns bitte auf der Zunge zergehen lassen, auch dann, wenn wir an anderer Stelle über Freihandelsabkommen diskutieren: Je umfassender ein Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich ausfällt, desto geringer werden die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft sein. Wen wundert es? Eine Bruttowertschöpfungseinbuße von 0,8 % oder von 0,1 % - das ist ein massiver Unterschied, der sich bei uns in Form von Arbeitsplätzen und von Wirtschaftskraft deutlich zeigen wird.

Wir sind natürlich dabei, über den Mittelstandsbeirat und die Industrie- und Handelskammer im Land mit den Unternehmen, die im Land Exporte in das Vereinigte Königreich betreiben, zu reden, wie wir uns wechselseitig schnell darauf vorbereiten. Insofern - lieber Kollege Hölck, seien Sie mir nicht böse -: Untätig sind wir nicht.

Wir sind auch dabei, die Chancen, die sich für Schleswig-Holstein aus dem Brexit-Szenario ergeben können, nutzen zu wollen. Dazu gehört auch, dass man bei aller Verunsicherung, die sich auf der Insel ergeben hat, auch einmal dort die Fühler ausstreckt und sagt: Leute, passt auf, wenn ihr gegebenenfalls über andere zentraleuropäische Standorte nachdenkt, ist auch ein nördliches Bundesland hochinteressant. - Ich persönlich werde deshalb am 25. Oktober 2018 in Downtown London eine Veranstaltung machen, um schlicht und ergreifend dafür zu sorgen, dass der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein in den Blick gerückt wird.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob das gelingt, ob ich dabei viel erreiche, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Eines aber kann ich Ihnen sagen: Wenn wir es nicht versuchen, wäre es mit Sicherheit noch schwieriger.

Ich bin gebeten worden, noch ganz viel über Wissenschaftsfragen, Hochschulfragen zu sagen. Das kann ich innerhalb der Redezeit von 5 Minuten gar nicht machen. Nur so viel: Im Bereich von Wissenschaft sind Hochschulk Kooperationen und Austauschprogramme betroffen. 13.500 Deutsche studieren zurzeit im Vereinigten Königreich; sie stellen die größte Gruppe aus dem europäischen Ausland dar. Schleswig-Holsteiner sind über Erasmus+ natürlich auch darunter. Für diese Austauschprogramme müssen sowohl für die Restlaufzeit bis 2020 als auch für Folgeprogramme Lösungen gefunden werden.

Inwieweit gravierende Folgen für den Arbeitsmarkt entstehen, hängt vom Szenario ab. Zurzeit befinden sich in Schleswig-Holstein etwas über 600 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mit UK-Pass im Land. Wie viele deutsche Bundesbürger derzeit im Vereinigten Königreich arbeiten, wissen wir schlicht und ergreifend nicht. Wenn die Arbeitnehmerfreizügigkeit mit dem Vereinigten Königreich wegfällt, wird das eine schwierige Situation für alle.

Lieber Herr Hölck, deshalb würde ich die schleswig-holsteinische Wirtschaft heute ungern auf einen harten Brexit einstellen. Ganz im Gegenteil, ich appelliere an alle Beteiligten auf allen Ebenen, das, was man jetzt schon besichtigen kann, möglichst zu vermeiden.

Mit welchen Versprechungen von welchen Leuten sind eigentlich die Briten vor Jahren dazu gebracht worden, so über den Brexit zu entscheiden? Mit was für Versprechungen? Ehrlich gefragt: Wo sind all diese Leute geblieben?

Die Einsparungen sind nicht da. Die wirtschaftlichen Vorteile sind absolut nicht zu besichtigen. Alle - ich denke, auch viele auf der Insel - sehen inzwischen, welche Nachteile es nicht nur für uns hier, sondern auch für dort hat.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deshalb: Wenn schon ein Brexit, dann mit den größtmöglichen Vereinbarungen der Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich, um die Dinge abzumildern, die da kommen. Am liebsten wäre es mir, wenn Leave or Remain wiederholt würde. Ich halte das immer noch für eine gute Position. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um 6 Minuten ausgedehnt. Diese Zeit steht gegebenenfalls allen anderen Fraktionen zu. Denn man tau!

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister Buchholz, Gelassenheit ist ja schön und gut. Ich glaube aber, Sie sind auf den Brexit nicht vorbereitet. Begäben Sie sich einmal auf die Berliner Ebene, wüssten Sie, dort gibt es Arbeitsgruppen, die sich mit allen Szenarien des Brexit beschäftigen. Diese bereiten sich darauf vor, Sie nicht. Das ist der Unterschied zwischen dieser Regierung und der Regierung in Berlin.

(Beifall SPD - Oliver Kumbartzky [FDP]:
Das hat jetzt gegessen!)

Am 30. März 2019 verlassen die Briten die Europäische Union. Es bleiben noch gut sechs Monate Zeit, um eine Lösung zu finden. Die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft, für die Verwaltung sind weitreichend. Niemand hätte die britischen Konservativen zum eigenen Machterhalt ein Referendum über den Verbleib der EU zulassen dürfen. Niemals!

(Vereinzelter Beifall SPD und FDP)

Die einzige Hoffnung, die jetzt besteht, ist, dass die Labour Party den Brexit noch abwendet. Das ist gut so.

(Beifall Regina Poersch [SPD] - Zurufe FDP)

- Manchmal muss man auch gegen den eigenen Parteivorsitzenden agieren, um Sinnvolles auf den Weg zu bringen

(Dennys Bornhöft [FDP]: Das kennen Sie bei der SPD!)

und das einzigartige Friedensprojekt Europa zu erhalten. Dafür lohnt es sich auf alle Fälle.

(Beifall SPD und FDP)

Wir müssen uns auf den Brexit vorbereiten. Fakt ist, dass das Ausscheiden der zweitgrößten Volkswirtschaft in der Europäischen Union auch für Mitgliedstaaten, die verbleiben, einen Handlungsdruck erzeugt. Das gilt im Großen für die Bundesrepublik Deutschland und im Einzelnen für den Standort Schleswig-Holstein.

Trotz intensiver Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU bleiben viele Aspekte eines Austrittabkommens unklar. Unklar ist auch, was für den vereinbarten Übergangszeitraum bis 2020 gelten soll. Klarheit soll das Brexit-Übergangsgesetz schaffen, das am 5. September 2018 vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Auch andere Bundesländer sind dabei, die Folgen des Brexit auszuloten und Handlungsoptionen zu diskutieren. Seit dem 1. Januar 2018 befasst sich in Nordrhein-Westfalen der eigens ernannte Brexit-Bbeauftragte Friedrich Merz mit den Interessen des Landes im Brexit-Prozess. Er berät den Ministerpräsidenten und die einzelnen Ministerien. In Bremen setzt sich die rot-grüne Landesregierung dafür ein, die Auswirkungen des Brexit auf die Fischindustrie abzufedern. Unsere Nachbarn in Hamburg loten aus, welche Konsequenzen es für den Hochschulstandort in Hamburg geben wird.

Und was tun wir? - Nichts.

(Martin Habersaat [SPD]: Wir entsenden Herrn Buchholz als Berater auf die Insel! - Zuruf SPD: Das habt ihr doch gerade gehört!)

Die IHK sagt deutlich, die Unternehmen müssen sich auf Veränderungen einstellen.

(Minister Dr. Bernd Buchholz: Ach was?)

Insbesondere im Warenverkehr wird es eine Reihe von Veränderungen geben. Die Veränderungen bei den Unternehmen auf den Brexit werden umfangreich sein, abhängig unter anderem vom künftigen Engagement in Großbritannien und der Unternehmensgröße und der Branche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werfen wir einen Blick auf den Außenhandel. Der Warentransport quer durch Europa ist vom Handelspartner Großbritannien abhängig. Das zeigen auch die aktuellen Zahlen des Statistikamts Nord. So wurden 2017 6 % aller Exporte aus Schleswig-Holstein nach Großbritannien geliefert. Das sind immerhin 1,3 Milliarden € Warenwert. Das hat unbestreitbar einen Einfluss auf unser Land.

Wie groß die Sorgen einzelner Branchen sind, verdeutlicht das Logistikunternehmen Sterac aus Braak im Kreis Stormarn. So erwirtschaftet dieses Unternehmen rund ein Drittel seines Gewinns über Lieferungen von und nach Großbritannien. Etwa 7.000 Aufträge gehen im Laufe des Jahres nach Großbritannien, darunter Lebensmittel, Rohstoffe, Baumaterialien, Ersatzteile für Fahrzeuge, aber auch Großanlagen für Wind- und Ölindustrie. Ich finde es

(Thomas Hölck)

schon ein bisschen respektlos, so über die Sorgen der Unternehmen hinwegzugehen. Sie haben ein bisschen mehr verdient.

(Beifall SPD)

Der Brexit schafft Unsicherheiten. Das spürt nicht nur die Chefetage. Es geht um Arbeitsplatzsicherheit für die schleswig-holsteinische Wirtschaft, aber auch die Arbeitsplätze der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darauf keine Antwort zu haben, wäre fatal. Um das zu beurteilen, hilft ein Blick in die Untersuchung des Ausschusses der Regionen vom 14. März 2018. Ja, der Brexit kann teilweise Innovation und Entwicklung beflügeln, heißt es dort. Die Untersuchung besagt aber auch: Es ist unwahrscheinlich, dass die positiven Effekte die negativen Konsequenzen übertreffen können. - Vielleicht hilft es, diese Studie einmal genauer zu lesen. Sie ist auf Englisch. Man kann sie sich aber auch übersetzen lassen.

Es kann nicht sein, dass wir weiterhin business as usual machen und so tun, als sei nichts geschehen oder als werde nichts geschehen. In Schleswig-Holstein haben wir nur 1,3 % Wirtschaftswachstum. Wir stehen kurz vor Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und Sachsen. Wir haben einen sehr niedrigen Wert und können uns durch den Brexit keine Delle leisten.

Wenn die Regierung schon keinen Plan hat, ist es dringend notwendig, dass sich der Wirtschaftsausschuss über die Folgen des Brexit informiert und sich im Rahmen der Selbstbefassung mit dem Thema beschäftigt, vielleicht sogar einen Runden Tisch ins Leben ruft, damit die Wirtschaft irgendwo einen Ansprechpartner hat. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will mich ein Stück weit an der Kaffeesatzleserei beteiligen, was ein mögliches Brexit-Verfahren für uns bedeutet. Aber mehr als ein Blick in die Glaskugel kann es nicht werden.

Ich danke dem Wirtschaftsminister für die realistische Einschätzung.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Von all den Beteiligten, die damit zu tun hatten, ist auf britischer Seite fast keiner mehr übrig. Ich erinnere - ich habe meinem Kollegen Heiner Rickers versprochen, mit einem englischen Satz reinzugrätchen - an eine Aussage in einer Karikatur kurz nach der Brexit-Entscheidung: We didn't expect, that we win, so we don't have a plan.

Der eine Beteiligte war Boris Johnson, der ehemalige Bürgermeister von London. Das andere war Nigel Farage, britischer Vertreter im Europäischen Parlament. Von diesen Nasen sieht man nichts mehr. Boris Johnson war Außenminister. Er ist weg vom Fenster. David Davis war extra eingesetzter Brexit-Minister. „Secretary of State for Exiting the European Union“ heißt das in Großbritannien. Die sind weg vom Fenster, weil sie festgestellt haben, dass das, was sie sich einmal vorgestellt haben, alles nicht machbar ist. Wo sind die 300 Millionen €, die Großbritannien glaubte einsparen zu können, wenn man nicht mehr Mitglied in dieser Europäischen Union ist? Es gibt bisher überhaupt keine Verhandlungsergebnisse, bis auf die eine Tatsache: Am 30. März 2019 um 23 Uhr - wegen der Greenwich-Zeit - ist die Mitgliedschaft Großbritanniens in der Europäischen Union beendet.

Ob es eine Übergangsfrist bis zum 31.12. gibt, ist noch völlig offen. Auch das steht noch nicht fest. Wir warten ab, was da kommen wird. Ob Theresa May diesen 31.12. oder den 30.03 als Premierministerin überlebt, wage ich auch noch zu bezweifeln. Derjenige, der es angezettelt hat, David Cameron, war der erste, der weg war. So ist es vielen gegangen.

Ja, Herr Hölck, wir haben uns darauf einzustellen, dass es Veränderungen nach dem Brexit geben wird. Nach dem Brexit wird es anders sein als vor dem Brexit. Das ist vollkommen klar. Möglicherweise hat sich meine Fraktion von mir erhofft, dass ich, weil ich bestimmte familiäre Beziehungen nach Großbritannien habe, den Kaffeesatz etwas besser deuten kann als unser Minister Buchholz. Ich begleite ihn gerne, wenn er im Oktober dort hinfährt.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Einzige, was wir in etwa kennen, sind die Auswirkungen auf den mehrjährigen Finanzrahmen. Wir haben einen Nettozahler, der vermutlich 12 bis 14 Milliarden € nicht mehr mit in den Topf wirft. Wir haben Anforderungen der 27 Mitgliedstaaten, die über Frontex, über ELER, über EFRE, über ESF, über Erasmus+, über Horizon und viele andere Dinge sagen: Wir brauchen mehr Kohle.

(Hartmut Hamerich)

Wir haben unter 27 Mitgliedstaaten, die möglicherweise bleiben, nur einen - und das bröckelt auch -, der sagt, wir sind bereit, ein bisschen mehr einzuzahlen und aus 1 % 1,1 % oder vielleicht 1,15 % zu machen. Ich glaube, auch das wird langsam verschwinden.

Ich kann mir nicht unbedingt vorstellen, wie wir als EU in der Lage sein können, Fördermittel in Verbindung mit mangelnder Rechtsstaatlichkeit eines Landes zu reduzieren. Wer will Ungarn und Polen sagen: „Weil eure Rechtsstaatlichkeit nicht so ist, wie wir uns das vorstellen, bekommt ihr weniger Mittel“? - Wie wollen wir es überwachen? Ich halte das für sehr schwierig und sehr kompliziert.

Ja, wir werden Verschlechterungen haben. Wir werden Verschlechterungen haben, weil wir möglicherweise keine Zollunion hinbekommen, weil wir möglicherweise keine Freihandelsabkommen hinbekommen, über die heute auch viele streiten. Wir werden das Problem haben, was passiert, wenn es zu einer Grenze zwischen Nord- und Südirland kommt. Das ist dann die einzige Grenze, die auf dieser Insel zwischen der Europäischen Union, nämlich Südirland, und dem Vereinigten Königreich besteht. Ich wage mir gar nicht vorzustellen, was dann passiert. Ich wage es mir wirklich nicht vorzustellen.

Wir haben eine Umfrage von der Deutschen Industrie- und Handelskammer gehabt. An dieser Umfrage bei 2.100 Unternehmen haben sich 900 Unternehmen beteiligt. Alle wissen, dass es Veränderungen geben wird. Die Unternehmen, die sich beteiligt haben, haben signifikante Geschäftsverbindungen zu Großbritannien. 91 % sind über Exporte beteiligt; 26 % sind über Importe beteiligt. 25 % haben Niederlassungen im Königreich und 19 % beschäftigen britische Staatsbürger.

Ich halte eine Prognose über die Ausmaße des Brexits für sehr gewagt. Auf was soll sich der Wirtschaftsminister, auf was soll sich Schleswig-Holstein einstellen: auf alle Möglichkeiten? Auf die Möglichkeiten der Reaktion auf einen harten Brexit? Auf die Möglichkeiten der Reaktion auf einen weichen Brexit? - Was passiert mit den Staatsbürgern? Was passiert mit den Briten, die hier bei uns in Deutschland sind? Meine Frau gehört mit ihrem britischen Pass dazu. Ich habe ihr gesagt, sie kann ein Touristenvisum bekommen. Das geht, glaube ich.

(Zurufe SPD)

- Sie kann natürlich auch einen deutschen Pass bekommen. So ist das nicht. Aber das ist bei uns ein bisschen schwierig.

(Heiterkeit)

- Das ist ein bisschen schwierig, ehrlich.

(Thomas Hölck [SPD]: Mit dem Ehemann, oder was?)

- Nein, das hat mit dem Ehemann nichts zu tun. Das hat mit der Ausländerbehörde zu tun. Das ist das Problem.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat mit der Ausländerbehörde zu tun. Ich glaube, wir müssen abwarten, was passiert. Es gibt eine gewisse Bewegung. Sadiq Khan: Ich weiß nicht, ob jemand weiß, wer das ist.

(Zurufe)

Das ist der neue Bürgermeister Londons, der jetzt noch mal deutlich gesagt hat: Selbst die Geldregion um London sagt, man glaube, man müsse neu darüber nachdenken. - Viele Briten sagen das mittlerweile. Möglicherweise haben die meisten zu spät gegoogelt, was „Brexit“ bedeutet, so, wie in Deutschland viele zu spät gegoogelt haben, was „AfD“ bedeutet.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Menge offener Fragen. Eine richtige und zielgerichtete Reaktion erwarte ich dann, wenn wir Forderungen und Verträge bekommen, aber nicht vorher. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte begrüßen Sie mit mir gemeinsam die auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags sitzenden Mitglieder des SPD-Ortsvereins Norderbrarup. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank auch an Sie, Herr Minister, für die großzügige Redezeitverlängerung. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der 23. Juni 2016 war ein trauriger Tag für ganz Europa. An dem Tag stimmten 52 % der Britinnen und Briten für die Austrittsverhandlungen aus der EU. Seitdem herrscht Chaos in Großbritannien. Man kann, glaube ich, eines feststellen: Das, was damals angerichtet wurde, sollte für uns alle ein Warnschuss dafür sein, was Nationalismus und Rechtspopulismus an Negativem anrichten können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Großbritannien war damals tief gespalten und ist es auch jetzt noch. Aber die Stimmung kippt. Inzwischen sagen 59 % der Britinnen und Briten in Umfragen, dass sie in der Europäischen Union bleiben wollen. Gerade viele junge Britinnen und Briten stehen zur Europäischen Union. Ich schließe mich den Kolleginnen und Kollegen an, die gesagt haben, dass wir uns gar nicht so sicher sein können, ob es wirklich zum Brexit kommt. Wir Grünen wünschen uns, dass sich die Remain-Seite durchsetzt und Großbritannien in der Europäischen Union bleiben wird.

(Vereinzelter Beifall SPD und FDP)

Großbritannien steht vor Neuwahlen. Eine Mehrheit für einen harten Brexit gibt es in der Bevölkerung und auch im Parlament nicht. Die Labour-Partei hat gestern ihre Position in dieser Frage korrigiert und hat sich sogar im weitesten Sinne dafür ausgesprochen, dass eine zweite Volksabstimmung oder ein zweites Referendum möglich ist. Das sind gute Entwicklungen.

Gerade die Regionen, die am stärksten für den Brexit votiert haben - das Ganze macht es ein bisschen paradox -, werden ihn wahrscheinlich am meisten spüren, weil es vor allem die Regionen sein werden, die unter dem Wegfall von Fördermitteln aus der Europäischen Union massiv leiden werden. Deshalb, denke ich, lohnt sich in Großbritannien eine neue Debatte.

Für uns Grüne ist völlig klar: Die Tür für Großbritannien muss offen bleiben. Gerade die vielen jungen und proeuropäischen Menschen dürfen von uns nicht fallengelassen werden, ganz unabhängig davon, ob es zum Brexit kommt oder nicht.

Deshalb sind nach wie vor Programme zum Austausch für Studierende und Auszubildende wichtig.

Städtepartnerschaften, die unsere Gemeinden zum Teil nach Großbritannien haben, haben dort auch eine wichtige Bedeutung. Hier wünschen wir uns auch, dass unsere Städte und Gemeinden diese Kontakte, die sie bereits nach Großbritannien haben, auch intensivieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Der Brexit ist kein rein wirtschaftspolitisches Thema, sondern betrifft alle Teilbereiche unserer Gesellschaft, aber natürlich hat das Ganze auch große monetäre Konsequenzen, auch für uns. Eine ganz konkrete Konsequenz auch für Schleswig-Holstein hat immer wieder einmal eine Rolle gespielt und hat mit dem Finanzrahmen der Europäischen Union zu tun. Denn durch den Brexit wird im Haushalt der Europäischen Union eine Einnahmelücke zwischen 12 und 13 Milliarden € gerissen. Das führt dazu, dass es wahrscheinlich weniger Fördermittel der Europäischen Union gibt, und das sind Fördermittel, die im Endeffekt auch uns als Land Schleswig-Holstein und unserer Region ganz konkret, beispielsweise bei dem Tourismus, bei der Wirtschaftsförderung oder bei dem Breitbandausbau am Schluss fehlen werden.

Wir haben uns auch den SPD-Antrag angesehen und waren, ehrlich gesagt, ähnlich ratlos wie unser Wirtschaftsminister; denn es ist aus heutiger Sicht völlig unklar, wie sich ein möglicher Brexit auswirkt. Dafür sind noch viel zu viele Variablen im Spiel, und man weiß noch viel zu wenig, um konkrete Schritte beurteilen oder vornehmen zu können.

Sie haben natürlich recht, dass man sich damit früh genug auseinandersetzen muss, keine Frage. Das ist immer richtig und immer gut, aber was das Ganze konkret soll, ist mir nach Ihrem Redebeitrag, Herr Kollege Hölck, nicht deutlich geworden. Ich habe jetzt wohl verstanden, dass Sie sich mehr Arbeitsgruppen wünschen. Dazu sage ich aber eins: Die Lage bei uns als kleinerem Bundesland, das wir als Schleswig-Holstein nun einmal sind, ist nun wahrlich nicht mit dem Regierungsapparat und den Konsequenzen, auf die sich Berlin vorbereiten muss, zu vergleichen. Diese Kritik läuft aus meiner Sicht ins Leere. Dass die Landesregierung NRW Friedrich Merz als Brexit-Beauftragten hat, mag für Nordrhein-Westfalen ein tolles Ereignis sein. Ob es uns jetzt helfen würde, einen Brexit-Beauftragten der Landesregierung zu nominieren, weiß ich nicht.

Wenn wir uns die Zahlen konkret anschauen, dann sehen wir, dass natürlich das Handelsvolumen mit

(Rasmus Andresen)

Großbritannien für uns eine Bedeutung hat. Unsere Unternehmen haben Waren im Wert von 1,25 Milliarden € im Jahr 2017 nach Großbritannien exportiert, und im Import liegen wir bei etwas über 1 Milliarde €, das ist mehr als nichts. Großbritannien ist unser fünftwichtigster Handelspartner, aber der Minister hat es auch gesagt: Das ifo Institut prognostiziert einen Rückgang von 0,8 % für das produzierende Gewerbe. Das hält sich dann noch in überschaubaren Grenzen.

Auch wenn man in Vorbereitung dieser Debatte mit der Industrie- und Handelskammer spricht, hört man von denen nicht etwa einen Empörungsschrei oder eine Kritik gegenüber der Jamaika-Koalition oder eine Kritik gegenüber Bernd Buchholz, dass zu wenig passieren würde, sondern sie warnen davor, Panik zu verbreiten. Das ist das, was wir gehört haben. Sie warnen davor, Panik zu machen, und sagen: Natürlich brauchen wir branchenspezifische Antworten, wenn es denn so weit sein sollte.

Bernd Buchholz hat die Branchen genannt, ich möchte es gar nicht alles wiederholen. Wir müssen uns die Abkommen in den verschiedenen Bereichen ansehen, für den Chemiebereich gibt es noch einige andere Abkommen, wie zum Beispiel das REACH-Abkommen, was eine Bedeutung hat. Man muss dann auch prüfen, welche Standards denn gelten. Aber vor Panikmache wird gewarnt. Deshalb möchte ich auch Sie als SPD-Fraktion bitten, nicht in diesen Chor einzustimmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Da, wo Unternehmen Hilfe und Unterstützung aus Schleswig-Holstein heraus brauchen, sollen sie die bekommen, sowohl vonseiten der Landesregierung - da bin ich mir sicher, dass das passiert - als auch von den zuständigen Kammern. Das gilt für die Industrie- und Handelskammer, das gilt für Landwirtschaftsverbände und für andere. Es macht sicherlich auch Sinn, Herr Kollege Hölck, sich mit diesen Fragen auch im Wirtschaftsausschuss zu beschäftigen. Dagegen spricht nichts. Wir sollten das tun, nachdem wir wissen, über welches Ergebnis wir eigentlich reden. Das kann noch ein paar Wochen dauern. Vielleicht sind wir nach der Herbstpause in diesen Fragen schon weiter. Wir Grüne hoffen noch auf eine Mehrheit für die Europäische Union in Großbritannien. Wir sind optimistisch, dass es diese Mehrheit auch weiter geben kann. Ich denke, dass wir uns unter den demokratischen Fraktionen hier in diesem Haus in dem Punkt auch einig sind. Trotzdem schadet es sicherlich nicht, Herr Buchholz, wenn Sie schon einmal die Fühler in London aus-

strecken und dort kräftig für Schleswig-Holstein die Werbetrommel rühren. Noch besser wäre es, wenn wir zu dem Zeitpunkt schon näher am Remain sind, als es jetzt der Fall ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Wehe, ihn ruft jetzt einer an! - Heiterkeit)

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Rufnummer ist - - Nein, das lassen wir jetzt lieber sein. Ganz herzlichen Dank an unseren Wirtschaftsminister, Bernd Buchholz, für den ausführlichen Bericht zu den Brexit-Folgen für unser Bundesland.

Herr Hölck, als ich Ihren Antrag ursprünglich gelesen habe, habe ich gedacht: Ja, er erwartet genau den Bericht, den wir heute gehört haben mit einer schönen Aufstellung der einzelnen Wirtschaftsbranchen in den einzelnen Gebieten, und sagt dazu: Das ist der Bericht, den ich hören wollte, ich bin informiert.

Ich muss gestehen, dass ich seit gestern, als ich die Zeitung mit Ihren Äußerungen, mit Ihrer Empörung, gelesen habe, dass sich Schleswig-Holstein noch nicht auf multiple Szenarien vorbereitet hat und genau weiß, wann es etwas tut, völlig verwirrt bin. Denn in der Tat, die Vorredner haben es bereits gesagt: Was tatsächlich in London passiert, ist ein Blick in eine riesengroße Glaskugel - mehr nicht. Wenn Sie natürlich in Ihrer sozialdemokratischen Glaskugel mehr sehen als der Rest der Welt in der jeweiligen britischen Brexit-Glaskugel, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns das mitteilen. Dann können wir uns in der Tat auf ein Szenario vorbereiten. Aber offensichtlich haben wir keinen ganz so scharfen Blick oder Sie lassen uns nicht daran teilhaben. Wenn Sie entsprechende Informationen haben, teilen Sie sie uns bitte mit.

Ich habe aber den Eindruck, dass wir bei einem Land, in dem Menschen wie Boris Johnson - zumindest gelegentlich -, wie Nigel Farage - gelegentlich - noch das Sagen haben - Nigel Farage tourt ja derzeit mit seinem Bus durch England -, sowieso nicht wissen, was morgen passiert.

(Stephan Holowaty)

Wenn irgendjemand von Ihnen gerade nebenbei Twitter und die Nachrichten verfolgt und feststellt, dass während meiner Rede etwas passiert, möge er mir das bitte mitteilen, da ich mich auf den Diskussionsstand in England von vor 5 Minuten beziehe. Falls also etwas seitdem passiert ist, lassen Sie es mich bitte wissen, dass ich es hier in meine Rede einbauen kann. Ich habe im Moment keine Ahnung, was tatsächlich passieren wird.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Baasch?

Stephan Holowaty [FDP]:

Natürlich, Herr Baasch!

Wolfgang Baasch [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Kollege Holowaty, geben Sie mir recht, dass das Land Schleswig-Holstein nicht nur eine Ostsee-Strategie, sondern auch eine Nordsee-Strategie hat? Wäre es nicht zumindest schlau, sich im Rahmen dieser Nordsee-Strategie zumindest mit seinen Partnern rund um die Nordsee darüber abzustimmen, was denn passiert, wenn Großbritannien nicht mehr als EU-Mitglied Teil der Nordsee ist?

(Beifall Birte Pauls [SPD])

- Herr Baasch, Sie nehmen ein paar interessante Dinge vorweg. Manchmal ist es hilfreich, mir noch ein bisschen weiter zuzuhören. Eins ist wichtig: Wir beschäftigen uns sehr wohl, und das hat Minister Buchholz deutlich gezeigt, damit, welche Konsequenzen in gewissen Fällen bestehen könnten, nur wissen wir nicht, welche es sind. Wir können nicht heute bereits die Maßnahmen ergreifen, die für ein nicht bekanntes Szenario morgen notwendig werden. Das werden wir nicht hinkriegen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Baasch?

Stephan Holowaty [FDP]:

Natürlich.

Wolfgang Baasch [SPD]: Ich will Sie gar nicht verleiten, die Wahrheit, die Glaskugel,

- Die Wahrheit!

die Sie ja auch nicht haben - zumindest keine funktionierende - zu bemühen. Ich will von Ihnen nur hören, ob Sie es vielleicht für sinnvoll erachten, sich mit den Partnern, mit denen man ansonsten intensiv zusammenarbeitet, darüber auszutauschen, welche Szenarien denkbar sind und wie man gegebenenfalls als Partner gemeinsam reagieren könnte.

- Herr Baasch, warum denn nicht? - Sogar Ihre Vorredner haben dargestellt, dass es in Berlin auf Bundesebene Arbeitsgruppen gibt, die sich genau damit beschäftigen. Es gibt auf der EU-Ebene Arbeitsgruppen, die sich genau mit diesem Szenario des Brexit beschäftigen, was passieren wird, was passieren könnte. Das ist doch ganz selbstverständlich. Ich weiß nicht, worauf Sie gerade hinauswollen.

(Zuruf FDP: Das weiß er selbst nicht!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort hat der Abgeordnete Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Meine Damen und Herren, seien wir ehrlich: Was genau beim Austritt oder Nichtaustritt der Briten passieren wird, ob es ein Leave, ein Remain gibt, ob es eine neue Abstimmung gibt - ich glaube, darauf hoffen wir alle -, wissen wir heute noch nicht. Wir sehen, dass sich Unternehmen heute mit diversen Szenarien beschäftigen. Dass ein Unternehmen nicht weiß, wie die Rahmenbedingungen sind, ist doch die Kritik, die seit Monaten in diesem ganzen Prozess läuft, dass keine wirklichen Entscheidungen getroffen werden, dass das nicht weitergeht, dass England keine Vorschläge macht, dass England nicht in die Pötte kommt, dass man das Thema einfach verschiebt und abwartet, was passieren wird.

Wir spüren die Brexit-Auswirkungen schon heute. Schon heute sehen wir, dass europäische Arbeitnehmer, die in Großbritannien arbeiten, in großen Mengen wieder aufs Festland zurückkommen und sagen: Mir ist die Lage in Großbritannien langsam unheimlich. Bekannte, die ich in England habe, berichten, dass es zunehmend ein unsicheres, feindliches Klima gegen Nichtbriten, gegen Europäer gibt, die in England leben und arbeiten. Freundschaften brechen oder liegen auf Eis.

Der Brexit wird - das ist schon dargestellt worden - große Auswirkungen auf Europa haben: round about 12 bis 14 Milliarden € jährliche EU-Beiträge,

(Stephan Holowaty)

die Großbritannien nicht mehr leisten wird. Das wird Auswirkungen auf den Haushalt der EU haben, und davon ist Schleswig-Holstein kräftig betroffen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir damit umgehen. Denn wir wissen heute, dass nach dem aktuellen Stand der Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2021 weniger Geld in der EU-Kasse sein wird und neue Prioritäten hinzukommen: Grenzsicherung, Integration, Digitalisierung. Das wird sich auf der Ausgabeseite nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern auch auf Fonds wie Interreg oder EFRE auswirken, Projekte in Schleswig-Holstein, auch grenzübergreifend mit unseren Nachbarn, die im Nordsee- und vor allem Ostseeraum finanziert werden. Schon die heutigen Vorschläge der Kommission zeigen, dass Schleswig-Holstein und der Ostseeraum in der Prioritätenliste der künftigen Ausgaben leider nicht ganz oben stehen.

Wir kennen das tatsächliche Ausstiegsszenario noch nicht. Wirtschaftlich gibt es Chancen und Risiken; die Risiken überwiegen die Chancen. Nichtsdestotrotz sollte man immer mit auf die Chancen gucken.

Es gibt einen anderen Punkt, der mich bei dem ungeordneten Prozess beunruhigt. Derzeit gibt es zwischen Hamburg und London jeden Tag sieben Direktflüge. Neben einer Abschwächung der Wirtschaftsbeziehungen gibt es vielleicht - jetzt male ich einmal ein ganz schwarzes Szenario - Einreisebeschränkungen für Privatreisen. Wir wissen nicht, was alles kommen wird, wenn ein unregelmäßiger Brexit kommt. Es könnte einen Rückgang der Verkehrsangebote geben. Damit werden wir menschliche Kontakte verlieren, damit werden wir als Touristen nicht mal eben nach London fliegen können. Ich weiß nicht, ob das noch gehen wird.

Diese neuen Grenzen am Boden - wenn sie tatsächlich kommen - führen leider auch zu neuen Grenzen im Kopf. Das macht mir - offen gesagt - langfristig viel mehr Sorgen als Verluste von 0,1 oder 0,8 % beim verarbeitenden Gewerbe.

(Beifall FDP und CDU)

Wir brauchen ein einiges Europa, um den großen strategischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Diese Herausforderungen sind heute global. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Ob es um das trumpsche Amerika geht, ob es um Russland geht, ob es um China geht - globalen Herausforderungen können wir nicht durch Zersplitterung begegnen. Ob es der Handel ist, der Umweltschutz oder die Menschenrechte - ein zersplittertes

Europa spricht nur mit schwacher Stimme, obwohl eine starke, gemeinsame Stimme Europas nötig wäre.

Deshalb auch von dieser Stelle noch einmal die große Bitte an Großbritannien: Denkt noch einmal darüber nach, think it over! - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Herr Minister, vielen Dank für Ihre Einschätzung; „Bericht“ zu sagen, fällt schwer bei dem schwachen Antrag, der ein bisschen in die Zukunft gucken will. Dazu fehlen uns - wie wir gehört haben - belastbare Fakten. Ich danke Ihnen auf jeden Fall für die Initiative für die schleswig-holsteinische Wirtschaft, indem Sie in London präsent sind.

Mit dem Brexit verliert die EU Ende März nächsten Jahres ihre zweitgrößte Volkswirtschaft und zugleich den Mitgliedstaat mit der drittgrößten Bevölkerung. Dadurch wird der gegenwärtig drittgrößte Nettozahler zur Finanzierung des EU-Haushalts verloren gehen. Der Kostenbeitrag des Vereinigten Königreichs betrug im Jahr 2016 5,7 Milliarden €. Dieser Beitrag wurde nur von Frankreich mit 8,2 Milliarden € und natürlich vom Zahlmeister Deutschland mit stolzen 13,2 Milliarden € übertroffen. Die finanziellen Folgen des Brexit werden damit die größten Nettozahler in der EU zu spüren bekommen. EU-Kommissar Günther Oettinger beziffert den Einnahmeverlust infolge des Brexit auf jährlich etwa 13 Milliarden €; wir haben eben die Spanne 12 Milliarden € bis 14 Milliarden € gehört.

Eine stärkere Belastung der verbleibenden EU-Nettozahler wird damit unvermeidlich sein. Für Deutschland werden in den Jahren 2019 und 2020 zusätzliche EU-Beiträge von jeweils 4,5 Milliarden € einkalkuliert. Nicht zuletzt verliert auch die Europäische Investitionsbank mit Großbritannien einen wichtigen Anteilseigner. Die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an der Investitionsbank beträgt derzeit noch 16 %; das sind 3,4 Milliarden €.

Es ist daher unstrittig, dass innerhalb Deutschlands auch Schleswig-Holstein von den Auswirkungen

(Volker Schnurrbusch)

des Brexit negativ betroffen sein wird. Dies dokumentiert auch eine Studie des europäischen Ausschusses der Regionen. Als Reaktion auf die Untersuchung forderte der Ausschussvorsitzende ein Handelsabkommen zwischen Großbritannien und den verbleibenden EU-Mitgliedern, damit Zölle weitgehend eingeschränkt und weiter ein freier Warenverkehr ermöglicht wird.

Ob es an dieser Stelle zielführend ist, von der Landesregierung Berichte über die zu erwartenden Folgen des Brexit zu verlangen, wagen wir als AfD-Fraktion stark zu bezweifeln. Die zu erwartende Folgen sind in ihren volkswirtschaftlichen Dimensionen derzeit abschätzbar, nicht aber in den detaillierten Konsequenzen für einzelne Branchen. Wir dürfen davon ausgehen, dass etwa 850 Millionen € weniger an Fördermitteln ins Land kommen. Wir fürchten, dass davon besonders unsere Landwirtschaft betroffen sein wird; 10 % bis 20 % weniger Mittel sind keine unrealistische Annahme. Die Transportbranche wurde genannt; die Pharmahersteller werden in Zukunft Schwierigkeiten haben, ihre Waren in das Vereinigte Königreich zu exportieren. Das bedeutet große Herausforderungen für unsere Gewerbetreibenden.

Mehr kann man heute aber nicht dazu sagen. Denn es gibt sogar Brexit-Hardliner in Großbritannien, die dafür plädieren, die derzeitigen Verhandlungen mit der EU vollständig platzen zu lassen. Erst dann könnten nach ihrer Auffassung Zugeständnisse der anderen EU-Mitgliedstaaten für den Erhalt ihrer vom Export abhängigen Arbeitsplätze erwartet werden. Es ist alles noch offen, und daher ist ein Bericht der Landesregierung verfrüht.

Anstatt sich jetzt in Spekulationen darüber zu ergeben, welche Auswirkungen der Brexit in Schleswig-Holstein zum Beispiel auf dem Gebiet wissenschaftlicher Kooperationen hat - für die Wissenschaft ist nach meiner Erfahrung keine Grenze gegeben; Forscher unterhalten sich über Grenzen hinweg -, ist die Frage viel wichtiger, ob die EU selbst aus ihren Fehlern gelernt hat. Denn die Ursachen für den Brexit - das wissen wir - liegen nicht allein in der grundsätzlichen EU-Ablehnung einer Mehrheit der Briten. Nein, sie liegen auch in einer verantwortungslosen Politik, mit der einzelne EU-Staaten, insbesondere Deutschland, die Europäische Union zunächst überfordert und im Ergebnis politisch gespalten haben.

(Beifall AfD)

Die entscheidenden Prozentpunkte für die Brexit-Bewegung gehen auf das Konto der grenzenlosen

Migrationspolitik. Dies war eine Steilvorlage für alle diejenigen, die in den letzten Wochen vor dem Referendum die Forderung nach einem EU-Austritt vor allem damit begründeten, dass Großbritannien die Kontrolle über seine Grenzen zurückgewinnen müsse. Dieses Gefühl, nicht mehr Herr im eigenen Land zu sein, zu viele Kompetenzen nach Brüssel abzugeben, hat den Ausschlag für den äußerst knappen Ausgang der Volksabstimmung gegeben.

Dass der Kollege Andresen sagt, das hätte mit Rechtspopulismus oder Nationalismus zu tun, finde ich ein merkwürdiges Demokratieverständnis. Denn wir haben es mit einer Volksabstimmung zu tun,

(Beifall AfD)

die mit 52 % ausgegangen ist. Dieses Ergebnis muss man als guter Demokrat akzeptieren, auch wenn es einem vielleicht nicht gefällt.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wenn es ein neues Ergebnis gibt, muss man das auch akzeptieren!)

- Dann muss man so lange abstimmen, bis das Ergebnis passt, so, wie damals in Frankreich?

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie gesagt, das ist ein spezielles Verständnis von Demokratie, darüber können wir diskutieren. Man sollte den Wählern und Bürgern nicht das Gefühl geben, dass sie auf der falschen Seite stehen.

(Weitere Zurufe)

- Wahlergebnisse sind zu akzeptieren; es gehört zur Demokratie, dass auch der Unterlegene das Wahlergebnis akzeptiert.

Aber von Selbstkritik ist auf EU-Ebene nichts zu spüren. Stattdessen geht es offensichtlich darum, Großbritannien für seine Brexit-Entscheidung zu bestrafen. Dazu wurde erst kürzlich die britische Premierminister May bei EU-Gipfel in Salzburg gedemütigt -

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

hämische Kommentare des EU-Ratspräsidenten eingeschlossen. So geht man eigentlich nicht miteinander um und auch nicht mit Staatsoberhäuptern, wenn man ihre politische Meinung nicht teilt.

Wo eine solche Politik der Arroganz hinführt, konnten wir gerade bei den Wahlen in Schweden beobachten, denn dort gab es die nächste gelbe Karte für eine EU,

(Beifall AfD)

(Volker Schnurrbusch)

in der der französische Staatspräsident und die noch amtierende Bundeskanzlerin noch immer versuchen, den Ton anzugeben, während es überall bröckelt und brodeln.

Aber die Wähler lassen sich von politischen Phrasen, die sich überlebt haben, nicht länger blenden. Dass nicht nur die Popularität von Angela Merkel, sondern auch die von Herrn Macron deutlich abnimmt

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- gucken Sie sich einmal die neuesten Umfragen an -, lässt sich nicht bestreiten. Als AfD-Fraktion sind wir sicher: Die Perspektive für einen Neuanfang besteht für die EU erst dann wieder, wenn die Attitüde der Überheblichkeit und des Abstrafens gegenüber Großbritannien beendet wird. Mag der Brexit eine Lektion für Brüssel sein, und mögen die Auswirkungen des Brexit für Schleswig-Holstein zu verschmerzen sein. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, Frau Landtagsvizepräsidentin. - Entweder hat die EU schuld oder die Migranten und Flüchtlinge haben schuld. - Ich glaube, die Schuld liegt ganz woanders, nämlich im Populismus und in Unwahrheiten.

(Beifall SSW, SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Großbritannien - Great Britain, UK - möchte die EU verlassen. Bis spätestens 29. März 2019 muss das Königreich seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union aufgeben. Welchen Deal es diesbezüglich geben wird, steht noch nicht fest.

Wir als SSW würden zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls davon ausgehen, dass es keinerlei Sonderregelungen für Großbritannien geben wird. Fest steht jedenfalls schon jetzt, dass UK nur noch weniger als ein halbes Jahr bis zum Austritt bleibt. Aus 28 Mitgliedstaaten werden dann 27 Mitgliedstaaten, ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte der EU. Dazu stellt sich doch die Frage, welche Auswirkungen der Austritt UKs für die EU haben wird und, was für uns in Schleswig-Holstein besonders

interessant ist: Welche Veränderungen werden diesbezüglich möglicherweise auf Schleswig-Holstein zukommen? Fest steht: Es werden Veränderungen auf Schleswig-Holstein zukommen. Das gilt natürlich besonders für Unternehmen, die eng mit dem Vereinigten Königreich zusammenarbeiten. Dabei fallen mir als erstes die Hochschulen bei uns im Land ein. UK wird dann ab dem 29. März 2019 nicht mehr zu dem Ensemble der EU-Hochschulprogramme wie etwa dem Erasmus+-Programm gehören. Was man dann natürlich anstreben könnte, wäre, eine Neuregelung mit Großbritannien zu treffen, wie es auch für andere Staaten in Europa der Fall ist, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind. Das bedeutet erst einmal eine Menge Arbeit, und bis zum Ziel ist es sicherlich ein weiter Weg. Es könnte sicherlich förderlich sein, wenn sich die Landesregierung einmal mit den Hochschulen an einen Tisch setzte, um bei eben solchen Fragestellungen Hilfestellung bieten zu können.

In der tagtäglichen Arbeit der Hochschulen gilt, wie auch in allen anderen Bereichen, die Brücken nicht abbrechen zu lassen, sondern neue Wege der Zusammenarbeit zu finden. Das ist für uns als SSW ein ganz zentrales Anliegen. Ich bin mir sicher, dass sich dieses Vorhaben umsetzen lässt.

Ähnlich sieht die Situation für den Wirtschaftsbereich aus. Im April kommenden Jahres wird das Königreich demnach nicht mehr zum EU-Binnenmarkt gehören. Dann ändern sich zunächst sämtliche Zoll- und Einfuhrbestimmungen. Diese Änderung wird sich auch im schleswig-holsteinischen Import- und Exporthandel bemerkbar machen. Dabei denke ich vor allem an die Hafenwirtschaft. Auch in diesem Fall gilt es, neue Regelungen zu finden.

Dazu muss jedoch auch gesagt werden, dass man im Handel nicht immer darauf warten kann, bis solche neuen Regelungen dann tatsächlich zustande kommen. In nicht wenigen Fällen wird man sich dann sicherlich nach anderen Handelspartnern umgucken. Das ist verständlich, und das muss auch erst einmal nicht negativ gewertet werden. Schließlich folgt daraus mit Sicherheit eine neue Entwicklung.

Ich denke, es ist schwer, im Vorfeld zu beziffern, inwieweit sich diese neue Entwicklung auf die Wirtschaft im Land und die entsprechenden Arbeitsplätze auswirken wird. Auch die Landesregierung mit Minister Buchholz kann nicht unbedingt in eine Glaskugel gucken. Ob es daher eine dazugehörige Strategie oder ein fertiges Konzept geben wird, wage ich zu bezweifeln. Das muss es vielleicht

(Jette Waldinger-Thiering)

auch gar nicht, entscheidend ist doch der Wille, Brücken nicht abbrechen zu lassen und dort Unterstützung zu bieten, wo Hilfen für eine neue Entwicklung gebraucht werden.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass wir alle nicht wissen, was uns mit diesem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU erwarten wird. Fest steht lediglich, dass es Veränderungen geben wird. Wir als Land sollten uns nicht davor scheuen, diese Veränderungen anzunehmen. Diese Ansatz wird sich auch hoffentlich im Handeln der Landesregierung widerspiegeln und nicht nur am 25. Oktober 2018, wenn der Minister nach London fährt, sondern auch in die Zukunft gerichtet, damit unsere Universitäten, die Wirtschaft, aber auch wir als Schleswig-Holsteiner gut vorbereitet sind, wenn es dann nächstes Jahr so weit ist.

Wenn Dänemark aus der EU austreten wollte, hätte ich von Ihnen als Landesregierung erwartet, dass Sie ein Konzept und eine Strategie haben. UK ist ein bisschen weiter weg. Nichtsdestotrotz kommt der 25. Oktober, und vielleicht funktioniert ja die digitale Strategie des Landes so gut, dass wir dann da auch ein Live-Video sehen können und doku-

mentiert wird, was Sie alles so machen, damit wir unterrichtet sind - nicht nur im Wirtschaftsausschuss, sondern auch im Europaausschuss.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und stelle fest, dass der Berichts Antrag, Drucksache 19/943, durch die Berichtserstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt - - Das war ein Spaß!

(Heiterkeit)

Ich schließe die heutige Sitzung und unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:06 Uhr